E&W

Erziehung & Wissenschaft 11/2017
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

KLAUS KLEMM

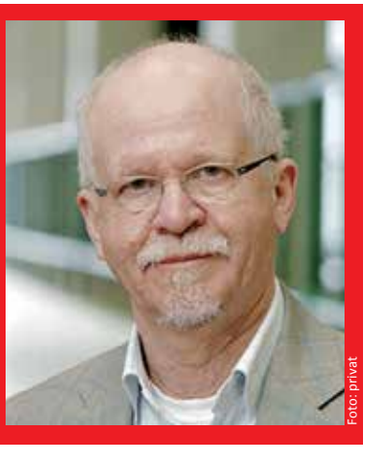


Foto: privat

KMK hat keinen Plan

Es ist kaum zu glauben: Die jüngste Prognose zur Entwicklung der Schülerzahlen veröffentlichte die Kultusministerkonferenz (KMK) im Jahr 2013. Eine Schülerzahl von acht Millionen wurde Deutschlands allgemeinbildenden Schulen darin für 2016 vorausgesagt – tatsächlich waren es mit 8,4 Millionen nahezu 400 000 mehr – davon alleine 94 000 zusätzliche Grundschüler. Die 2015 publizierte KMK-Prognose zum Arbeitsmarkt für Lehrkräfte rechnete für 2017 mit einem Überangebot von 4 750 Lehrkräften – darunter 540 bei den Lehrämtern „Primarbereich" sowie „Primar- und Sekundarbereich". Die Realität sieht völlig anders aus: Tausende Lehrkräftestellen bundesweit können nicht besetzt werden. Wie kann es sein, dass Prognose und Ist-Zustand so stark voneinander abweichen? Dazu einige eigentlich banale Hinweise: Die Entwicklung der Schülerzahlen und des davon abhängigen Lehrkräftebedarfs erklärt sich überwiegend aus einem unerwarteten Anstieg der Geburtenzahlen sowie aus dem gleichfalls nicht abzusehenden Anwachsen der Wanderungsbilanz, des Saldos von Zu- und Fortzügen also. Seit 2011 beobachten wir bundesweit steigende Geburtenzahlen, bis 2013 in schwachem Ausmaß, danach sehr stark: So standen 682 000 Geburten 2013 im Jahr 2016 mit 781 000 zusätzliche 100 000 Geburten gegenüber. Zudem wanderten 2013 rund 429 000 Menschen mehr nach Deutschland zu als ab, 2014 550 000, 2015 dann 1,1 Millionen. Für 2016 erwartet das Statistische Bundesamt 750 000 mehr Zuzüge als Abwanderungen. Diese demografischen Grunddaten wirken sich in Bezug auf die Wanderungsbilanz unmittelbar und die Geburtenentwicklung betreffend binnen weniger Jahre auf die Schülerzahlen und damit den Lehrkräftebedarf aus. Angesichts dessen ist überhaupt nicht nachzuvollziehen, dass Länder mit Ausnahme einiger weniger wie Bayern oder Bremen immer noch auf Grundlage längst überholter Daten planen. Dies hat uns veranlasst, durch eine eigene Bevölkerungs- und Schülerzahlenprognose darauf hinzuweisen, was Deutschlands Schulen bereits jetzt und mit steigender Tendenz in naher Zukunft erwartet*: Vom Schuljahr 2015/16 zum Schuljahr 2016/17 haben die Schulen der Primarstufe insgesamt 61 000 Kinder hinzugewonnen; bis 2025 werden weitere 394 000 hinzukommen. Daraus folgt, dass in den Jahren von 2015 bis 2025 19 000 zusätzliche Klassen gebildet werden müssen – um diese zu unterrichten, braucht es 24 000 zusätzliche Stellen. Eine ähnliche, allerdings verzögerte Entwicklung zeichnet sich in den weiterführenden Schulen ab: Gegenüber 2015 werden bis 2030 etwa 369 000 Jugendliche mehr die Bildungsangebote der Sekundarstufe I nutzen. Um dem gerecht zu werden, müssen 15 500 zusätzliche Klassen gebildet und 27 000 Lehrkräftestellen neu eingerichtet werden. Lediglich in den Bildungswegen der Sekundarstufe II werden die skizzierten demografischen Tendenzen erst nach 2030 „ankommen".

Um dies alles zu bewältigen, müssen die jährlichen Bildungsausgaben bis 2030 um dann 4,7 Milliarden Euro steigen. Dabei sind nur die Ausgaben für steigende Schülerzahlen berücksichtigt. Mehrausgaben für kleinere Klassen, weniger Unterrichtsausfall, Ganztagsschulen, Inklusion und Integration oder Besoldungsverbesserung sind in diese Berechnungen noch nicht eingeflossen. Vor dem Hintergrund dieser Perspektive – auf die die katastrophale Lage zu Beginn des laufenden Schuljahres einen Vorgeschmack bietet – wirkt eine vom Norddeutschen Rundfunk (NDR) am 31. August gesendete Erklärung eines Pressesprechers der KMK geradezu kabarettreif: „Wir werden uns die Studie ganz genau ansehen. Wir werden uns auch unsere Zahlen ganz genau angucken, die Mitte 2018 herauskommen, und dann werden wir die nächsten Schritte ganz genau begutachten." So viel Zeit müsste man haben.

Klaus Klemm,
Bildungsforscher, Professor i. R. an der Uni Duisburg-Essen

***Klaus Klemm/Dirk Zorn: Demographische Rendite adé, 64 Seiten, Gütersloh 2017.**

Inhalt

Gastkommentar
KMK hat keinen Plan — Seite 2

Impressum — Seite 3

Auf einen Blick — Seite 4

Prämie des Monats — Seite 5

Schwerpunkt: Lehrkräftemangel
1. Das Beispiel Sachsen: Von der Tanke ins Klassenzimmer — Seite 6
2. GEW-Kommentar: Kein „Weiter so!“ — Seite 10
3. Verpasster Generationenwechsel: Katastrophe mit Ansage — Seite 12
4. Interview mit Schulleitungen: „Nicht nah genug an schulischer Realität“ — Seite 16
5. Folgen baden-württembergischer Sparpolitik: Mehr Voraussicht, bitte! — Seite 18

9. November
Interview mit Sybille Steinbacher: „Welche Prozesse machten Deportation möglich?“ — Seite 20

Bildungspolitik
1. Bund-Länder-Kooperation: Verbot endlich komplett kippen — Seite 22
2. Leibniz-Forum zur Digitalisierung: „Einfach mal machen“ — Seite 24

Hintergrund „JA13“
1. Aktionsschwerpunkt im November: JA13, Teil2! — Seite 25
2. A13 für alle: Die Front der Ablehnung bröckelt — Seite 26
3. Absurde Besoldungsstruktur: Ungleicher Lohn für gleiche Arbeit — Seite 28

E&W-Serie „Willkommen in Deutschland“
1. Türkei: Wissenschaftler auf der Flucht — Seite 30
2. Jugendmigrationsdienste: Junge Flüchtlinge fit machen — Seite 41

Hochschule
GEW-Kommentar zum Numerus clausus: Berlin ist gefragt — Seite 32

GEW-Intern
1. Nachruf auf Margarete Bernhardt: Frühe Kämpferin für Integration — Seite 33
2. Nachruf auf Gerd Köhler: Er wird fehlen — Seite 44

Initiative „Bildung. Weiter denken!“
1. GEW-Bildungstour in Sachsen-Anhalt: Gymnasium als digitale Ödnis — Seite 34
2. Die Initiative in den Sozialen Medien: Bitte teilen! — Seite 35

Gesellschaftspolitik
Interview mit Albert Scherr über Sinti und Roma: Mehr Aufklärung nötig — Seite 36

Schule
Viele Lehrkräfte trauen Zuwandererkindern weniger zu: Schablone im Kopf? — Seite 42

Marktplatz
1. Wettbewerb „Gelbe Hand“ — Seite 43
2. Neue Publikation: „Eine Schule für alle“ — Seite 43

Leserforum — Seite 44

Diesmal — Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 69. Jg.

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.
Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 01.01.2017,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Länder vernachlässigen Grundschulen

Grundschülerinnen und -schüler sind in ihrem Leistungsniveau deutlich abgesackt. Das hat jetzt die Studie „Bildungstrend 2016“ des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) an der Humboldt-Universität zu Berlin deutlich gemacht. Viertklässler haben sich im Vergleich zu 2011 in den meisten Ländern in Mathematik und beim Zuhören verschlechtert. Beim Leseverständnis ist das Kompetenzniveau weitgehend stabil geblieben. An der Untersuchung, die Teil des Bildungsmonitorings ist, mit dem die 16 Länder regelmäßig ihre selbstgesteckten Bildungsstandards für Deutsch und Mathematik an den Grundschulen überprüfen, nahmen bundesweit 30 000 Viertklässler teil. Die GEW hat den Kultusministern mit Blick auf die IQB-Ergebnisse vorgeworfen, die Grundschulen sträflich vernachlässigt zu haben „Diesmal“, S. 48). „Die Länder haben sich zu wenig darum gekümmert, dass ausreichend Lehrkräfte ausgebildet werden. Sie haben weder für gute Arbeitsbedingungen noch eine gute Bezahlung gesorgt. Deshalb ist der aktuelle Lehrkräftemangel hausgemacht“, kritisierte Ilka Hoffmann, GEW-Vorstandsmitglied Schule (s. S. 6 ff.). Es seien nicht mehr Tests, sondern eine bessere personelle Ausstattung der Schulen, kleinere Lerngruppen, mehr Angebote qualitativ hochwertiger schulinterner Fortbildung sowie eine Steigerung der Attraktivität des Berufs nötig. Wie aus der IQB-Studie hervorgeht, hat sich zwischen 2011 und 2016 der Anteil der Kinder mit Zuwanderungsgeschichte in den Grundschulen bundesweit erhöht. Das sei aber nicht die Ursache für die schlechteren Leistungen, betonte Studienautorin und Bildungsforscherin Petra Stanat gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. Die Trends gingen bei deutsch- und nichtdeutschstämmigen Kindern in die gleiche Richtung. Das Schulsystem sei allerdings in der Pflicht, so Stanat in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „dafür zu sorgen, dass die Förderung aller Schüler gelingt – gerade auch die Förderung bildungsferner Kinder“. Mehr zum Thema in der nächsten E&W-Ausgabe.

Bündnis für gute Bildung

Mit Blick auf die beginnenden Koalitionsverhandlungen hat ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen und Gewerkschaften, darunter GEW und DGB, an die Verhandlungspartner von CDU/CSU, FDP und Grünen appelliert, dass eine neue Bundesregierung mehr Geld für die Bildung bereitstellen müsse. „Deutschland braucht mehr und bessere Bildung für alle Menschen. Der Bund muss künftig zusätzliche Mittel in die Bildung investieren. Dafür muss das Kooperationsverbot in der Bildung komplett gestrichen werden“, betonten die 30 Bündnispartner in Berlin. Infos unter: www.gew.de/weiter-denken/

Pooth führt LV Niedersachsen

Foto: GEW Niedersachsen

Laura Pooth

Laura Pooth aus Oldenburg ist die erste Frau an der Spitze der GEW Niedersachsen. 94 Prozent der rund 250 Delegierten wählten die Haupt-und Realschullehrerin auf ihrem Gewerkschaftstag Ende September in Hannover zur neuen Landesvorsitzenden. Die 39-Jährige löst Eberhardt Brandt ab, der den Landesvorsitz seit 2003 innehatte.

Ganztagsausbau kostet Geld

Einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Ganztagsschule – zumindest für Grundschulkinder – hatten im Bundestagswahlkampf mehrere Parteien gefordert, darunter Union und Grüne. Nun beziffert eine Studie der Bertelsmann Stiftung den Bedarf und was es kostet, allen Schülerinnen und Schülern der Primar- und Sekundarstufe I ganztägiges Lernen zu ermöglichen. Um bis zum Jahr 2025 den Anteil der mit Ganztagsplätzen versorgten Mädchen und Jungen von bundesweit 39,3 Prozent (Schuljahr 2015/16) auf 80 Prozent zu erhöhen, müsse die Politik weitere 3,3 Millionen Plätze im Ganztag schaffen, errechneten die Studienautoren. Das bedeute jährlich 2,8 Milliarden Euro zusätzliche Personalkosten sowie Investitionen von 15 Milliarden Euro in räumliche Infrastruktur. Insgesamt müssten 31 400 Lehrkräfte sowie 16 200 pädagogische Fachkräfte zusätzlich eingestellt werden. Zum Thema gibt es in E&W 1/2018 einen Schwerpunkt.

Protest gegen Erdoğan

Unter dem Motto „Lehren in Freiheit, Lehrkräfte stärken“ des „Weltlehrer*innentages 2017“ protestierte die GEW gegen die Massenentlassungen von Lehrkräften an Schulen und Hochschulen in der Türkei. Seit dem Putschversuch im Sommer 2016 wurden mehr als 100 000 Staatsbedienstete entlassen oder von der Arbeit suspendiert, etwa ein Drittel sind Lehrerinnen und Lehrer. „Die Entlassungen werden nicht angekündigt, Gründe nicht genannt. Die türkische Regierung veröffentlicht einfach Namenslisten auf ihrer Website. Die Lehrkräfte stehen plötzlich vor dem Nichts. Ihre Lage kommt faktisch einem Berufsverbot gleich“, kritisierte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. Berufsverbote bedeuteten das soziale Aus, so Tepe, weil die Kolleginnen und Kollegen auch ihre Krankenversicherung sowie ihre Pensionsansprüche verlören und die Türkei nicht verlassen dürften.

Info: Der „Weltlehrer*innentag“ findet jedes Jahr am 5. Oktober statt und geht auf einen Beschluss von UNESCO, Internationaler Arbeitsorganisation (ILO) und Bildungsinternationale (BI) zurück.

Arbeit an der Uni belastet

Wie gesund ist Wissenschaft als Beruf? Die aktuelle Studie „Arbeitsbelastung, Ressourcen und Gesundheit im Mittelbau“ der Max-Traeger-Stiftung der GEW zeigt, dass die Work-Life-Balance des akademischen Mittelbaus aufgrund von Zeitverträgen und Mehrarbeit in Schieflage geraten ist. Ein Ergebnis, das jetzt auf einer gemeinsamen Tagung der GEW mit dem Arbeitskreis gesundheitsfördernde Hochschule an der Universität in Hannover präsentiert worden ist. Zentrale Belastungsfaktoren für die Gesundheit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind demnach die zeitlichen Befristungen der Arbeitsverhältnisse, unsichere berufliche Perspektiven sowie die Schwierigkeit, Familie und Beruf im Hochschulalltag zu vereinbaren. GEW-Vize Andreas Keller sieht in dem Befund „eine Handlungsaufforderung an die Wissenschaftspolitik“. Kurz- und Kettenverträge seien vermeidbar, unterstrich der GEW-Hochschulexperte. Er forderte „Dauerstellen für Daueraufgaben“.

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie Codenames – Spiel des Jahres 2016.*

Prämie des Monats November:

Codenames – Spiel des Jahres 2016

Zwei Geheimdienstchefs wollen ihren Mitarbeiter*innen mitteilen, welche Agent*innen zur eigenen Organisation gehören. Da die Konkurrenz zuhört, suchen sie abwechselnd Assoziationen, um die Codenamen der Spione zu umschreiben. Wer gerne mit Sprache jongliert, wird Codenames lieben.

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name _____ GEW-Landesverband _____

Straße/Nr. _____ Telefon _____ Fax _____

PLZ/Ort _____ E-Mail _____

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats November 2017/Codenames

Von der Tanke ins

// Der Freistaat Sachsen leidet unter Nachwuchsmangel und hilft sich mit zahlreichen Tricks aus der Patsche: Zu Hunderten werden Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger für den Schuldienst akquiriert. Auch altgediente Kolleginnen und Kollegen kehren nach vielen Jahren in den Unterricht zurück. Doch die Notlage bleibt. Mit dem Schwerpunkt zum „Lehrkräftemangel" in dieser Ausgabe startet E&W eine Serie, mit der die Redaktion in den nächsten Heften die Situation in den Bundesländern beleuchtet. //

Manchmal spiegelt eine Lehrerbiografie jahrzehntelange Irrungen und Wirrungen der Schulpolitik wider – wie im Leben von Anett Weise aus Glauchau. 17 Jahre lang leitete die ausgebildete Lehrerin in ihrem sächsischen Heimatort eine Tankstelle, anstatt zu unterrichten. Jetzt ist sie in den Schuldienst zurückgekehrt. Denn Sachsen, in diversen Bildungsrankings in der Spitzengruppe zu finden, verliert wie kaum ein anderes Bundesland gut ausgebildete Lehrkräfte, nicht zuletzt wegen der im Bundesvergleich schlechten Bezahlung. Rund 1 400 der 30 000 Lehrerinnen und Lehrer gehen derzeit jedes Jahr in den Ruhestand – und es fehlt an Nachwuchs. Mehr als die Hälfte der neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen sind inzwischen Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger*. Doch auch sie können die Folgen des Mangels kaum abwenden: Der Unterrichtsausfall steigt; die Klassen werden größer; Förder-, Ergänzungs- und Integrationsangebote leiden. Parallel wächst die Arbeitsbelastung in den Kollegien – und die unterschiedliche Bezahlung der angestellten Lehrkräfte nimmt zu.

Eine Chance bietet der Zustand für altgediente Kolleginnen und Kollegen, die aus anderen Berufen oder dem Ruhestand in die Klassenzimmer zurückkehren. Wie Lehrerin Weise. Ihre außergewöhnliche Geschichte beginnt Mitte der 1980er-Jahre in der DDR. Die junge Frau, Jahrgang 1967, studiert am Institut für Lehrerbildung in Radebeul bei Dresden; 1990 wird sie in Glauchau Grundschullehrerin. Doch wenige Jahre später macht sich der Geburtenknick bemerkbar. Sachsen beginnt, Lehrerinnen und Lehrer auf Zwangsteilzeit zu setzen. „1994 sollte ich nur noch 16 Stunden in der Woche arbeiten", erzählt Weise, „das war mir als Mutter viel zu wenig." Als auch ihre Eltern sich beruflich neu orientieren, kommt die Familie auf eine verrückte Idee: Weise kündigt und übernimmt die neue Tankstelle eines großen Mineralölkonzerns. Den Kontakt zur Schule hält sie, manchmal hilft sie auch bei Wandertagen und Feiern als Betreuerin aus. Bei einem dieser Feste wird sie von einer Mitarbeiterin der Schulverwaltung angesprochen: „Wir brauchen Sie!" Denn der Wind hat sich gedreht. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen gehen in den Ruhestand und die Schülerzahlen steigen wieder.

„Als mir die

Klassenzimmer

Frau eine 1. Klasse anbot, konnte ich nicht Nein sagen“, erzählt Weise. Nun unterrichtet sie an der Erich-Weinert-Grundschule in Glauchau und engagiert sich zudem im Lehrer-Hauptpersonalrat. Die um sich greifende Einstellung von Seiteneinsteigerinnen und -einsteigern, sagt sie, beschönige die offiziellen Zahlen zum Lehrkräftemangel: „Als Grundschullehrerin braucht man gutes Handwerkszeug in Methodik und Didaktik – und keine Schnellbesohlung.“

Fotos: Sebastian Willnow

Seiteneinsteiger-Rekord

Die Frau von der Tankstelle ist kein Einzelfall. An der Heinrich-Heine-Oberschule im erzgebirgischen Lauter-Bernsbach unterrichtet heute wieder die inzwischen 67 Jahre alte Stefanie Rehm. Von 1990 bis 1993 saß sie in der CDU-Landesregierung Kurt Biedenkopfs – als Kultusministerin. Die Beispiele illustrieren, wie sich die personelle Situation in Sachsens Schullandschaft dramatisch verändert. Hintergrund: Die vielen Lehrerinnen und Lehrer, die jetzt in den Ruhestand gehen, waren von der DDR-Bürokratie in den 1970er-Jahren in großen Wellen eingestellt worden. Nun erreichen sie die Altersgrenze. Doch der Freistaat hat sich auf die vorhersehbare Misere nicht rechtzeitig vorbereitet und kann nicht einmal die Hälfte der frei werdenden Stellen mit ausgebildeten Lehrkräften besetzen. Stattdessen wurden zum neuen Schuljahr 52 Prozent mit Seiteneinsteigerinnen und -einsteigern besetzt – ein bundesweiter Spitzenwert. An manchen Grund- und Oberschulen in Ostsachsen sind nach GEW-Zahlen sogar drei Viertel der neuen Kolleginnen und Kollegen Seiteneinsteiger.

An der 100. Grundschule in Leipzig-Grünau kennen sie das Problem: Dort arbeiten mittlerweile fünf Seiteneinsteiger – bei 19 Lehrkräften insgesamt. Zwar seien sie gute, engagierte Kollegen, die sich in die Arbeit hineinknien, berichtet die stellvertretende Schulleiterin Grit Trepte: „Aber sie können die Rahmenbedingungen nicht ändern.“ An zwei Tagen in der Woche müssen zwei der Kollegen, die in den beiden DaZ-Klassen der Schule Deutsch als Zweitsprache unterrichten, zudem zeitgleich zur berufsbegleitenden Ausbildung ins Studienseminar an der Uni. Die Folge: Viel Arbeit bleibt am restlichen Kolle-

Anett Weise, ausgebildete Lehrerin, leitete in ihrem sächsischen Heimatort Glauchau 17 Jahre eine Tankstelle. Jetzt ist sie zurück im Schuldienst, denn Sachsen sucht händeringend Lehrkräfte – egal, ob ehemalige Pädagogen, Pensionäre oder Seiteneinsteiger.

gium hängen, zumindest vorerst. „Es dauert eine Weile, ehe für uns wirklich eine Entlastung eintritt“, sagt Trepte, die ebenfalls in den DaZ-Klassen unterrichtet.

Uschi Kruse, GEW-Landeschefin in Sachsen, sitzt in der Leipziger Geschäftsstelle vor einem Berg Akten und stöhnt: „Ich mache zurzeit kaum ein anderes Thema als den Lehrkräftemangel.“ Ausgerechnet DaZ und Förderunterricht würden nun abgehängt, kritisiert sie. „Zuerst fallen die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund und von abschlussgefährdeten Jugendlichen mit Teil-Leistungsschwäche sowie Arbeitsgemeinschaften ersatzlos weg“, sagt Kruse und fügt hinzu: „Damit serviert die Landesregierung der AfD die Themen.“ Hinzu kommt, dass die Klassen an die Belastungsgrenzen stoßen. Schon jetzt seien mehr als 1 000 Klassen größer als nach der Integrationsverordnung vorgesehen.

Mangel an Kontinuität

Deutlich messbar ist auch der steigende Ausfall des regulären Unterrichts: Bereits voriges Jahr fielen laut Ministeriumsstatistik landesweit 4,8 Prozent der Stunden planmäßig und außerplanmäßig aus. Am stärksten betroffen waren Förderschulen mit teils mehr als zwölf Prozent. Der Lehrkräftemangel führe außerdem dazu, dass immer weniger Klassenleiterinnen und Klassenleiter dauerhaft präsent sind, um mit jedem einzelnen Kind pädagogisch zu arbeiten und dessen Entwicklung zu begleiten. Kruse: „Die Kontinuität leidet.“

Foto: Sebastian Willnow

An der 100. Grundschule in Leipzig-Grünau sind fünf der 19 Lehrkräfte Seiteneinsteiger. Zwar seien sie gute und engagierte Kollegen, berichtet die stellvertretende Schulleiterin Grit Trepte: „Aber sie können die Rahmenbedingungen nicht ändern.“

Foto: Holger Ahrens

Uschi Kruse, GEW-Landeschefin in Sachsen, stöhnt: „Ich mache zurzeit kaum ein anderes Thema als den Lehrkräftemangel.“ Ausgerechnet Deutsch als Zweitsprache und Förderunterricht würden nun abgehängt, kritisiert sie.

Wesentliche Ursachen für den Nachwuchsmangel seien zwar der demografische Wandel in Sachsen und der Geburtenknick nach 1990. Doch die Probleme seien auch hausgemacht. „Man hätte schon vor Jahren umsteuern und den Stellenabbau beenden müssen“, sagt Kruse. Der Freistaat hätte längst mehr Studierende im Lehramt ausbilden und junge Leute einstellen müssen – statt diese weiterhin in andere Länder abwandern zu lassen, wo sie mehr verdienen und verbeamtet werden. „Dieses Versäumnis führt heute zu Verwerfungen und zu einem Qualitätsschaden, der nicht so schnell zu heilen sein wird.“ Doch die Regierung habe – trotz Kenntnis der Lage – weiterhin stur klein-klein gerechnet und sei auf Sicht gefahren. „Das Kultusministerium hat nie ein Personalentwicklungskonzept vorgelegt, wie wir es eingefordert haben“, sagt die GEW-Landeschefin. Die jüngst zurückgetretene Kultusministerin Brunhild Kurth (CDU) gab Kruse diesen Sommer sogar indirekt recht: Öffentlich entschuldigte sie sich dafür, dass Studienkapazitäten für das Lehramt erst im Herbst 2012 ausgebaut wurden. Weil aber ein Lehramtsstudium mit Referendariat mindestens sieben bis acht Jahre dauere, werde das „Tal der Tränen“ noch mindestens bis 2020 dauern, räumte Kurth vor ihrem Abgang ein.

Verschärfend hinzu kommen ungeahnte Effekte aus der jüngeren Vergangenheit: Viele Kolleginnen und Kollegen haben sich mit der zwangsweise verordneten Teilzeit in den vergangenen 15 Jahren ein Stück weit arrangiert, viele wollen heute nicht mehr Vollzeit arbeiten. Und ein Großteil der Lehrkräfte gehe ab 63 Jahren in den Ruhestand. „Viele arbeiten keinen Tag länger, als sie müssen“, erzählt Kruse, „das ist eine Folge der schlechten Arbeitsbedingungen in der Schule.“ Daran ändere die „Bindungszulage“ für Kolleginnen und Kollegen, die länger als bis 63 bleiben, wenig.

Krasses Gehaltsgefälle

Schulartfremde Einstellungen, Abordnungen und Seiteneinsteiger sorgen im Gefüge der Kollegien für wachsende Ungleichheiten. So müssen nun erfahrene angestellte Grundschullehrkräfte mit der Entgeltgruppe E11 abgeordnete Gymnasiallehrkräfte in der Stufe E13 anleiten – obwohl sie im Monat rund 500 Euro weniger verdienen. „Das baut Gerechtigkeitslücken auf, die lange nicht zu schließen sein werden“, erklärt Kruse: „Alle, die – voll ausgebildet – an einer Schule arbeiten, müssen das gleiche Geld bekommen.“ Gerade in Sachsen sei eine einheitliche Aufstockung auf E13 dringend geboten, um die Lücken in den Lehrerzimmern zu schließen und zu verhindern, dass weiterhin Absolventen in andere Bundesländer abwandern. Das „Maßnahmenpaket zur Lehrerversorgung“ der Landesregierung, das höhere Gehälter in Mangelregionen und in Mangelfächern sowie für Bewerberinnen und Bewerber aus anderen Bundesländern vorsieht, schüre zusätzlich Unfrieden. „Wenn verkündet wird, dass in Bayern abgelehnte Kolleginnen und Kollegen bei ihrer Einstellung in Sachsen 700 Euro mehr bekommen, ist das Maß endgültig voll.“

Eines der neuen Gesichter ist Agathe Bruhat. Die 28-Jährige stammt aus Paris, seit diesem Schuljahr unterrichtet sie an der Pestalozzi-Oberschule in Radeberg bei Dresden Französisch. Sie kam im Rahmen ihres Studiums als Fremdsprachenassistentin nach Deutschland und arbeitete zunächst an einem Gymnasium

in Radeberg. Nun hat sie als Seiteneinsteigerin an der Oberschule begonnen. „Ich habe mich einfach beworben – und man hat mich sofort eingestellt“, erzählt sie. Eine didaktische Ausbildung für Französisch als Fremdsprache hat sie bereits; zwei Französisch-Lehrerinnen anderer Schulen würden sie zudem toll bei der Einarbeitung unterstützen. Allerdings müsse ihr französisches Diplom noch anerkannt werden; bis dahin sei sie nur in E9 eingruppiert. Doch auch nach der Anerkennung komme sie höchstens zwei Stufen höher.

Juri Haas kennt solche Probleme. Er ist Klassenleiter an der 135. Grundschule in Dresden, stellvertretender Leiter der Landesrechtsschutzstelle der GEW und engagiert sich im Lehrer-Hauptpersonalrat. „Schule in Sachsen würde heute ohne Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger zusammenbrechen“, erklärt er. Die neuen Kolleginnen und Kollegen seien in aller Regel hochqualifiziert und

Foto: Sebastian Willnow

Juri Haas, Klassenleiter an der 135. Grundschule in Dresden und im Lehrer-Hauptpersonalrat engagiert: „Schule in Sachsen würde heute ohne Seiteneinsteiger zusammenbrechen.“

hochmotiviert – kämen aber oft aus prekären Beschäftigungsverhältnissen, etwa als Musiker oder Architekten, Dolmetscher oder Sozialarbeiter, Physiker oder Chemiker. Viele seien in einem Alter, in dem sie eine Familiengründung planen und größere Sicherheit im Job suchen. Daher würden manche Neulinge alsbald ihr Recht auf Mutterschaftsurlaub und Elternzeit in Anspruch nehmen. Einige Seiteneinsteiger hätten zudem gesundheitlich große Probleme, mit den Belastungen im Schulalltag umzugehen.

Foto: Thorsten Eckert

Agathe Bruhat stammt aus Paris und unterrichtet seit diesem Schuljahr als Seiteneinsteigerin an der Pestalozzi-Oberschule in Radeberg. Die frühere Fremdsprachenassistentin: „Ich habe mich einfach beworben und man hat mich sofort eingestellt.“

In kürzester Zeit erlitten manche einen Hörsturz, Stimmband-Entzündungen und andere Überlastungserkrankungen. „Viele Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger kommen nicht über die Probezeit hinaus“, sagt Haas. Die Statistik bestätigt seine Beobachtung. Das Kultusministerium räumte auf eine Landtagsanfrage hin ein: Von den in den Schuljahren 2015/16 und 2016/17 eingestellten 1 377 Seiteneinsteigern seien 211 wieder aus dem Schuldienst ausgeschieden – stolze 15 Prozent.

Präsenz eingeschränkt

Doch selbst die gesunden Kolleginnen und Kollegen stehen nur eingeschränkt in den Klassenzimmern. Grund: die notwendige Nachqualifizierung. Am Beginn ihrer Lehrkraftkarriere gehen sie für ein Vierteljahr in eine Einstiegsqualifizierung und fehlen erst einmal an der Schule. Danach besuchen sie zwei Tage in der Woche eine Qualifizierung an der Universität. „An diesen Tagen sind manche Lehrerzimmer halb leer“, sagt Haas: „Für die nächsten Jahre droht damit eine systematische Aushöhlung der Schulqualität.“ Über die einzelnen Neulinge will Haas dennoch nichts Schlechtes sagen – im Gegenteil. Sie würden ins kalte Wasser geworfen und hätten kaum Zeit zur Einarbeitung, müssten aber bald Noten geben und Bildungsempfehlungen schreiben. Gerade junge Leute seien zudem Vorbehalten erfahrener Kolleginnen und Kollegen ausgesetzt, die sich in ihrer Qualifikation entwertet sähen. Nicht zuletzt würden sie als Lehrkräfte zweiter Klasse in unteren Gehaltsstufen eingeordnet. Zwischen einem Seiteneinsteiger mittleren Alters an einer Grundschule und einer abgeordneten Gymnasiallehrkraft könnten bis zu 700 Euro Gehaltsdifferenz liegen. Erst nach wissenschaftlicher Qualifikation und Vorbereitungsdienst würden sie wie alle anderen eingruppiert. „In diesem Klima sinkt die Motivation“, sagt Haas, „die Gräben im Schulhaus werden tiefer.“

Fragt man GEW-Landeschefin Kruse nach einem Ausweg aus der Misere, nennt sie ein breites Bündel von Ideen, darunter: bessere Bezahlung der Lehrkräfte. Befreiung von Organisationslasten. Entschlacken des sächsischen Prüfungsmarathons. Integration gut ausgebildeter, geflüchteter Lehrkräfte. „Wir haben dem Kultusministerium voriges Jahr ein Paket Maßnahmen vorgeschlagen“, sagt Kruse, „doch es wurde bisher kaum beachtet.“

Sven Heitkamp,
freier Journalist

***Seiteneinstieg meint eine Einstellung in den Schuldienst ohne lehramtsbezogenen Abschluss. Qualifizierung und Vorbereitungsdienst laufen berufsbegleitend.**

Zahlen

30 100 Lehrerinnen und Lehrer arbeiten an den 1 356 Schulen in Sachsen. Sie unterrichten 400 000 Schülerinnen und Schüler, rund 5 000 mehr als voriges Schuljahr. Mehr als 1 400 Kolleginnen und Kollegen gehen derzeit jährlich altersbedingt in den Ruhestand. Doch auf die frei werdenden Stellen bewarben sich diesen Sommer nur 1 160 ausgebildete Lehrkräfte – davon mehr als die Hälfte für Gymnasien. In den vergangenen beiden Jahren wurde daher die Hälfte der freien Stellen mit Seiteneinsteigern besetzt. Sachsen stellt Lehrkräfte ausschließlich im Angestelltenstatus ein. S. H.

MARLIS TEPE

Foto: Kay Herschelmann

Kein „Weiter so!“

Nun ist der Lehrkräftemangel da. Und er wird sich verschärfen! Schulen in Brennpunkt-Stadtteilen trifft er besonders und führt dazu, dass bestimmte Gruppen von Schülerinnen und Schülern vernachlässigt werden. Die Situation ist so zugespitzt wie in den letzten 30 Jahren nicht mehr. Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat es während ihrer Sitzung im Oktober versäumt, ein Lösungspaket zu beschließen, das Aussicht auf Erfolg hat (s. S. 12 ff.). Damit wird sie – wie so oft – ihrer Aufgabe nicht gerecht. Die GEW hat lange vor dieser Entwicklung gewarnt und Lösungsvorschläge gemacht.

Wie der Generationenwechsel in den Klassenzimmern zu gestalten ist, hätte man vorausberechnen können. Eine vorausschauende Planung sieht Reserven für Unvorhergesehenes vor, damit es z. B. viel schneller Lösungen für die – auch durch die Zuwanderung – steigende Zahl der Schülerinnen und Schüler geben kann. Der Lehrkräfteberuf hätte attraktiver gemacht werden müssen. Dazu gehört, die Pflichtstunden zu senken, die Inklusion besser auszustatten, die Klassen kleiner zu machen, mehr Sozialpädagoginnen und -pädagogen einzustellen sowie die Zeit für Kommunikation und Austausch auszuweiten. Die Wertschätzung des Berufes hätte erhöht werden müssen. Dazu gehört, die Bezahlung zu verbessern.

All dies haben die Landesregierungen versäumt. Stattdessen haben sie der Schuldenbremse und der schwarzen Null höchste Priorität eingeräumt. Dieses Sparkonzept hat großen Schaden angerichtet.

Bildungsergebnisse werden regelmäßig vermessen. Das Resultat ist immer wieder dasselbe: Bildungserfolg ist in Deutschland viel enger mit der sozialen Herkunft verknüpft als in anderen vergleichbaren Staaten. Unternommen wurde dagegen zu wenig. All das hat die GEW immer wieder bemängelt und Vorschläge für Abhilfe unterbreitet. Kaum etwas ist geschehen!

Wir stellen uns nun aber nicht hin und sagen: Wir haben recht behalten! Nein! Die GEW macht der Bundesregierung sowie der KMK, jeder Landesverband den Landesregierungen das Angebot, über ein Gesamtpaket zu verhandeln, um die Situation zu verbessern. Was gehört in dieses Maßnahmenpaket?

- Alle Lehrkräfte mindestens nach A13 (Beamtinnen und Beamte) und E13 (Angestellte) zu bezahlen,
- den Besoldungsföderalismus zu beenden,
- Arbeitszeitverordnungen, die zu einer schrittweisen Reduzierung der Pflichtstundenzahl führen,
- eine bessere Ausstattung der Inklusion, kleinere Klassen,
- mehr Zeit für Austausch, Fortbildung und Koordination,
- eine gemeinsame Ordnung für den Quer- und Seiteneinstieg mit Qualifizierungsmaßnahmen, die Perspektiven und Qualität bieten sowie eine höhere Eingruppierung sicherstellen und Zeitausgleiche für Mentortätigkeiten beinhalten,
- mehr Sozialpädagoginnen und -pädagogen sowie Schulpsychologinnen und -psychologen einzustellen,
- mehr Studienplätze für das Lehramt zu schaffen und ein laufbahnübergreifendes Grundstudium mit einer Spezialisierung im Master einzuführen.

Wir wollen und werden nicht akzeptieren, dass

- an der Bildung gespart und damit Privatschulen für Privilegierte Vorschub geleistet wird,
- es durch unterschiedliche Bezahlung und unterschiedliche Pflichtstundenzahlen zu Konkurrenz in den Schulen kommt,
- der wachsende Druck Lehrkräfte gesundheitlich gefährdet.

Die Bildungs- sowie Finanzpolitiker sind auf allen Ebenen in der Pflicht. Ebenso und gerade die Verhandlungskommissionen von CDU/CSU, FDP und Grünen, die die Sondierungsgespräche für eine neue Bundesregierung führen. Sie müssen etwa durch die Aufhebung des Kooperationsverbotes und eine dauerhafte Unterstützung der Kommunen und Länder die entscheidenden Weichen stellen, um den Fachkräftemangel an den Schulen zu beheben. Wer „weltbeste Bildung“ will, muss den Schalter umlegen. Es ist mehr als 5 Minuten nach 12.

Marlis Tepe, GEW-Vorsitzende

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer Versorgungs-analyse für Frauen.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. DBV

Sie kümmern sich um alles. Aber haben Sie dabei auch an sich gedacht? Viele Frauen im Öffentlichen Dienst arbeiten nur Teilzeit oder pausieren ganz. Gründe hierfür sind meist Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen. Zu dieser speziellen Situation hat die DBV sich Gedanken gemacht. Die Versorgungsanalyse zeigt Ihnen:

- ✔ **mit welchen Bezügen Sie im Alter rechnen können**
- ✔ **wie Sie Ihre Versorgungslücke intelligent schließen können und trotzdem flexibel bleiben**
- ✔ **wie Sie Ihre finanzielle Unabhängigkeit im Alter bewahren**

Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen:
FrauenimOeffentlichenDienst@dbv.de
oder Telefon 0800 292 22 74.

Sonderkonditionen in der Krankenversicherung für Mitglieder der
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW

Eine Marke der AXA Gruppe AXA

Katastrophe mit Ansage

Foto: Dominik Buschardt

Generationenwechsel verpasst: Die Kultusministerien haben es versäumt, den Nachwuchsbedarf in den Lehrerzimmern vorausschauend zu planen. Die Folge: Lehrkräftemangel.

// **Den Generationenwechsel in den Lehrerzimmern zu organisieren, haben die Bundesländer allesamt verpasst. Nachhaltige Konzepte der Bildungsgewerkschaft GEW wurden jahrzehntelang überhört. Das rächt sich nun: In allen Bundesländern herrscht Lehrkräftemangel.** //

Die Versorgung mit Lehrerinnen und Lehrern ist das Musterbeispiel eines jahrzehntelangen Planungsversagens zu Lasten der Kinder sowie der Pädagoginnen und Pädagogen. Wer den Blick in ein Lehrerzimmer in Deutschland wirft, findet selten eine gleichmäßige Altersmischung. In den 1980er- und frühen 1990er-Jahren wurde im Westen kaum eingestellt, eine ganze Absolventengeneration wurde arbeitslos. Als dann ab Mitte der 1990er wieder mehr Lehrkräfte benötigt wurden, reagierten die meisten Länder erst einmal mit höherer Unterrichtsverpflichtung, statt vorausschauend einzustellen. Die GEW machte unter dem Motto „Unser Jüngster wird 50!“ auf diese Schieflage und die große Zahl arbeitsloser Lehrerinnen und Lehrer aufmerksam. Erst ab 1998 wurden bundesweit mehr als 15 000 Lehrkräfte pro Jahr neu eingestellt (2016 waren es mehr als 35 000). Dabei ist es wenig überraschend, dass die 50-Jährigen der 2000er-Jahre fünfzehn Jahre später gleichzeitig die Altersgrenze erreichen! In den Ländern, die einst zur DDR gehörten, läuft zeitversetzt das gleiche Spiel. Hier waren vor 1989 viele neue Lehrkräfte eingestellt worden. In den Jahren nach der Wende folgte als erstes eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung auf Westniveau. So erzeugte das wiedervereinte Deutschland mit politischen Mitteln einen „Lehrkräfteüberschuss“. Sinkende Schülerzahlen durch die Abwanderung sowie ein extremer Geburtenrückgang nach der „Wende“ kamen verschärfend hinzu. Massenentlassungen konnten zwar dank der Sozialtarifverträge verhindert werden, weil diese die zu unterrichtenden Stunden via Teilzeit auf die vorhandenen Lehrkräfte verteilten. Der Preis war, dass heute in den Kollegien kaum jüngere Lehrkräfte zu finden sind. Doch auch in Dresden oder Rostock gehen 50-Jährige absehbar in spätestens anderthalb Jahrzehnten in den Ruhestand …

Der lange Atem der GEW

Bereits früh pochte die GEW darauf, den Generationenwechsel vorausschauend zu organisieren. Ende 2010 forderte der Hauptvorstand in einem „Sofortprogramm für den Lehrerinnen- und Lehrernachwuchs“ vor allem Folgendes: eine einheitliche Besoldung aller Lehrämter, höhere Anwärterinnen- und Anwärterbezüge, mehr Stellen und eine einheitliche Länge des Vorbereitungsdienstes bei gleichzeitiger Senkung des „bedarfsdeckenden Unterrichts“, den Referendarinnen und Referendare zu absolvieren haben. Im Frühjahr 2011 folgte eine GEW-Positionierung zur Reform der Lehrerinnen- und Lehrerbildung – die Geburtsstunde des „Zukunftsforums Lehrer_innenbildung“. Dessen Ergebnisse wurden im Mai 2017 auf dem Gewerkschaftstag in Freiburg mit dem Dringlichkeitsantrag „Lehrkräftemangel bekämpfen – Schulqualität sichern – Schulreformen offen halten“ bekräftigt und konkretisiert (s. E&W 6/2017). Anstatt die Warnsignale zu hören, hielt sich die Kultusministerkonferenz (KMK) lange zurück. 2013 legte sie dann erstmals nach zehn Jahren eine Prognose des Lehrkräftebedarfs vor, mit einer Laufzeit bis 2025. Die KMK kündigte an, diese Prognose alle zwei Jahre zu aktualisieren. 2015 lag die zweite Prognose auch tatsächlich vor, auf die dritte Aktualisierung wird man dieses Jahr vergeblich warten. Sie wurde verschoben, weil zunächst die offizielle Schülerzahlen-Vorausberechnung des Statistischen Bundesamtes eingearbeitet werden soll. Das Problem dabei: Der von der KMK ermittelte „Bedarf“ ist nichts als ein Aufsummieren der von den Ländern gelieferten Zahlen. Entscheidet sich ein Land politisch für Einsparungen im Schuldienst, hat es automatisch einen geringeren „Bedarf“ an Lehrkräften. Die KMK-Prognosen sind also ein Spiegelbild der Schuldenbremse. Entscheidend ist nicht, wieviel Personal für gute Bildung tatsächlich benötigt wird, sondern was die Bundesländer für Lehrkräfte auszugeben bereit sind. Aber selbst in dieser unzulänglichen KMK-Prognose von 2013 wird festgehalten, dass zu viele junge Menschen auf das Lehramt an Gymnasien studierten. Für

die anderen Schularten werde entweder eine halbwegs passende Anzahl von Bewerbern erwartet, nur in den „falschen“ Regionen, oder insgesamt zu wenige Studierende. Mit anderen Worten: eine äußerst problematische Fehlsteuerung in der Lehrkräfteausbildung (s. E&W 6/2013). Das Versagen der Bundesländer zeigt sich nicht nur bei der Einstellung, sondern auch beim Angebot an Lehrkräften, für das die Bundesländer als Finanziers der Hochschulen ebenfalls verantwortlich sind. Die Zahl der Lehramtsabsolventinnen und -absolventen hat sich zwar seit Anfang der 1990er-Jahre verdoppelt, hinkt aber der Nachfrage seit mehr als 15 Jahren hinterher. Erneut zeigen sich die Folgen der Schuldenbremse – und einer unverantwortlichen Bildungs-Kleinstaaterei. An den Hochschulen wurde die Lehrkräftebildung kaputtgespart. Dabei mangelt es nicht an Studierwilligen, das belegen die Zulassungsbeschränkungen für Lehramtsstudiengänge selbst in den „Mangelbereichen“ Grundschule und Förderschule. Vielerorts wurden auch im Vorbereitungsdienst Stellen abgebaut. Die Länder setzten darauf, dass die anderen schon genügend ausbilden würden. In den letzten Jahren haben alle Bundesländer außer Bayern mehr Lehrkräfte eingestellt als den Vorbereitungsdienst verlassen haben – in Berlin, Sachsen und Sachsen-Anhalt sogar mehr als doppelt so viele.

Brisante Zahlen

Wie brisant die aktualisierten Schülerinnen- und Schülerzahlen sind, macht eine im Sommer vorgelegte Studie der Bertelsmann Stiftung deutlich: Diese rechnet bis 2025 mit über einer Million Schülerinnen und Schülern mehr als die KMK bei ihrer letzten Prognose. Wie sich diese verteilen und wozu das führt, erläutert der Bildungsforscher Klaus Klemm eindrücklich (s. S. 2).

Die bundesweiten Zahlen verdecken zudem die dramatischen Bevölkerungsbewegungen innerhalb Deutschlands: Städtische Ballungsräume wachsen stark, ländliche Regionen verzeichnen beachtlichen Bevölkerungsschwund. Auf dem Land muss dafür gekämpft werden, dass Schulen in schrumpfenden Gebieten nicht geschlossen werden. In den Ballungsräumen fehlen Schulgebäude und Lehrkräfte, zudem erfordern die sozialen Probleme Antworten, die nur mit zusätzlichem Personal zu bewältigen sind. Ebenso wenig wurden strukturelle Facetten des Lehrkräftemangels angegangen, über die Expertinnen und Experten seit Jahrzehnten diskutieren. So gelten die MINT-Fächer (Mathe, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) seit langem als Mangelfächer. Die KMK beschloss zwar bereits 2009 „Empfeh-

Die HUK-COBURG ist ein starker Partner, auch wenn es um Ihre Gesundheit geht:

- Stabile und günstige Beiträge für Beamte und Beamtenanwärter
- Geld zurück: aktuell bis zu vier Monatsbeiträge Rückerstattung bereits ab dem ersten leistungsfreien Kalenderjahr – Beamtenanwärter erhalten sogar bis zu sechs Monatsbeiträge Rückerstattung
- kompetent für den öffentlichen Dienst – die HUK-COBURG ist der größte deutsche Beamtenversicherer

Wir beraten Sie gerne:
Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter www.HUK.de.
Oder rufen Sie direkt an: Telefon 0800 215315401.

DEUTSCHER PERSONALRÄTE PREIS ▪ 2018
BUND VERLAG
Der Personalrat
HUK-COBURG

HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

lungen zur Stärkung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Bildung“ und stellte 2011 „Aktivitäten der Länder zur Stärkung der mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Bildung“ zusammen. Die bessere Studierbarkeit der MINT-Lehramtsstudiengänge ist darin allerdings kein Thema. Dabei ist bekannt, dass Studierende dieser Fächer die Bedingungen als problematisch empfinden: In den Fachwissenschaften wird das volle Programm auf höchstem Abstraktionsniveau abverlangt, die Bildungswissenschaften kommen noch oben drauf. Doch ausgerechnet zu den Lehramtsstudiengängen gibt es in der aktuellen Studie des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung zum Studienabbruch keine Zahlen.

Auch an Kunst- und Musiklehrkräften mangelt es seit Jahrzehnten. Die KMK hielt 1998 in einem Bericht zur Situation des Musikunterrichts fest: „In nahezu allen Ländern fehlen qualifizierte Musiklehrer.“ Vierzehn Jahre später, Ende 2012, appellierte sie an die Kunst- und Musikhochschulen: „Die Anforderungen der Aufnahmeprüfung sollten (…) stärker an die Anforderungen des Musik- und Kunstlehrerberufs angepasst (…) werden.“ Getan hat sich seither nichts. Die Kunst- und Musikhochschulen, die wegen des häufigen Einzelunterrichts vergleichsweise „teuer“ sind, bieten aufgrund der von den Ländern verfügten Sparzwänge nach wie vor zu wenige Studienplätze an, um auch nur die absehbar ausscheidenden Lehrkräfte ersetzen zu können.

Was jetzt zu tun wäre

Nachdem die Bundesländer den absehbaren Generationenwechsel schon verschlafen haben, wirken die Maßnahmen, mit denen jetzt reagiert wird, fast schon hilflos. Etwa wenn Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen – mit mäßigem Erfolg – versuchen, mit dem Mittel der Verbeamtung Lehrkräfte anzulocken, die sie nicht selbst ausgebildet haben. Wer dazu nicht bereit ist, wie Berlin und Sachsen, ist im Wettbewerbsföderalismus der Verlierer. So tritt in Berlin – dem Land mit den meisten Seiteneinsteigern – nur jeder zweite der hier ausgebildeten Lehramtsmasterabsolventen auch den Vorbereitungsdienst in der Hauptstadt an. Vor diesem Hintergrund wirkt es ebenso hilflos, wenn die KMK in ihrer Pressemitteilung vom 12. Oktober 2017 zum Thema Lehrkräftemangel die „Zusammenarbeit der Länder“ beschwört, „Möglichkeiten länderübergreifender Werbeaktionen“ berät und „länderspezifische Konzepte zur Gewinnung von Lehrkräften“ austauscht. Auf der anderen Seite geraten zurzeit Dinge in Bewegung, die die GEW seit Jahrzehnten vergeblich gefordert hatte. Es gelang in drei Ländern – Berlin, Brandenburg und jüngst Nordrhein-Westfalen – den einst ehernen Grundsatz „Kleine Kinder – kleines Gehalt“ aufzubrechen: Nach neuem Recht ausgebildete Grundschullehrkräfte sollen künftig nach A13 besoldet bzw. als Angestellte nach E13 eingruppiert werden (s. S. 25 ff.). Ohne den langen Atem der GEW wäre das nicht möglich geworden – aber auch nicht ohne den eklatanten Mangel an Grundschullehrkräften. Die GEW wird nicht ruhen, ehe auch die anderen Bundesländer nachziehen.

Eine weitere langjährige GEW-Forderung eignet sich ebenfalls, um dem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken: Anstatt wie derzeit zu viele Gymnasiallehrkräfte und zu wenige Lehrerinnen und Lehrer für andere Schulformen auszubilden, sollten durch Stufenlehrämter Durchlässigkeit hergestellt und alle Lehrkräfte gleich (gut) bezahlt werden. Gymnasiallehrkräfte „schulformfremd“ einzusetzen und dort besser zu bezahlen als ihre Kolleginnen und Kollegen, wie es heute in einigen Ländern Praxis ist – besser kann man nicht vorführen, wie überholt das laufbahnrechtliche Klassendenken ist!

Auch das tarifliche Eingruppierungsrecht stößt zurzeit an seine Grenzen: Je dringender die sogenannten Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger benötigt werden, desto mehr beißt sich das mit dem im „Tarifvertrag über die Eingruppierung und die Entgeltordnung für die Lehrkräfte der Länder“ (TV EntgO-L) verankerten Prinzip, Menschen mit unvollständiger Lehramtsausbildung lebenslang schlechter einzugruppieren. Die GEW setzt sich darum für einen Qualifizierungsanspruch ein, der diesen Lehrkräften das Recht auf Höhergruppierung sichert. Denn auch diese Kolleginnen und Kollegen sollen nach Jahren der Bewährung im Job gleiches Geld für gleiche Arbeit bekommen.

Foto: Colourbox.de

Das Versagen der Bundesländer zeigt sich nicht nur bei der Lehrkräfteeinstellung, sondern auch bei den Ausbildungskapazitäten. Für diese sind die Länder als Finanziers der Hochschulen verantwortlich. Den notwendigen Ausbau der Lehramtsstudiengänge haben sie verschlafen.

Gesa Bruno-Latocha,
Referentin im GEW-Arbeitsbereich
Tarif- und Beamtenpolitik

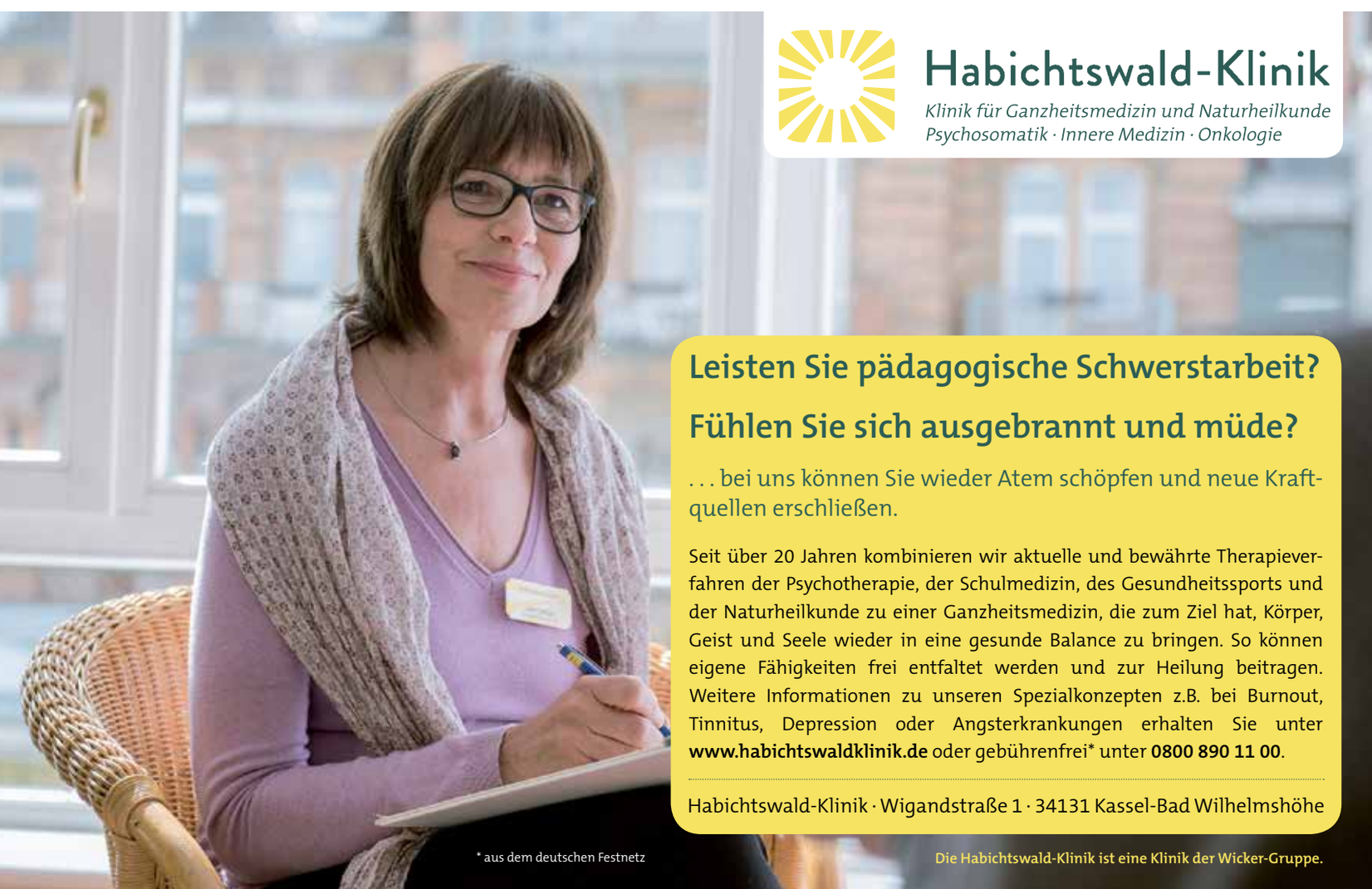
Sarah Kleemann,
Leiterin des Parlamentarischen
Verbindungsbüros der GEW in Berlin

Zahlen zum Lehrkräftemangel

// Wer heute Lehrkräftemangel googelt, findet jede Menge plakativer Zahlen zum Lehrkräftemangel. In dieser E&W gibt es deutlich weniger Daten. Wieso? Wissen die Journalistinnen und Journalisten mehr als die GEW? Nein, denn gerade weil wir die Bildungsgewerkschaft sind, geben wir uns nicht mit einfachen Antworten zufrieden. Wir wissen, dass die Welt komplex ist. //

Wenn Menschen hören, es fehlten 1 000 Lehrkräfte, stellen sich viele vor, es gibt jetzt 1 000 Schulklassen ohne Lehrerinnen und Lehrer. In Wirklichkeit werden dann jedoch häufig Vertretungskräfte eingestellt. Der Kultusminister wird dann sagen: Der Unterricht sei voll abgedeckt. Ziel: Die Menschen sollen denken, es sei alles in Ordnung. Ist es aber nicht, weil die Qualifikation der Vertretungen oft ungenügend ist. Der Kultusminister könnte aber auch sagen, 1 000 Stellen seien ausgeschrieben worden, konnten aber nicht besetzt werden. Zumindest nicht mit voll ausgebildeten Lehrkräften. Also arbeiten vielleicht auf einem Teil dieser Stellen Quer- und Seiteneinsteiger.

Zwischen „Es steht niemand vor der Klasse“ und „Wir stellen nur voll ausgebildete Lehrkräfte mit dem richtigen zweiten Staatsexamen ein“ existiert eine weite Grauzone. Wen zähle ich noch mit? Die Lehrerin mit Staatsexamen in der falschen Schulart? Den Seiteneinsteiger, der parallel ein zweites Fach studiert? Die Romanistin, die lange in der Jugendarbeit tätig war und jetzt Französisch unterrichtet? Die pensionierte Kollegin? Es gibt Zahlen, die sich als Indikator für Lehrkräftemangel eignen, etwa: Wie hoch ist die Zahl der Seiteneinsteiger in den Schuldienst? Wie viele Planstellen, konnten nicht mit voll ausgebildeten Lehrkräften besetzt werden? Das sind verwaltungsinterne Zahlen, die schwierig zu bekommen sind. Die GEW hat über ihre starke Vertretung in den Personalräten viele Einblicke in die Einstellungsverfahren, muss aber mit diesem Wissen sensibel umgehen. Trotzdem, das lässt sich bei allen Vorbehalten sagen: Dramatisch ist die Lage in Berlin und Sachsen. Die GEW Berlin meldet, dass 41 Prozent der Neueinstellungen Quereinsteigerinnen und -einsteiger seien. Die GEW Sachsen errechnet 52 Prozent Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger, an den Grundschulen sogar 66 Prozent. Auch im Süden und Westen ist die Lage sehr schwierig: Die GEW Baden-Württemberg zählt zum Schuljahresbeginn an Grundschulen ein Drittel unbesetzter Stellen. In Nordrhein-Westfalen spricht die Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) zum Schuljahresbeginn 2017 von gut 2 100 unbesetzten Stellen, für die zu diesem Zeitpunkt allerdings noch 400 Besetzungsverfahren liefen. Doch solche Zahlen sind immer nur Momentaufnahmen. Besonders unklar ist das Bild dort, wo dezentral eingestellt wird. Die genaue Zahl der Einstellungen steht immer erst deutlich später fest, wenn das Thema Lehrkräfteversorgung wieder aus den Schlagzeilen verschwunden ist. G.B.-L.



„Nicht nah genug an schulischer Realität“

// **Viele Schulen haben zu wenige Lehrkräfte – quer durch die Republik. Wie wirkt sich das vor Ort aus? Konkret: an der Oberschule am Ernst-Reuter-Platz in Bremerhaven. Im gebundenen Ganztag unterrichten hier bis zu 50 Lehrkräfte 450 Schülerinnen und Schüler von Klasse 5 bis 10. Ein Gespräch mit Schulleiterin Nicole Wind und ihrem Stellvertreter Olaf Hüllen.** //

E&W: Ihre Schule liegt im Bremerhavener Stadtteil Lehe, welche Kinder kommen zu Ihnen?

Nicole Wind: Wir haben Kinder aus etwa 30 Nationen, aus deutschstämmigen, zum Großteil aus Migrantenfamilien der zweiten und dritten Generation. Zum anderen haben wir viele geflüchtete Mädchen und Jungen in den Klassen, aus Syrien oder Afghanistan. Sehr viele Familien leben von staatlichen Transferleistungen, die Kinderarmut ist sehr hoch.

Fotos: Schule am Ernst-Reuter-Platz

Schulleiterin Nicole Wind

E&W: Was bedeutet das für den Unterricht?

Wind: Wir wollen dieser bunten Schüler-Mischung gerecht werden, auch den Familien, den Alleinerziehenden. Häufig haben Mütter und Väter Schwierigkeiten, ihren Alltag und den ihrer Kinder zu strukturieren. Unser Kollegium bemüht sich, die Eltern im Interesse der Kinder dabei zu unterstützen.

E&W: Dazu sind personelle Ressourcen nötig. In Bremerhaven sind Schulen tendenziell unterversorgt. Wie sieht es an Ihrer Schule aus?

Olaf Hüllen: Nach den Herbstferien werden wir voraussichtlich eine Unterversorgung von etwa 40, schlimmstenfalls von 60 Unterrichtsstunden haben. Das merken wir auch im Ganztag. Wir hatten früher Kursgrößen mit zwölf Kindern, jetzt sitzen in einem Kurs 15 bis 17 Schülerinnen und Schüler. Mit dem Unterrichtsausfall müssen wir derzeit klarkommen. Wenn es aber weiterhin so bleibt, dass wir 60 Stunden nicht abdecken können, bedeutet das: Es fehlen zwei Vollzeitstellen!

E&W: Wenn Personalressourcen so knapp sind, wie füllen Sie die Lücken auf?

Hüllen: An unserem Standort haben wir etwas über 40 Prozent Seiteneinsteiger*. Ich gehe davon aus, dass der Trend, Seiteneinsteiger einzustellen, anhält. Man muss aber sagen: Viele dieser Kolleginnen und Kollegen machen einen hervorragenden Job.

Wind: Wir haben auch zwei Studierende im Masterstudiengang mit 14 Stunden im Schulbetrieb eingesetzt. Bei uns ist die studentische Mitarbeit noch relativ gering, an anderen Schulstandorten Bremerhavens unterrichten deutlich mehr Studierende.

E&W: Unterrichten die Studierenden an Ihrer Schule eigenverantwortlich? Und wenn ja, was bedeutet das für sie selbst, das Kollegium, die Kinder?

Wind: Eine Studierende übernimmt auch die Leitung einer Klasse. Das ist auf jeden Fall eine irre Herausforderung. Nicht jede, jeder schafft das. Unser Kollegium unterstützt aber, wo es kann. Die zusätzliche studentische Kapazität ist eine Hilfe, ohne die es nicht ginge.

Stellvertretender Schulleiter Olaf Hüllen

Und die Kinder sind zufrieden, solange der Unterricht gut läuft.

E&W: Wie betreuen Sie Kinder mit speziellem Förderbedarf?

Hüllen: Auch in der Hinsicht haben wir das Problem, dass wir personell unterversorgt sind. Es gibt nur wenige Doppelbesetzungen in den Klassen, individuelle Förderung durch sonderpädagogische Fachkräfte ist kaum zu gewährleisten.

E&W: Was tun Sie?

Hüllen: Wir versuchen, die personelle Lücke so zu schließen, dass sich die jeweilige Fachlehrkraft, die gerade in der Klasse unterrichtet, auch um die Kinder mit besonderem Förderbedarf kümmert. Der Mangel an Sonderpädagogen trifft jedoch nicht nur unsere Schule, sondern alle Schulen in der Stadt, ja, im Land …

Wind: … aber wir haben ein Team von Kolleginnen und Kollegen – vom Hausmeister bis hin zur Lehrkraft –, das sehr nah dran ist an diesen Kindern.

E&W: Keine Überlastungen?

Wind: Doch, die Kolleginnen und Kollegen arbeiten am Limit. Denn es gilt, immer wieder besondere Herausforderungen zu bewältigen, z. B. bei den zwei Sprachanfängerklassen, die wir

eingerichtet haben. Die eine Kollegin, die ältere Sprachanfänger unterrichtet, kümmert sich auch um deren Berufsorientierung. Eine zusätzliche Bürde. Ein unterstützendes System außerhalb von Schule, das hilft, solche Probleme zu stemmen, fehlt.

E&W: Was verdienen Seiteneinsteiger an Ihrer Schule?

Wind: Die meisten werden nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) Entgeltgruppe E10** bezahlt.

E&W: Wie groß sind die Einkommensunterschiede zwischen Seiteneinsteigern und verbeamteten Kolleginnen und Kollegen?

Hüllen: Das weiß ich nicht. Es sind nicht alle Haupt- und Realschul-Lehrkräfte verbeamtet. Voll ausgebildete Lehrkräfte sind in E12 eingruppiert.

E&W: Und wie werden verbeamtete Sekundarschullehrkräfte in Bremen besoldet?

Hüllen: Nach A12***! Und das bei einer Unterrichtsverpflichtung von 27 Stunden! Hinzu kommt: Lehe ist ein Stadtteil mit sehr vielen Kindern, die sozial stark belastet sind. Das merkt man in fast jeder Unterrichtsstunde. Zudem: Unsere Lehrkräfte arbeiten im gebundenen Ganztag. Sie unterrichten in der 9. und 10. Stunde noch Englisch oder Mathe, während an Halbtagsschulen Tätige bereits zu Hause sind. Seit längerem haben wir deshalb Senat, Kommunalpolitik und Schulamt aufgefordert, unsere Kolleginnen und Kollegen zeitlich zu entlasten.

E&W: Stichwort Befristung: Sind Seiteneinsteiger ausschließlich befristet beschäftigt?

Hüllen: Hier gelten unterschiedliche Konditionen, teilweise gibt es befristete Verträge mit Sachgrund – etwa, wenn eine Kollegin in Elternzeit geht.

E&W: Gibt es Fortbildungsangebote für die Neuen?

Hüllen: Es gibt kein verbindliches System. Das Lehrerfortbildungsinstitut (LFI) bietet verschiedene Programme an, die zum Teil verpflichtend, zum Teil freiwillig sind. Das ist im Ganztag allerdings auch ein Problem: Wenn eine Fortbildung um 14 Uhr beginnt, fällt Unterricht aus.

E&W: Ist der Lehrkräftemangel in Bremerhaven hausgemacht?

Wind: Ich befürchte, ja. Senat und Schulamt haben generell eine vorausschauende Personalplanung versäumt. Das wirkt sich jetzt aus, denn die Altersverteilung an den Schulen war ja bekannt.

E&W: Politik hat sich also verkalkuliert …

Wind: Ja, weil sie nicht nah genug an schulischer Realität dran ist.

E&W: Ist der Standort nicht attraktiv genug für junge Lehrkräfte?

Wind: Klar, Menschen, die aus Bayern oder Nordrhein-Westfalen kommen, für Bremerhavener Schulen zu gewinnen, ist nicht einfach. Die Bezahlung spielt eine wichtige Rolle. Deshalb sollte der Verdienst aller Lehrkräfte an die Besoldungsstufe A13 angeglichen werden (s. Seiten 25 ff.).

Hüllen: Der andere heikle Punkt betrifft die Unterrichtsverpflichtung. Sie ist im Stadtstaat Bremen mit 27 Stunden recht happig. Nicht zu vergessen das „Drumherum“, mit dem andere Bundesländer locken: Sonderzahlungen, mehr Geld, eine dem Standort angemessene Unterrichtsverpflichtung bzw. -entlastung. Junge Pädagoginnen und Pädagogen wissen, dass der Lehrkräftebedarf groß ist. Sie vergleichen alle wichtigen Faktoren, danach entscheiden sie, wo sie sich bewerben.

Interview: Helga Haas-Rietschel, Redakteurin der E&W

***Seiteneinsteiger: Lehrkräfte ohne Lehramts-, aber mit Hochschulabschluss, werden direkt eingestellt, die Qualifizierung erfolgt berufsbegleitend.**
****TV-L-Entgelte seit 1. Januar 2017 für angestellte Lehrkräfte im Landesdienst, jeweils Berufsanfänger und Höchststufe:**
E10: 3 018 Euro und 4 291 Euro brutto
E12: 3 233 Euro und 5 068 Euro brutto
*****Besoldungsgruppe A12:**
3 402 Euro und 4 406 Euro brutto
(Besoldungstabelle Bremen)

MEDIAN

Wenn Engagement krank macht …

- Depressionen
- Essstörungen
- Abhängigkeiten
- Lebenskrisen
- Burn-Out
- Stresserkrankungen
- Angsterkrankungen
- Bipolare Störungen

Unser Konzept:
Individuelles Programm, Schwerpunkt Einzeltherapie
Selbstfürsorge stärken und neue Orientierung finden

Bei der Klärung der Kostenübernahme sind wir Ihnen gerne behilflich.

MEDIAN Privatklinik Berggarten Deidesheim
Fachklinik für Psychiatrie, Psychosomatik und klinische Psychotherapie
Im Oberen Grain 1 · 67146 Deidesheim · Telefon +49 (0)6326 7008-0
kontakt.berggarten@median-kliniken.de · www.median-kliniken.de

Baustelle Bildung! Im Bildungsbereich gibt es viele Probleme, die angepackt werden müssen, Lehrkräftemangel ist derzeit eines der größten.

Foto: Christoph Bächtle

Mehr Voraussicht, bitte!

// **Mehr als jede zehnte Stelle in Baden-Württemberg konnte zu Schuljahresbeginn nicht besetzt werden. Überraschend kommt das nicht. Über Jahre hat die Landesregierung an allen Ecken und Enden gekürzt, statt in die Zukunft zu schauen. Die bildungspolitischen Folgen sind vielfältig.** //

Doro Moritz läutete das neue Schuljahr mit deutlichen Worten ein: „Ich kann mich nicht erinnern, dass schon einmal 13 Prozent der offenen Lehrerstellen nicht besetzt werden konnten“, erklärte die baden-württembergische GEW-Landesvorsitzende am Tag nach den Sommerferien vor der Presse im Stuttgarter Landtag. Plötzlich kommt der Mangel – der sich vor allem bei Grundschul- sowie Sonderpädagoginnen und -pädagogen zeigt – nicht. In jedem der vergangenen Jahre hat Baden-Württemberg rund 5 000 Stellen neu besetzt; meist, weil Lehrkräfte in den Ruhestand gingen. Die steigenden Pensionierungs- sind ebenso bekannt wie die wachsenden Schülerzahlen. Wie also ist zu erklären, dass nicht genügend Pädagoginnen und Pädagogen ausgebildet wurden?

Die GEW macht die Sparpolitik der verschiedenen Landesregierungen für die Lage verantwortlich. Bis 2011 sorgten CDU und FDP nicht für einen Ausbau der Studienplätze für Grundschul- und Sonderpädagogik. Die bis 2016 amtierende grün-rote Regierung verschärfte den Sparkurs noch. Bis kurz vor Ende der Legislaturperiode hielt sie daran fest, bis 2020 11 602 Lehrerstellen streichen zu wollen. Seit 2016 setzt die Regierung von Grünen und CDU – weiterhin unter Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne), einem der Erfinder der Schuldenbremse – den Sparkurs fort; so gibt es in diesem Schuljahr 700 Lehrkräftestellen weniger als 2016/17. Erst aufgrund wachsender Proteste – und maßgeblich auf Druck der GEW – erklärte die Landesregierung im Juli, keine weiteren Stellen abzubauen. Auch die Zahl der Studienplätze soll nun leicht erhöht werden.

Foto: Ulrike Bär

Doro Moritz: „Ich kann mich nicht erinnern, dass schon einmal 13 Prozent der offenen Lehrerstellen nicht besetzt werden konnten.“ Und, fügt die baden-württembergische GEW-Chefin mit Blick auf die Grundschulen hinzu, in keiner anderen Schulart würde der Pflichtunterricht gekürzt, um Fördermaßnahmen zu finanzieren.

Den Kindern, deren Unterricht zurzeit ausfällt, sowie den überlasteten Kollegien nützt das allerdings nichts. Insbesondere an Grundschulen und Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ, früher Sonderschulen), wo nur ein Teil der Stellen besetzt werden konnte, hat sich die Unterrichtsversorgung verschlechtert. Auch in den naturwissenschaftlichen Fächern der weiterführenden Schulen fehlen Lehrkräfte; ebenso an den beruflichen und an den gewerblichen Schulen in vielen berufsbezogenen Fächern.

Mannigfache Folgen

Folgen hat der Lehrkräftemangel nicht nur, weil er zu Unterrichtsausfall führt; darauf machte GEW-Landesvorsitzende Moritz vor der Presse ebenfalls aufmerksam: „Von einer sinnvollen Umsetzung der Inklusion, guter Förderung oder einer Lehrerreserve ist keine Rede mehr“, konstatierte sie. Die Liste der bildungspolitischen Auswirkungen des Mangels könnte kaum länger sein: Der Ganztagsausbau steht unter Finanzierungsvorbehalt, obwohl Baden-Württ-

temberg mit nur 440 „echten“ Ganztagsschulen – die Ganztag für alle und nicht nur in Wahlform anbieten – ohnehin schon den meisten Ländern hinterherhinkt. Geflüchtete und Zugewanderte bekommen zu wenig Unterstützung; für muttersprachlichen Unterricht und islamischen Religionsunterricht in Verantwortung des Landes ist kein Geld da. Die Digitalisierung wird stets angekündigt, scheitert aber in den meisten Schulen schon an der Ausstattung, für die Gemeinden, Städte und Landkreise zuständig sind. Und auch beim Ethikunterricht, der nach dem Regierungswechsel 2011 ein Vorzeigeprojekt insbesondere der Grünen werden sollte, hakt es: Mangels Geld und Stellen wird er nur sehr zögerlich eingeführt, in der Grundschule gar nicht. Regelmäßig müssen Kinder, die den Religionsunterricht nicht besuchen, auf andere Klassen verteilt werden.

Unterricht wird gekürzt

In den Grundschulen gibt es zudem erhebliche Veränderungen des Stundenkontingents. Die Entscheidung ihrer Vorgängerregierung, die Stundentafel um vier Deutsch- und Mathematikstunden auf 102 Stunden zu erhöhen, will Grün-Schwarz zurücknehmen – nicht nur angesichts der Ergebnisse der jüngsten IQB-Bildungstrendstudie (s. S. 4) eine falsche Entscheidung. Zusammen mit der beabsichtigten Streichung der Fremdsprache in Klasse 1 und 2 fällt Baden-Württemberg dann wieder auf 98 Stunden Pflichtunterricht zurück. Die Kürzung hat damit zu tun, dass nur so wenigstens einem Teil der Grundschülerinnen und -schüler Fördermaßnahmen angeboten werden können. „In keiner anderen Schulart würde der Pflichtunterricht gekürzt, um Fördermaßnahmen zu finanzieren“, konstatierte Moritz. In allen weiterführenden Schularten einschließlich der Gymnasien wurden in den vergangenen Jahren Pool-Stunden für Stütz- und Fördermaßnahmen deutlich ausgebaut; nur die Grundschule hat weiterhin keine einzige. Bei der Lehrkräfte-Schüler-Relation liegen die Grundschulen im „Musterländle“ im Bundesländervergleich auf dem letzten Platz.

Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU), derzeit auch Vorsitzende der Kultusministerkonferenz, will die Unterrichtsversorgung nun mit einem Maßnahmenpaket verbessern: Teilzeitlehrkräfte werden zur Mehrarbeit aufgefordert. Es gibt Versetzungen und Abordnungen, um die Schulen im ländlichen Raum besser zu versorgen. Mehr Lehrkräfte sollen über die gesetzliche Altersgrenze hinaus arbeiten. Die GEW wertet die Maßnahmen als den berühmten Tropfen auf den heißen Stein – der zudem die Folgen der verfehlten Lehrkräftebedarfssteuerung auf dem Rücken des Personals austrägt. Die Bildungsgewerkschaft fordert stattdessen, ältere Lehrkräfte mit einer wesentlich höheren Altersermäßigung zu entlasten. Wenn dadurch mehr Lehrkräfte ein oder zwei Jahre länger arbeiten könnten, würde das für mehr Unterricht sorgen als der nun geplante zehnprozentige Zuschlag bei einer Arbeit über die gesetzliche Altersermäßigung hinaus.

Als mit 50 000 Mitgliedern größte bildungspolitische Vertretung im Land setzt sich die GEW Baden-Württemberg für einen weiteren Ausbau der Studienplätze für das Grundschullehramt und Sonderpädagogik sowie für eine langfristige Lehrkräftebedarfsplanung ein. Bereits in wenigen Jahren werden nämlich auch in den weiterführenden Schulen die Schülerzahlen steigen. GEW-Landesvorsitzende Moritz: „Auch dort sind dann zusätzliche Lehrkräfte nötig. Grüne und CDU haben alle Zahlen, die sie brauchen, um jetzt für eine solide Bildungspolitik in den nächsten zehn bis 15 Jahren zu sorgen und entsprechend zu investieren.“

Matthias Schneider,
GEW-Landesgeschäftsführer
Baden-Württemberg

Fehlende Lehrkräfte: In Baden-Württemberg besuchen rund 1,54 Millionen Schülerinnen und Schüler etwa 4 500 Schulen. Von 5 100 offenen Lehrkräftestellen konnten zu Beginn des Schuljahres laut Kultusministerium lediglich 4 465 besetzt werden. Hauptsächlich betroffen sind die rund 2 400 Grundschulen; dort wurden von 1 600 Stellen 480 nicht besetzt. Füllen wollte Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) die Lücken unter anderem mit Gymnasiallehrkräften – doch nur 28 interessierten sich für die schlechter bezahlte Tätigkeit.

Inklusion und getrennte Beschulung: Nicht zuletzt Inklusion entwickelt sich angesichts der Rahmenbedingungen zu einem Wunschgedanken. Im Schuljahr 2015/16 besuchten 49 175 Schülerinnen und Schüler ein Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum (SBBZ, früher Sonderschule). Knapp 6 500 Schüler mit festgestelltem Förderbedarf besuchten Grundschulen, Haupt-/Werkreal- und Gemeinschaftsschulen, nur einige wenige Realschulen und Gymnasien. 2016 stieg die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Anspruch auf sonderpädagogische Unterstützung um neun Prozent, die Zahl der Sonderpädagoginnen und -pädagogen aber nur um knapp zwei Prozent. An den SBBZ hätten 400 junge Kolleginnen und Kollegen eingestellt werden können, 105 Stellen blieben unbesetzt. Sowohl an den SBBZ wie auch an den allgemeinen Schulen sind die Kolleginnen und Kollegen unzufrieden mit den Bedingungen (s. E&W 10/2017).

Zu wenige Studienplätze: Bis 2026 wird die Zahl der Grundschülerinnen und -schüler laut Prognosen um weitere 14 Prozent steigen. Damit benötigt Baden-Württemberg allein zur Deckung des demografisch entstehenden Bedarfs an Grundschulen jährlich 1 400 bis 1 500 Studienanfängerinnen und -anfänger, die nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung als Lehrkräfte eingesetzt werden können. Demgegenüber gibt es an den Pädagogischen Hochschulen allerdings nur 1 272 Plätze. M.S.

Die GEW-Lehrerbedarfsprognose für die Grundschulen in Baden-Württemberg und weitere Informationen: www.gew-bw.de

Welche Prozesse machten Ent
soziale Ausgrenzung und Depo

// Mit der steigenden Zahl von Jugendlichen mit Migrationshintergrund könnte sich auch in den Lehrplänen für den Geschichtsunterricht etwas ändern. Mit Blick auf die Vermittlung der NS-Zeit stünden Lehrkräfte vor großen Herausforderungen, sagt Prof. Sybille Steinbacher, Inhaberin des neuen Lehrstuhls zur Erforschung der Geschichte und Wirkung des Holocaust in Frankfurt a. M. Mit dem Gespräch erinnert die E&W-Redaktion an die Pogromnacht am 9. November 1938. //

E&W: Gibt es in der Holocaust-Forschung noch offene Fragen?

Sybille Steinbacher: Es gibt durchaus Themen, über die man noch wenig weiß. Aber es sind auch die großen, zentralen Fragen, die wichtig bleiben. Wie war dieser Massenmord überhaupt möglich? Darauf haben wir noch immer keine erschöpfenden Antworten. Wir wissen viel über Herrschaftsstrukturen und die arbeitsteilige Organisation des Massenmordes. Aber nach wie vor nicht in Gänze erschlossen ist die Frage: Welche gesellschaftlichen Prozesse machten soziale Ausgrenzung, Entrechtung, Ausplünderung und Deportation erst möglich? Wie ist zu erklären, dass diese Verbrechen von Deutschland ausgehen konnten, einem Land, das damals wirtschaftlich und kulturell florierte? Oder, wenn man sich das Symbol der Verbrechen schlechthin ansieht: Auschwitz. Wir wissen immer noch nicht, wie das Lager Birkenau zur zentralen Stätte der Massenvernichtung der europäischen Juden wurde. Große Fragestellungen zu entwickeln, kann verhindern, dass die Holocaust-Forschung zur verinselten Spezialforschung wird.

E&W: Was werden Ihre Schwerpunkte in der Lehre sein?

Steinbacher: Aktuell beschäftige ich mich mit der Rolle und Funktion des Zeitzeugen. Die hat sich im Lauf der Jahrzehnte verändert: In den 1960er- und 1970er-Jahren waren die Überlebenden und Leidtragenden der NS-Verfolgung sozusagen der Stachel im Fleisch Deutschlands, die gegen das Vergessen und Verdrängen standen. Etwa seit den 2000er-Jahren wurden Zeitzeugen dann zu medialen Figuren und stehen nicht mehr für eine Gegenerzählung. Zugleich ist es interessant, auch in die letzten Jahre des Zweiten Weltkriegs zu schauen. Bereits damals wurden von Historikerkommissionen, die vor allem in Polen aktiv waren, erste Interviews mit Leidtragenden geführt und systematisch gesammelt.

E&W: Was bedeutet es für die Forschung, dass die Zeitzeugen allmählich sterben?

Steinbacher: Das ist natürlich ein großer Verlust, weil die Begegnungen mit und die Erzählungen der Betroffenen noch ganz direkt Einblick in die Geschehnisse geben. Zugleich muss man aber sagen: Wir haben ihre Aufzeichnungen, Bücher, Interviews und Filme. Ihr Zeugnis ist dokumentiert und bleibt erhalten. Deshalb würde ich nicht – wie oft zu hören ist – sagen, dass mit dem Tod der Zeitzeugen keine Geschichtsschreibung und -vermittlung mehr möglich sei. Aussagen in diese Richtung halte ich für falsch.

E&W: Worauf werden Sie sich in der Forschung fokussieren?

Steinbacher: Auch dort möchte ich mich gern weiter den skizzierten Themen widmen: dem Holocaust als gesellschaftlichem Prozess, Forschungen über Auschwitz, aber auch der justiziellen Aufarbeitung der Verbrechen. Zudem sind die Geschichte der Rückkehr der Verfolgten sowie jene der Verfolgtenverbände – also der Organisationen der Überlebenden der Konzentrationslager – bisher kaum erforscht. Themen, die ich ebenfalls sehr wichtig finde, und die Bezüge in unsere Gegenwart haben, sind Rechtsradikalismus und Holocaust-Leugnung.

Foto: privat

Sybille Steinbacher, Holocaust-Lehrstuhl an der Goethe-Universität Frankfurt am Main

rechtung, rtation möglich?

E&W: Kommt der Holocaust-Forschung in Zeiten des zunehmenden Rechtspopulismus eine noch stärkere Bedeutung zu?

Steinbacher: Ich denke, ja. Natürlich hatten NS- und Holocaust-Forschung immer eine politische und gesellschaftspolitische Bedeutung – in Zeiten eines erstarkenden Rechtspopulismus gilt das erst recht. Vor zwei Jahren habe ich in Dachau ein Symposium geleitet, bei dem offensichtlich wurde, dass von Seiten der Zeitgeschichte über die Entstehung und Entwicklung des Rechtsradikalismus in Deutschland noch Forschungsbedarf besteht.

E&W: Was kann ein eigener Lehrstuhl bewirken, was ohne ihn nicht möglich wäre?

Prof. Sybille Steinbacher hat zum 1. Mai die Leitung des Fritz Bauer Instituts übernommen und ist Inhaberin des neu geschaffenen Lehrstuhls zur Erforschung der Geschichte und Wirkung des Holocaust am Historischen Seminar der Goethe-Universität Frankfurt am Main (s. E&W 7-8/2017). Auch Gießen hat seit Juni 2017 eine Holocaust-Professur: Dort übernahm Prof. Sascha Feuchert, Leiter der Arbeitsstelle Holocaustliteratur am Institut für Germanistik der Justus-Liebig-Universität Gießen (JLU), die neue Ernst-Ludwig-Chambré-Stiftungsprofessur für Neuere Deutsche Literatur mit dem Schwerpunkt Holocaust- und Lagerliteratur sowie deren Didaktik. N.E.

Steinbacher: Es ist nicht so, dass man die Holocaust-Forschung in Deutschland erfinden müsste. Es gibt seit langer Zeit universitäre und außeruniversitäre Einrichtungen, die sich damit beschäftigen. Dass jetzt zum ersten Mal ein eigener Lehrstuhl ausgewiesen wurde, ist einfach ein wichtiges wissenschaftspolitisches Signal. Mit durchgesetzt haben das auch Menschen aus der Zivilgesellschaft. Das zeigt, was für ein gesellschaftliches Bedürfnis es gibt, mit den Themen offen umzugehen und sie in der akademischen Forschung zu etablieren.

E&W: Wie schnell finden neue Ergebnisse der Holocaust-Forschung Einzug in die Schulen?

Steinbacher: Die pädagogische Vermittlung ist für das Fritz Bauer Institut* ein wichtiger Zweig. Wie schnell Forschung in pädagogische Vermittlung umgesetzt werden kann, hängt oft aber auch vom Engagement einzelner Lehrkräfte ab. Angesichts der Tatsache, dass viele Jugendliche nach Deutschland kommen, die einen anderen kulturellen Hintergrund und Bezug zur deutschen Geschichte haben als Jugendliche, die hier groß geworden sind, stehen Schulen wie auch Gedenkstätten vor großen Herausforderungen. Das Ganze ist ein Prozess, von dem man noch nicht sagen kann, welche Lösungen es geben wird. Es müssen erst mal eine Debatte und ein Erfahrungsaustausch stattfinden.

Interview: Nadine Emmerich, freie Journalistin

***Fritz Bauer Institut: www.fritz-bauer-institut.de**

Verbot endlich komplett kippen

// Kippt das Kooperationsverbot von Bund und Ländern in der Bildung in dieser Legislaturperiode? Nach dem Regierungsverlust von Rot-Grün in Niedersachsen ist alles wieder offener. Gelockert ist das Verbot bereits. //

Verheißungsvolle Botschaften für eine völlige Streichung des umstrittenen Kooperationsverbots gab es im Bundestagswahlkampf genug: Die SPD, Miturheberin des 2006 mit der Föderalismusreform in die Verfassung eingefügten Verbots einer finanziellen Beteiligung des Bundes an originären Bildungsaufgaben der Länder, versprach in ihren Wahlaussagen, das Verbot komplett zu kippen. Um das zu bekräftigen, brachten alle sechs von der SPD geführten Bundesländer plus das von Linken und SPD regierte Thüringen im September einen Entschließungsantrag im Bundesrat ein – für den es allerdings nach dem niedersächsischen Wahlergebnis schwieriger sein wird als vorher, eine Mehrheit zu finden.

Die Grünen – mit Ausnahme ihres baden-württembergischen Landesverbands – machen seit jeher gegen das Kooperationsverbot Front. In der FDP, die 2006 im Bundestag ebenso wie Grüne und Linke gegen die Föderalismusreform stimmten, wähnt sich so mancher politische „Hoffnungsträger“ heute gar als neue Bundesbildungsministerin bzw. -minister, die oder der dem Kooperationsverbot endgültig den Todesstoß versetzen könnte. Vorsichtige Signale kommen aber auch aus Teilen der CDU. Saarlands Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) forderte angesichts der vielen Bildungsbaustellen in Deutschland noch vor der Bundestagswahl auf einem DGB-Bildungskongress ein „Kooperationsgebot“ – statt eines Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern.

Cartoon: Freimut Woessner

Die bisherige Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) behauptet kühn, es gebe überhaupt kein Kooperationsverbot. Worum geht es bei dem komplizierten juristischen wie politischen Streit also? In der Tat taucht das Wort „Kooperationsverbot“ im Grundgesetz nicht auf. Es geht um ein juristisches Konstrukt aus mehreren Verfassungsartikeln – insbesondere über die Kulturhoheit der Länder, die ihnen dazu zugeschriebenen Befugnisse „zur Erfüllung staatlicher Aufgaben“ sowie die für diese unter Umständen notwendige und mögliche Beteiligung und Kofinanzierung durch den Bund. Verfassungsjuristinnen und -juristen schütteln bisweilen den Kopf über so viel detailliertes Regelungs-Klein-Klein in einem Grundgesetz.

Kuhhandel statt Sinnfragen

Denn es ging bei der Föderalismusreform und dem damit in die Verfassung eingefügten Kooperationsverbot nicht um bildungspolitische Fragen – sondern allein um Machtpolitik. Einer der „Väter“ dieses Kooperationsverbots, der heutige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der als Kanzleramtschef unter Gerhard Schröder (SPD) Vorverhandlungen mit der Union über die Föderalismusreform führte, spricht heute selbstkritisch von einem „in die Verfassung gegossenen Irrsinn“.

Auslöser der damaligen Überlegungen Steinmeiers und anderer SPD-Politiker waren mehrere von Rot-Grün ab 2003 verlorene Landtagswahlen. Durch Entgegenkommen an die Länder hoffte man im Tausch an anderer Stelle im Bundesrat wieder mehr Handlungsfreiheit zu bekommen, zum Beispiel bei Steuergesetzen. Vor allem konservative Politiker wie der damalige hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) griffen das Angebot der SPD begierig auf. Koch wollte sich nicht länger „am

goldenen Geld-Zügel des Bundes durch die Manege ziehen lassen“. Das von der rot-grünen Bundesregierung initiierte vier Milliarden Euro umfassende Ganztagsschulprogramm war ihm politisch ein Dorn im Auge. Damals war die Union in ihren familienpolitischen Vorstellungen noch strikt gegen den Ausbau der Ganztagsschulen. Wie sich die Zeiten ändern.

Drei größere Einschnitte

Dreimal schon wurde das Kooperationsverbot in der Bildungspolitik seither geändert. Zum ersten Mal bereits unmittelbar vor seiner Verabschiedung durch Bundestag und Bundesrat, indem dem Bund – entgegen den zuvor getroffenen Absprachen – doch erlaubt wurde, Projekte in der Wissenschaft von gesamtstaatlicher Bedeutung zumindest befristet zu fördern. Der 2007 gestartete Hochschulpakt, um zusätzliche Studienplätze zu schaffen, für den der Bund bis 2023 über 20 Milliarden Euro beisteuert, wäre ansonsten gar nicht möglich gewesen. 2014 wurde dann die Befristungsregelung per Verfassungsänderung gestrichen. Nach dem neugefassten Artikel 91b ist nun eine Förderung in der Wissenschaft durch den Bund auch dauerhaft möglich – allerdings nur sofern sämtliche Bundesländer dem zustimmen. Noch weitergehend ist die Verfassungsänderung für den Schulbereich, die erst im zurückliegenden Sommer vom Bundestag und Bundesrat im Rahmen der Bund-Länder-Finanzreform verabschiedet wurde. Nach dem neuen Artikel 104c kann der Bund den Ländern „Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen der finanzschwachen Gemeinden im Bereich der kommunalen Bildungsinfrastruktur gewähren“. Als erstes Projekt hat der Bund für die nächsten Jahre gut fünf Milliarden Euro zur Schulgebäudesanierung zur Verfügung gestellt. Aber auch die Neuauflage eines Ganztagsschulprogrammes des Bundes wie auch Unterstützungsprojekte zur Inklusion wären demnach rechtlich möglich. Und dazu ist – anders als in der Wissenschaft – nicht einmal mehr die Zustimmung aller Bundesländer zwingend erforderlich.

Das ursprüngliche Kooperationsverbot von Bund und Ländern in der Bildungspolitik ist nach den neu gefassten Artikeln 91b und 104c angezählt. Es wäre richtig, es völlig aus der Verfassung zu streichen. Aber dem werden sich Bayern und Baden-Württemberg weiterhin entschieden widersetzen. Gleichwohl: Die beiden neuen Grundgesetzartikel zeigen einer neuen, engagierten „Hausherrin“ oder einem neuen „Hausherrn“ im Bundesbildungsministerium bildungspolitische Gestaltungsmöglichkeiten auf – sofern der politische Wille dazu da ist. Als Ausrede, die Hände in den Schoß zu legen und nichts zu tun, taugt das Kooperationsverbot nicht mehr.

Karl-Heinz Reith,
Bildungsjournalist und Fachautor

Digitalisierung: „Einfach mal machen“

// Während der digitale Wandel in der Industrie längst angekommen ist, hinkt der Bildungsbereich nach Einschätzung von Experten weiter hinterher. „Weg von der Evaluierung und nochmaligen Evaluierung, hin zur Umsetzung in der Praxis“, lautete eine Forderung beim Bildungspolitischen Leibniz-Forum in Berlin. //

Schulen und Hochschulen tun sich weiter schwer, mit dem Tempo der Digitalisierung Schritt zu halten. Noch wird im Bildungsbereich vor allem debattiert – über Infrastruktur, Inhalte, Vermittlungsformate und vieles mehr. Beim Bildungspolitischen Forum des Leibniz-Forschungsverbundes Bildungspotenziale, das im Oktober in Berlin über „Bildungspotenziale in Zeiten digitalen Wandels“ beriet, mahnten viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer, den Fokus stärker auf einen zügigen Einsatz digitaler Medien in der Praxis zu legen. Deutschland liege international nur „im hinteren Mittelfeld“, und andere Länder „beschleunigen schneller“, erklärte das Vorstandsmitglied des Didacta Verbandes der Bildungswirtschaft, Harald Melcher.

In vier Workshops diskutierten in der Landesvertretung Baden-Württemberg verschiedene Akteure aus dem Bildungssektor über Digitalisierung in der Schule, die digitale Hochschule, informelle Lernorte wie Museen sowie Nutzen und Potenziale digitaler Medien in der Sprachförderung Erwachsener: Was sind die Chancen, wo liegen die Hindernisse? Wie ist der Forschungsstand, was sollten kurz- und mittelfristige Ziele sein? Und was bedeutet all das für die Bildungspolitik?

„Technik allein wird das Bildungswesen nicht verbessern“, sagte die baden-württembergische Wissenschaftsstaatssekretärin Petra Olschowski. „Wichtig ist, auch die Lehrenden zu erreichen, nicht nur die Schülerinnen, Schüler und Studierenden.“ Vermittlungsformate müssten neu gedacht werden. Dabei müsse die Digitalisierung Lehrkräfte unterstützen und dürfe „keine zusätzliche Belastung“ sein, betonte der Ministerialdirektor im Bundesbildungsministerium, Matthias Graf von Kielmansegg, der zugleich mehr Forschung zum konkreten Nutzen digitaler Medien forderte.

Viele Einzelprojekte

Die Workshops zeigten derweil, dass die seit Jahren geführte Debatte zum Teil noch immer am Anfang steht. „Haben eigentlich schon alle begriffen, was Digitalisierung bedeutet?“, hieß es etwa in der Hochschulgruppe, „ein älterer Professor versteht darunter vielleicht schon die Nutzung einer Powerpoint-Folie.“ Die Diskussion im Workshop Schule drehte sich vor allem um Hindernisse – von mangelnder Technik über fehlende didaktische Methoden und alleingelassene Lehrkräfte bis zu unzureichender Begleitforschung. Deutlich wurde: Klare Ideen oder gar Vorgaben, wie das Schlagwort Digitalisierung in die Praxis geholt werden kann, werden vermisst.

Foto: dpa

Das digitale Klassenzimmer ist noch nicht Realität, es wird über Infrastruktur und Vermittlungsformate debattiert. Viele Schulen und Hochschulen warten auf einen zügigeren Einsatz digitaler Medien in der Praxis.

Aktuell gebe es durch den Bildungsföderalismus statt einer einheitlichen Strategie viele Einzelprojekte in den Ländern, sagte Frank Goldhammer vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF): „Man könnte darüber nachdenken, bestimmte Bereiche zu institutionalisieren.“ Andere Stimmen kritisierten, die Themen Inklusion und Integration von Flüchtlingen kämen bisher zu kurz. Zudem werde der Einsatz digitaler Medien im Unterricht zu wenig konkret und vor allem zu wenig fachspezifisch gedacht. Schule bereite derzeit auch noch nicht auf die digitale Arbeitswelt vor, bilanzierte Katharina Scheiter vom Leibniz-Institut für Wissensmedien (IWM).

Melcher forderte eine stärkere Einbeziehung von Fachleuten aus der Praxis: „Es gibt für alles Profis, lassen wir diese an den Projekten mitarbeiten.“ Auch die U30- und U20-Generation müsse stärker beteiligt werden – etwa über eine neue Kategorie „Digitale Bildung“ beim Wettbewerb „Jugend forscht“. „Lassen Sie uns doch einfach mal machen“, forderte er. Der frühere Kultusminister von Sachsen-Anhalt, Stephan Dorgerloh (SPD), schlug vor, die Prüfungsordnung für das Lehramt zu ändern und um die Nutzung digitaler Medien zu ergänzen: „Verändern Sie Prüfungen, verändern Sie Schulen!“

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

JA13, Teil 2!

// In Berlin und Brandenburg ist schon weitgehend erreicht, was bundesweit Realität werden soll: die gleiche Bezahlung der voll ausgebildeten Lehrkräfte aller Schulstufen (s. E&W 11/2016). Der Kampf der GEW geht weiter: mit einem weiteren Aktionsschwerpunkt vom 12. bis zum 24. November unter dem Motto JA13*. //

Foto: Dominik Buschardt

Dass die GEW überhaupt für die gleiche Bezahlung aller Lehrkräfte kämpfen muss, hängt auch damit zusammen, dass die Arbeit mit Kindern als „weiblich“ gilt, somit weniger wertgeschätzt und schlechter vergütet wird.

Es tut sich etwas bei der Bezahlung von Lehrkräften an Grundschulen und in der Sekundarstufe I. Landauf, landab beschließen Landesregierungen erste Schritte hin zu A13/E13 als Eingangsbesoldung für voll ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, getrieben vom eklatanten Lehrkräftemangel – und auf Druck der GEW. Zunehmend erfolgreich streiten wir dafür, dass der Lehrberuf in allen Schulformen auch bei der Bezahlung als gleichwertig anerkannt wird. Zwar unterscheiden sich Schulstruktur und Ausbildung – und damit die Ausgangssituation – in den Ländern teils erheblich. Dennoch arbeiten alle GEW-Landesverbände mit eigenen Strategien und Schwerpunkten an dem Ziel JA13. Vorreiter sind Berlin und Brandenburg, hier ist inzwischen mit einigen Einschränkungen A13/E13 an Grundschulen erreicht (E&W berichtete kontinuierlich). Auch in Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung jetzt A13 für Lehrkräfte an Grund- und Schulen der Sekundarstufe I angekündigt. Jetzt macht die GEW mit einem zweiten bundesweiten Aktionszeitraum weiter Druck.

Dass dieser Kampf überhaupt notwendig ist, hat viel mit einer überkommenen Einschätzung der Grundschullehrerin zu tun: einer Frau also, die angeblich „nur“ pädagogisch „was mit Kindern“ macht. Ähnlich sieht es bei Lehrkräften an Haupt- und Realschulen aus, die in einigen Bundesländern auch noch nicht so gut bezahlt werden wie beispielsweise Gymnasiallehrkräfte. Das Problem: Die Arbeit mit Kindern gilt als „weiblich“ – je kleiner die Kinder, desto „weiblicher“ die Tätigkeit. Wie in anderen Berufsfeldern auch, etwa der Pflege, wurden vermeintlich „weibliche“ Fähigkeiten früher „der Natur“ oder „dem Wesen der Frau“ zugeschrieben. Das hat Folgen bis heute: Ihre Professionalität wird nicht oder zu gering bezahlt, Frauen werden mittelbar aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert. Gegen dieses Relikt müssen wir uns wehren!

Soziale Diskriminierungen

Auch Haupt- und Realschullehrkräfte werden in einigen Bundesländern noch nach A12 beziehungsweise E11 bezahlt. Hier kommt zusätzlich zu überkommenen Geschlechterbildern eine weitere Tradition zum Tragen: die nichtakademische Lehrkräfteausbildung – später die Ausbildung an Pädagogischen Hochschulen, die, abgesehen von Baden-Württemberg, in den 1980er-Jahren in die Universitäten integriert wurden. Teil dieser Tradition ist eine soziale Diskriminierung. Die Tätigkeit in der „Volksschule“ galt ebenso wie die an Grund-, Haupt- und Realschulen als nicht so anspruchsvoll wie jene in Gymnasien, wo die Kinder des Bürgertums auf ein Leben in der gesellschaftlichen Elite vorbereitet wurden. An Volksschulen arbeiteten sogenannte Schulmeister, deren Bild sich eher an dem „Lehrherrn“ in der beruflichen Ausbildung orientierte als an dem – auch sozial höher gestellten – gymnasialen Studienrat.

Beiden Traditionslinien gemeinsam ist die Geringschätzung der Pädagogik gegenüber der Fachlichkeit. Wie generell die Arbeit mit Menschen gegenüber der Arbeit mit (teurer) Technik oder mit Geld weniger geschätzt wird, so gilt auch pädagogische Arbeit als nicht so anspruchsvoll wie (wissenschaftsnaher) fachlicher Unterricht. Diese diskriminierende Perspektive ignoriert zweierlei: Erstens haben auch Gymnasiallehrkräfte pädagogische Arbeit zu leisten und nicht nur Wissen zu vermitteln. Und zweitens wird pädagogische Arbeit in der Schule, und nicht nur dort, immer wichtiger. Sie legt die Basis für ein selbstbestimmtes Leben und eine demokratische Grundhaltung in einer zunehmend komplexen Gesellschaft, in der vielfältige Konflikte ausgehandelt werden müssen.

Um das Ziel JA 13 zu erreichen, müssen alte Zöpfe abgeschnitten werden. Der Unterricht von der 1. bis zur 12. oder 13. Klasse ist gleichwertig und muss auch so vergütet werden. Das Ziel JA13 ist so aktuell wie nie. Bleiben wir dran!

Frauke Gützkow,
GEW-Vorstandsmitglied Frauenpolitik

***JA13 steht für gutes Geld für gute Arbeit für Lehrkräfte an Grundschulen und in der Sekundarstufe I. Mehr zu den Aktionen in den Landesverbänden: www.gew.de/JA13.**

Die Front der Ablehnung bröckelt

// In die Debatte um „A13 für alle“ ist Bewegung gekommen: Mehrere Bundesländer sind wichtige und richtige Schritte gegangen. Das reicht aber noch nicht. Nachholbedarf gibt es vor allem an den Grundschulen. //

Es war einer dieser kryptischen Politiker-Sätze, die schnell überhört werden: „Wir wollen besoldungsrechtliche Konsequenzen aus dem Lehrerausbildungsgesetz 2009 ziehen“ – so unscheinbar kam die Ankündigung einer radikalen Wende am 4. Oktober im Düsseldorfer Landtag aus dem Munde von Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) daher. Im Klartext heißt die Erklärung der Ministerin, dass künftig alle Lehrkräfte in Nordrhein-Westfalen, die einen Master-Abschluss haben, nach A13 beziehungsweise E13 bezahlt werden sollen; unabhängig davon, an welcher Schulform sie unterrichten. Wenn auch noch nicht im Haushaltsjahr 2018, wie das Ministerium mittlerweile präzisierte.

Die GEW Nordrhein-Westfalen (NRW) hat an der bevorstehenden Wende maßgeblichen Anteil. Sie hat nicht nur seit Jahren politischen Druck gemacht; sie gab auch ein Gutachten in Auftrag, das den Weg für die gleiche Bezahlung ebnete. Als „in mehrfacher Hinsicht mit dem Grundgesetz nicht vereinbar“ bezeichnet der Würzburger Professor für öffentliches Recht Ralf Brinktrine darin die bisherige Praxis, Lehrkräfte an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie an der Sekundarstufe I von Gesamt- und Sekundarschulen schlechter zu bezahlen als jene an Gymnasien und in der Sekundarstufe II.

Im Kern beruft sich Brinktrine – ebenso wie nun Ministerin Gebauer – auf das 2009 novellierte nordrhein-westfälische Lehrerausbildungsgesetz. Seither gilt für den Zugang zu Lehrämtern an allen Schulen eine einheitliche Studiendauer von zehn Semestern mit anschließendem 1,5-jährigen Referendariat. Mehrere andere Länder haben die Ausbildungsgänge inzwischen angeglichen, ohne indes besoldungsrechtliche Konsequenzen zu ziehen. Dabei ist aus Sicht des Gutachters evident: Einheitliche Ausbildung, unterschiedliche Bezahlung – das ist ein flagranter Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz.

Nach dem Eindruck von GEW-Landeschefin Dorothea Schäfer fiel der schwarz-gelben Koalition der Entschluss zur Höherstufung der bisher schlechter besoldeten Lehrkräfte nicht leicht. Noch Anfang Juli habe Finanzminister Lutz Lienenkämper (CDU) zu erkennen gegeben, dass es damit aus seiner Sicht keine Eile habe, erklärt Schäfer. Schließlich überwogen habe dann wohl die Sorge

Foto: Bert Butzke

Der Entschluss, bisher schlechter besoldete Lehrkräfte höherzustufen, sei der neuen schwarz-gelben Regierung nicht leicht gefallen, sagt Dorothea Schäfer, Vorsitzende der GEW Nordrhein-Westfalen.

vor den Musterklagen, welche die Gewerkschaft auf Grundlage von Brinktrines Gutachten vorbereitet hatte. Zudem habe der „riesige Lehrermangel“, den die erst im Frühsommer ins Amt gelangte Regierung womöglich zunächst unterschätzt hatte, den Ausschlag für den Kurswechsel gegeben. Zu Beginn des nun laufenden Schuljahres hätten von 5 000 ausgeschriebenen Stellen

Foto: GEW BERLIN/fotostudio-charlottenburg

Für Doreen Siebernik vom Sprecherteam der GEW Berlin ist das Problem der besseren Bezahlung aller Lehrkräfte noch nicht vom Tisch: „Wir haben hier ein ziemlich dickes Brett zu bohren.“

2 000 nicht besetzt werden können, darunter 1 000 an Grundschulen. Schäfer: „Das Grundschullehramt anzustreben, ist nicht attraktiv genug.“

Mehrere Vorreiter-Länder

Viele Jahre hielten die Länder – namentlich ihre Finanzminister – eisern an der Zwei-Klassen-Bezahlung im Schulwesen fest. Nun – und damit in Zeiten eines eklatanten Missverhältnisses von Angebot und Nachfrage auf dem Lehrkräftearbeitsmarkt – hat es erstmals den Anschein, als bröckle die Ablehnungsfront gegen „A13 für alle“.

Nicht nur in NRW stehen die Zeichen auf Wandel. So vereinbarte die GEW Berlin im August 2016 mit dem damaligen Senat, Lehrkräfte einheitlich in die Besoldungsgruppe A13, beziehungsweise für Tarifbeschäftigte in E13, einzustufen. Im Frühsommer 2017 – „tatsächlich sehr zeitnah“, wie Doreen Siebernik vom Sprecherteam der GEW Berlin lobt – löste der neue rot-rot-grüne Senat die Zusage mit einem novellierten Besoldungsgesetz ein. Im September nahmen die ersten Absolventen der 2014 angeglichenen Studiengänge an Berliner Grundschulen die Arbeit in der Tarifgruppe E13 auf.

Im benachbarten Brandenburg stiegen zum 1. August alle Lehrkräfte der Sekundarstufe I an Oberschulen, Gesamtschulen und Gymnasien von A12 nach A13 auf. Die Maßnahme kommt rund 6 700 Beschäftigten zugute.

In Thüringen sollen Lehrkräfte der dortigen Regelschulen ab 2018 50 Prozent der Differenz zwischen A12 und A13 als Zulage erhalten. Die Landes-GEW hofft, dass es bis zum Ende der Legislaturperiode 2019 gelingt, die betroffenen knapp 4 000 Beschäftigten definitiv in die höhere Besoldungsgruppe zu heben. In Mecklenburg-Vorpommern wurden bereits 2014 – im Rahmen eines Sonderprogramms für das Schulwesen in Höhe von jährlich 50 Millionen Euro – alle Lehrkräfte der Sekundarstufe I an Regional- und Gesamtschulen sowie Gymnasien von A12 auf A13 hochgestuft. Klar sei, meint GEW-Landeschefin Annett Lindner, „dass wir ebenso für die Lehrkräfte an den Grundschulen die A13 erreichen müssen, auch wenn diese GEW-Forderung nicht im Koalitionsvertrag auftaucht“.

In der Tat bleiben in den genannten Fällen außer in Berlin und künftig in NRW Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen bislang ausgeklammert. Doch auch in Berlin ist auf die Frage, ob mit der Gesetzesnovelle das Problem vom Tisch sei, von GEW-Landeschefin Siebernik ein „entschiedenes Jein“ zu hören. Bisher, erklärt sie, komme die Regelung lediglich Lehrkräften zugute, die nach der 2014 reformierten Studienordnung ausgebildet sind und neu an Grundschulen anfangen. Eine Lösung für über 6 000 „Bestandslehrkräfte“ stehe noch aus. Mit dem Senat sei vereinbart, dass eine entsprechende Rechtsverordnung „zeitnah“ zu erfolgen habe und eine unkomplizierte Höhergruppierung ermöglichen müsse – was immer das heißt: „Darüber streiten wir, weil die Politik nicht so schnell laufen möchte und ‚zeitnah’ anders auslegt als wir. Wir haben hier ein ziemlich dickes Brett zu bohren“, erklärt Siebernik. Eine beschleunigende Wirkung erhofft sie sich von der Empörung und Mobilisierung der betroffenen Lehrkräfte.

Foto: GEW Mecklenburg-Vorpommern

Annett Lindner, Landeschefin der GEW Mecklenburg-Vorpommern, sieht noch Handlungsbedarf: Klar sei, „dass wir auch für die Lehrkräfte an den Grundschulen die A13 erreichen müssen“.

Foto: GEW Hessen

„Es gibt Bewegung“, ist Karola Stötzel, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen, sicher: Die Forderung, Lehrkräfte aller Schulstufen und -formen gleich zu bezahlen, finde wachsenden gesellschaftlichen Zuspruch.

Die Hamburger GEW sucht laut ihrer Vorsitzenden Anja Bensinger-Stolze nun ebenfalls juristischen Beistand. Bis Jahresende soll auch hier der Würzburger Verwaltungsrechtler Prof. Brinktrine die besoldungsrechtliche Zurücksetzung von Lehrkräften an Grund- und Stadtteilschulen begutachten. In der jüngeren Geschichte der Hansestadt war „A13 für alle“ bereits mehr als drei Jahrzehnte Realität – bis der erste Senat unter Christdemokrat Ole von Beust, die damalige Koalition von CDU, FDP und Schill-Partei, dem Prinzip gleicher Bezahlung 2002 ein Ende machte.

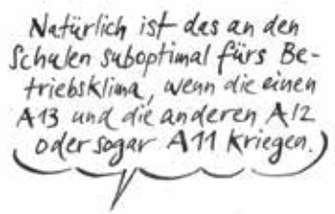
„Es gibt Bewegung“, sagt Karola Stötzel, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen, was nach ihren Worten allerdings so zu verstehen ist, dass die Gewerkschaft mit dem Anliegen gleicher Bezahlung für alle Lehrkräfte wachsenden gesellschaftlichen Zuspruch finde. Auch die Opposition im Landtag „neigt sich uns zu“, formuliert Stötzel: „Wir sind mit dieser Forderung sehr weit im bildungspolitischen Feld.“ Das zuständige Ministerium in Wiesbaden hingegen, so Stötzel, gebe sich nach wie vor „hartleibig“. Die Landesregierung mache geltend, sie müsse zahlreiche Lehrkräfte zusätzlich für die Integration von Kindern aus Flüchtlingsfamilien beschäftigen und wolle überdies bis 2019 750 Sozialpädagogen an Grundschulen neu einstellen. Die GEW verweist demgegenüber auf eine zunehmend dramatische Personalnot gerade im Grundschulbereich, in dem immer mehr Quer- und Seiteneinsteiger aushelfen müssten, und sucht den Schulterschluss mit den Eltern. In diesem Monat soll den Elternbeiräten ein Schreiben zugehen mit der Bitte, an ihren Schulen nachzufragen, wieviel Unterricht von Lehrkräften ohne Grundschulausbildung erteilt werde.

Foto: Renate Stiebitz

Günther Fuchs, GEW-Chef in Brandenburg: „Es gibt einen unwahrscheinlichen Druck im Land. Und dann werden wir schauen, wo wir landen.“

Nicht zufrieden mit dem Erreichten ist Günther Fuchs, GEW-Landeschef in Brandenburg. Er kritisiert nicht zuletzt die besoldungsrechtliche Diskriminierung der noch zu DDR-Zeiten ausgebildeten Bestandslehrkräfte. Nach der Höherstufung der Beschäftigten in der Sekundarstufe I verhandelt die Gewerkschaft seit Oktober mit der Landesregierung, um auch Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen besserzustellen. Fuchs peilt einen Durchbruch bis Jahresende an: „Es gibt unwahrscheinlichen Druck in Brandenburg. Und dann werden wir schauen, wo wir landen.“

Winfried Dolderer,
Publizist und Historiker



Ungleicher Lohn für gleiche Arbeit

// Wer die gleiche oder gleichwertige Arbeit macht wie eine Kollegin oder ein Kollege, sollte auch gleich entlohnt werden, möchte man meinen. Doch noch immer werden etwa voll ausgebildete Lehrkräfte, die in der Sekundarstufe I unterrichten, unterschiedlich bezahlt. Betroffen sind vor allem Hauptschullehrkräfte mit Staatsexamen nach alter Lehramtsausbildung. //

Das Motto der Schule im Alsterland nordöstlich von Hamburg lautet: „Länger gemeinsam lernen“. Seit zehn Jahren ist die Schule an den beiden Standorten Nahe und Sülfeld Gemeinschaftsschule von Klasse 1 bis Klasse 10. „Wir gehörten zu den Pionieren in Schleswig-Holstein“, erklärt Schulleiter Sönke Thormählen stolz. Pädagogisches Ziel sei es, Ungleichheiten auszugleichen; hier habe man große Fortschritte erzielt. Die Gehaltsangleichung geht dagegen zäh voran. 63 Köpfe zählt das Lehrkräftekollegium. Ein Teil arbeitet sowohl in der Primar- wie auch in der Sekundarstufe. Dennoch erhalten vier Lehrkräfte, die noch nach dem Lehramt für Grund- und Hauptschulen ausgebildet wurden, nach wie vor ein Grundschullehrkräftegehalt.

Der Grund hierfür liegt in der Besoldungsstruktur sowie der Beharrlichkeit, mit der die Kultusbürokratie weiterhin zwischen Grundschul-, Hauptschul-, Realschul- und Gymnasiallehrkräften unterscheidet. Vereinfacht gesagt ist es so: Lehrkräfte in der Primar- oder Sekundarstufe I werden nach A12 eingestuft; sollten sie Angestellte sein, nach E11 des Tarifvertrags der Länder (TV-L). Sekundarstufenlehrkräfte im 1. Beförderungsamt – von diesen Stellen gibt es an größeren Schulen einen bestimmten Prozentsatz – können nach A13 (bzw. angestellte Lehrkräfte nach E13) aufsteigen; Lehrkräfte in der Sekundarstufe II erhalten A13 plus Studienratszulage. Finanziell ist der Unterschied zwischen A12 und A13 nicht unerheblich; in Schleswig-Holstein etwa beträgt die Differenz in der Eingangsstufe rund 400 Euro brutto im Monat (3 410 zu 3 806 Euro), in Baden-Württemberg gar 600 Euro (3 533 zu 4 137 Euro).*

Das Land Schleswig-Holstein hat zwar die Möglichkeit geschaffen, ohne 1. Beförderungsamt eine A13-Stelle zu erhalten. Doch für einige Lehrkräfte an seiner Schule, so Thormählen, sei das schwierig. Um höhergestuft zu werden, müssen sie mindestens fünf Jahre lang wenigstens 50 Prozent der wöchentlichen Arbeitszeit in der Sekundarstufe I unterrichtet haben. „An einer Gemeinschaftsschule kann es da zu Verwerfungen kommen: Eine Lehrkraft unterrichtet möglicherweise bereits seit zehn Jahren in der Sekundarstufe I, kommt aber nicht auf die 50 Prozent, da sie überwiegend in der Primarstufe eingesetzt wird“, erläutert Thormählen das Problem. Er plädiert deshalb für eine einheitliche Entlohnung aller Lehrkräfte nach A13.

Eine Reform der Lehrkräftebesoldung ist auch deshalb notwendig, weil in Schleswig-Holstein seit 2014 mit der Gemeinschaftsschule und dem Gymnasium nur noch zwei weiterführende Schulformen existieren und Lehrkräfte, die das neue Lehramt Gemeinschaftsschule studiert haben, grundsätzlich in A13 eingeordnet werden. Der bis Juni regierenden rot-grünen Landesregierung in Kiel war das Problem durchaus bewusst. So wurde 2016 rund die Hälfte der knapp 2 300 Grund- und Hauptschullehrkräfte an Gemeinschaftsschulen von der Besoldungsgruppe A12 nach A13 befördert, bis 2021 sollten alle betroffenen Pädagoginnen und Pädagogen aufsteigen. Damit, erklärt GEW-Landesvorsitzende Astrid Henke, habe die Landesregierung 2016 eine GEW-Forderung erfüllt; ursprünglich sollte die Regelung nämlich nur für jede achte Lehrkraft gelten.

Seit in Schleswig-Holstein eine Koalition aus CDU, Grünen und FDP regiert und Karin Prien (CDU) das Bildungsministerium führt, hört sich das Versprechen nicht mehr ganz so eindeutig an. Zwar sei Ziel, alle Lehrkräfte schulartenunabhängig nach A13 zu besolden, so die Ministerin auf Nachfrage. Aufgrund der prekären Finanzsituation könne das Land jedoch „keine Vorreiterrolle übernehmen“.

Anders formuliert: Die reichen Länder sollen vorangehen! Doch auch dort verweist man auf die finanzielle Lage. Eine generelle Höhergruppierung der Grund- und Hauptschullehrkräfte, die an Schularten der Sekundarstufe I eingesetzt sind, nach A13 sei „aus haushalterischen Gründen nicht darstellbar“, teilte das Kultusministerium Baden-Württemberg gegenüber E&W mit. Auf Druck der GEW wurden zwar für einen Teil der Lehrkräfte mit alter Lehramtsausbildung (sogenannte Bestandslehrkräfte), die in Haupt-, Real-

Cartoon: Freimut Woessner

und Gemeinschaftsschulen beziehungsweise an den zum Mittleren Schulabschluss führenden Werkrealschulen eingesetzt werden, Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen. Durch ein Weiterqualifizierungsprogramm sollen in den kommenden Jahren schrittweise rund 5 000 Lehrerinnen und Lehrer von einer höheren Besoldung nach A13 profitieren. Das wäre allerdings nur knapp ein Sechstel der Betroffenen (s. Kasten). Eine ähnliche Regelung gibt es in Bayern, dort können 40 Prozent der Hauptschullehrkräfte auf eine A13-Stelle befördert werden; Voraussetzung ist hier die Beurteilung durch die Schulleitung.

In den kommenden Jahren könnte sich die Situation aufgrund des Lehrkräftemangels in den Grundschulen verschärfen. Laut Angaben der Kultusministerkonferenz fehlen derzeit in diesem Bereich bundesweit knapp 2 000 Lehrkräfte. Die Länder greifen deshalb verstärkt auf Gymnasiallehrkräfte zurück. Auch in der Primarstufe der Schule im Alsterland unterrichten mittlerweile Gymnasiallehrerinnen und -lehrer, erzählt Thormählen. Damit, so der Schulleiter, nähmen die Spannungen im Kollegium zu: „Kolleginnen und Kollegen, die in A12 eingestuft sind, fragen sich zu Recht, warum sie für gleiche Arbeit nicht das gleiche Gehalt erhalten.“

Jürgen Amendt, Redakteur „neues deutschland“

***In der höchsten Erfahrungsstufe erhalten A12-Beamte in Schleswig-Holstein derzeit 4 415 Euro monatlich, A13-Beschäftigte 4 907 Euro; in Baden-Württemberg 4 597 (A12) und 5 109 Euro (A13).**
Der Tarifvertrag der Länder (TV-L) sieht für E11-Beschäftigte zurzeit ein Einstiegsgehalt von 3 129 Euro und für E13-Lehrkräfte ein Salär von 3 588 Euro vor. In der höchsten Erfahrungsstufe beträgt das Gehalt 4 613 bzw. 5 178 Euro.

A12-Lehrkräfte

Der Anteil der A12-Lehrkräfte an den allgemeinbildenden weiterführenden Schulen liegt zwischen 7,3 Prozent in Berlin und 40,6 Prozent in Baden-Württemberg bzw. 41,7 Prozent in Brandenburg. Bei den Angestellten hat Hamburg mit 8,1 Prozent den geringsten Anteil an E11-Lehrkräften, Brandenburg ist mit 47,3 Prozent auch hier Spitzenreiter. J. A.

Quelle: GEW-Papier „JA13 – weil Lehrkräfte es verdienen, Kostenschätzung A13/E13 nach Bundesländern“, Datenquelle: Statistisches Bundesamt; alle Zahlen von 2015

Wissenschaftler auf der Flucht

// Vor bald zwei Jahren löste der Friedensappell der „Akademiker für den Frieden“ eine beispiellose „Säuberungswelle“ im türkischen Hochschulbetrieb aus. Aktuell zählt das internationale Netzwerk „Scholars at Risk“ die Türkei zu den Staaten, in denen die akademische Freiheit am stärksten bedroht ist. Nicht wenige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler leben im deutschen Exil. //

Vom Fenster ihres Büros blickt Olga Hünler auf den schlanken Turm, dessen Spitze in den wolkenverhangenen Himmel ragt. Der Fallturm, Wahrzeichen der Universität Bremen, erinnert die Psychologin an die zahllosen Minarette in der Türkei, die sie vor über einem Jahr verlassen musste. In ihrem norddeutschen Exil nutzt die 40-Jährige ihre wiedergewonnene akademische Freiheit, um das zu tun, was Wissenschaft ausmacht: Fragen stellen und forschen. Genau damit zogen 1 128 Professoren und Dozenten im Januar 2016 den Zorn des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan auf sich: Die „Akademiker für den Frieden“ kritisierten das militärische Vorgehen im Südosten der Türkei und appellierten an die Regierung, den Friedensprozess mit den Kurdinnen und Kurden wiederaufzunehmen. Für Hünler, damals Assistenzprofessorin an der Wirtschaftsuniversität Izmir, war es eine „ethische und politische Verpflichtung“, die Petition zu unterzeichnen. Was folgte, bezeichnet sie als eine gewaltige „Einschüchterungskampagne“: Präsident Erdoğan nannte die Unterzeichnenden „Pseudo-Intellektuelle“ und „Landesverräter“. Eine regierungsnahe Zeitung bildete ihre Namen und Gesichter ab, Kolleginnen und Kollegen wurden gemobbt und bedroht.

Der Fallturm, Wahrzeichen der Uni Bremen, erinnert die Psychologin Olga Hünler an die zahllosen Minarette in der Türkei, die sie verlassen musste. Im norddeutschen Exil nutzt die 40-Jährige ihre wiedergewonnene akademische Freiheit, um das zu tun, was Wissenschaft ausmacht: Fragen stellen und forschen.

Foto: Babette Brandenburg

Verhaftungen und Ermittlungen

Mehrere Hundert Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wurden verhaftet, gegen Hünler und viele andere polizeilich ermittelt. Der Vorwurf: Unterstützung des Terrorismus und Beleidigung der Türkei. Auf Druck des türkischen Hochschulrates (YÖK) leiteten die Universitäten Disziplinarverfahren ein. Rund 400 Professorinnen und Professoren, Dozentinnen und Dozenten verloren ihre Stellen. Hünler wartete nicht auf den Ausgang ihres Verfahrens, sondern ging mit einem Stipendium der Philipp-Schwartz-Initiative (siehe E&W 6/2016) nach Bremen – rechtzeitig vor dem Putschversuch am 15. Juli 2016.

Nach dem gescheiterten Putsch wurde offenbar, dass die Verfolgung linker Wissenschaftler nur der Auftakt zu einer gewaltigen Säuberungswelle gewesen ist. „Der Druck auf die Universitäten eskalierte weiter“, konstatiert das internationale Netzwerk „Scholars at Risk“, das sich für verfolgte Akademikerinnen und Akademiker einsetzt, in seinem Bericht „Free to Think 2016“*. Dutzende Universitäten und Tausende

Wissenschaftler und Studierende wurden der Unterstützung des Netzwerks um den Prediger Fethullah Gülen, den vermeintlichen Drahtzieher des Putschversuchs, bezichtigt.

Auch Politikwissenschaftler Hakkı Taş gelang es, mit einem Philipp-Schwarz-Stipendium nach Bremen zu emigrieren. Der 37-Jährige war Assistenzprofessor an der Ipek Universität in Ankara, die der Gülen-Bewegung nahestehen soll. Sie gehört zu den 15 Universitäten, die per Dekret eine Woche nach dem Putschversuch geschlossen wurden. „Von heute auf morgen verloren 2 800 Akademiker ihren Job und bis zu 65 000 Studentinnen und Studenten ihren Studienplatz“, erzählt Taş. Für den Politikwissenschaftler kam die Reaktion der Regierung nicht überraschend: „In der Türkei haben wir Erfahrung mit Säuberungen nach einem Putsch oder Putschversuch, auch im Wissenschaftsbetrieb“, sagt er. So wurde der Hochschulrat YÖK nach dem dritten Militärputsch 1980 eingerichtet und kontrolliert seither die Wissenschaft.

Lichtblicke waren für Kader Konuk, Leiterin des Instituts für Turkistik an der Universität Duisburg-Essen, „der Demokratisierungsprozess der 1990er-Jahre sowie die verstärkte Internationalisierung türkischer Universitäten“. Beides habe dazu geführt, „dass Räume für kritische Forschung geschaffen wurden“. Seit Veröffentlichung der Friedenspetition werde der Hochschulrat YÖK allerdings verstärkt „als Instrument zur Gleichschaltung der Universitäten genutzt“, so Konuk. Er ordnete auch nach dem Putschversuch 2016 die Beurlaubung von 1 500 Dekanen an und besetzte die Stellen neu. Zudem wurde ein generelles Ausreiseverbot für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verhängt.

„Irreparabler Schaden“

In seinem Bericht „Free to Think 2017“** berichtet das Netzwerk „Scholars at Risk“ von „nahezu durchgängigen Angriffen auf die türkische Hochschulbildung“ und warnt vor „irreparablem Schaden für den Ruf und die Qualität der türkischen Hochschulen”. Den Autoren zufolge wurden bis September diesen Jahres 7 023 Professorinnen und Professoren sowie Dozentinnen und Dozenten entlassen, vom öffentlichen Dienst ausgeschlossen und mit einem Ausreiseverbot belegt. Rund 1 400 Wissenschaftler, Angestellte und Studierende wurden festgenommen, 400 angeklagt. Die Entlassenen haben nicht nur ihren Job verloren, sondern häufig auch ihre Rentenansprüche und die Möglichkeit, eine andere Stelle im Staatsdienst zu finden – was einem Berufsverbot gleichkommt. Private Universitäten stellen Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftler mit dem Makel, Gülen- oder Terrorunterstützer zu sein, ohnehin nicht ein. Ihrer Existenzgrundlage beraubt bleibt vielen lediglich die monatliche Unterstützung durch die Bildungsgewerkschaft Eğitim Sen, der türkischen Partnergewerkschaft der GEW.

In einem Klima von Unsicherheit und Denunziation beobachtet Taş an türkischen Universitäten eine zunehmende Selbstzensur. Kaum jemand wage, offen kritische Themen anzusprechen. Auch die Studienbedingungen hätten sich dramatisch verschlechtert, kritisiert Çağıl Adıgüzel, Jurastudent an der staatlichen Kocaeli Universität in der gleichnamigen Provinz. Es fehlten Lehrkräfte und Prüfer. Er beschreibt das nachgerückte Lehrpersonal als schlechter qualifiziert und vermisst fachliche, auch kontroverse Diskussionen in Lehrveranstaltungen. Mehr noch: „Studentinnen und Studenten werden unter Druck gesetzt, wenn sie dort ihre Meinungen kundtun“, so Adıgüzel.

Doch es gibt Orte des Widerstands: Immer wieder protestieren Studierende mit kreativen Aktionen gegen die Maßnahmen. In mehreren Städten haben entlassene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler alternative Universitäten gegründet, in denen Themen wie Demokratie oder Feminismus behandelt werden. Die „Solidaritätsakademie“ in Kocaeli beschreibt Adıgüzel als „Ort des Friedens“, an dem man „ohne Angst Fragen stellen und diskutieren“ könne.

Charakteristisch für die Säuberungen im türkischen Hochschulsektor ist die Willkür, mit der diese vorangetrieben werden. Einige der renommiertesten Hochschulen scheinen noch ausgenommen zu sein. „Solange die Elite intakt bleibt, kann man die Welt glauben machen, dass alles in Ordnung ist“, meint Konuk. Eine Garantie, dass es dabei bleibt, gebe es nicht.

Michaela Ludwig,
freie Journalistin

***Free to Think 2016:**
www.scholarsatrisk.org/resources/free-to-think-2016/
****Free to think 2017:**
www.scholarsatrisk.org/resources/free-to-think-2017/

Foto: Kay Herschelmann

ANDREAS KELLER

Berlin ist gefragt

Vor 45 Jahren fällte das Bundesverfassungsgericht ein wegweisendes Urteil: Das Grundrecht auf freie Berufswahl schließt ein Recht auf Hochschulzulassung ein – so steht es in der Numerus-clausus-Entscheidung von 1972. Die Karlsruher Richter kritisierten den Numerus clausus (NC) als „am Rande des verfassungsrechtlich Hinnehmbaren“ und machten strenge Vorgaben für Zulassungsbeschränkungen. Die Länder schlossen daraufhin einen Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen ab und richteten die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in Dortmund ein. Fast ein halbes Jahrhundert später stehen Studienberechtigte trotzdem vor einem Problem. In vielen Studiengängen gibt es weit weniger Studienplätze als Bewerberinnen und Bewerber, viele Studiengänge haben deshalb einen NC. Denn die Länder haben sich schrittweise aus ihrer Verantwortung für die Hochschulzulassung zurückgezogen. Die ZVS wurde in die Stiftung für Hochschulzulassung umgewandelt und ist nur noch für vier Studiengänge zuständig: Medizin, Pharmazie, Zahnmedizin und Tiermedizin. Für alle anderen Fächer soll ein „dialogorientiertes Serviceverfahren“ die Vermittlung von Studienplätzen koordinieren. Das Problem: Nicht alle Hochschulen beteiligen sich. Dabei brauchen wir nicht weniger, sondern deutlich mehr akademisch qualifizierte Fachkräfte. So haben wir es inzwischen mit einem massiven Lehrkräftemangel zu tun: In einigen Regionen sowie für mehrere Schularten und Fächerkombinationen ist der Arbeitsmarkt leer gefegt. An zahlreichen Schulen bleiben Stellen unbesetzt; in ihrer Not stellen die Länder Quer- und Seiteneinsteiger ohne einschlägige Ausbildung ein (s. E&W-Schwerpunkt in diesem Heft). Umso unverständlicher ist, dass gerade viele Lehramtsstudiengänge von hohen NCs betroffen sind.

Anfang Oktober hat sich das Bundesverfassungsgericht in mündlicher Verhandlung mit zwei Richtervorlagen des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen zum Thema NC auseinandergesetzt. Geprüft wird die Frage, ob die Studienplatzvergabe im Fach Humanmedizin mit dem Grundgesetz zu vereinbaren ist. Die GEW erwartet ein neues Grundsatzurteil, das für die Hochschulzulassung insgesamt Bedeutung hat. Einerseits besteht die Hoffnung, dass Karlsruhe auf faire Zulassungschancen für alle pocht. Andererseits droht die Gefahr, dass das Gericht ausgerechnet das verbliebene Zulassungsrecht zu Fall bringt. Eine weitere Deregulierung ließe zwar viele Uni-Präsidentinnen und -Rektoren frohlocken, die auf exzellente Spitzenforschung statt soziale Öffnung der Hochschulen setzen. Doch die Folge wären unweigerlich noch weniger Studienplätze und noch höhere NCs. Letztlich ist also nicht Karlsruhe, sondern Berlin gefragt. Der Bund darf NC-Hürden und Zulassungschaos nicht länger tatenlos zusehen. Die neue Bundesregierung muss schnellstmöglich die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen schaffen, um den NC zu überwinden. Zum einen sollte der Bund endlich seine Kompetenz nutzen und die Zulassung bundesgesetzlich regeln: Bevor Bewerberinnen und Bewerber abgewiesen werden, müssen freie Studienplätze besetzt werden. Alle Studienberechtigten müssen eine faire Chance auf ein Studium bekommen – nicht nur jene mit einem Einser-Abi oder reichen Eltern, die sich ein teures Studium im Ausland oder eine Zulassungsklage leisten können. Das gilt auch für den Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium, bei dem immer höhere NC-Hürden zu überwinden sind. Zum anderen muss der Bund mit den Ländern für einen bedarfsgerechten Ausbau der Studienplätze sorgen, ohne die Ausbildungsqualität zu gefährden. Wir brauchen sowohl größere Ausbildungskapazitäten durch deutlich mehr Studienplätze als auch eine bessere Betreuungsrelation zwischen Lehrenden und Studierenden. Der Bund muss die Länder endlich bei der Grundfinanzierung der Hochschulen unterstützen und mit einer Entfristungsoffensive für mehr Dauerstellen für Dozentinnen und Dozenten sorgen.

Andreas Keller,
GEW-Vorstandsmitglied Hochschule und Forschung

Frühe Kämpferin für Integration

// Die GEW trauert um eine verdiente Schulpolitikerin: Margarete Bernhardt verstarb im Alter von 86 Jahren. Über Jahrzehnte prägte sie den Kampf für eine reformierte Schule entscheidend mit. //

Foto: privat

Margarete Bernhardt

Eine für die Entwicklung der Bildungsgewerkschaft GEW wichtige Persönlichkeit ist tot, eine Kollegin, die mit ihrer Arbeit für all jene steht, die seit Ende der 1960er-Jahre darangingen, das verstaubte, hochgradig selektive (west-)deutsche Schulsystem zu reformieren. Margarete tat das ganz praktisch: Von 1969 bis 1977 arbeitete sie als Lehrerin an der damals neu gegründeten Integrierten Gesamtschule „Ernst Reuter II“ in Frankfurt am Main. Von 1978 bis 1991 spielte sie als hauptamtliche Referentin beim Hauptvorstand der GEW eine tragende Rolle als Schulpolitikerin und wurde dann für zwei Jahre Leiterin des schulpolitischen Referats der Bildungsgewerkschaft. Für ungezählte ehrenamtliche GEW-Kolleginnen und -Kollegen war Margarete eine authentische Persönlichkeit, auf deren Kompetenz man vertraute und auf deren Rat man hörte. Auch trug sie durch unzählige öffentliche Auftritte für die GEW, durch die Teilnahme an Konferenzen und das Verfassen inhaltlicher Papiere zu unserer Bedeutung als kritisch-konstruktive Kraft für eine reformierte Schule wesentlich bei. Allen, die mit ihr arbeiten durften, bleibt sie als nachdenkliche, präzise formulierende, immer freundliche und zugewandte Kollegin in Erinnerung, die auf die Kraft der Argumente baute. Ihr Eintreten für eine „Schule für alle“ bleibt uns als Verpflichtung.

Achim Albrecht, ehem. stellvertretender GEW-Vorsitzender

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Ostern in Dresden – Die Matthäus-Passion in der Frauenkirche

Musikstadt mit Weltruhm

30.03. - 02.04.1018 — 4-tägige Musikreise

ab € 438,-
p. P. im Doppelzimmer

© M. Jansa/ Fotolia

Dresden zog die Musiker schon immer in ihren Bann. Und so gehört die Musik zu Dresden wie der Christstollen und die Frauenkirche. Internationale Komponisten und Musiker wirkten in der sächsischen Landeshauptstadt und verhalfen ihr zu weltweitem Ruhm als Musikstadt. Musikalischer Auftakt unserer Osterreise ist die Matthäus-Passion von Johann Sebastian Bach, präsentiert in der berühmten Frauenkirche. Die Matthäus-Passion ist neben der Johannes-Passion die einzige vollständig erhaltene Passion von Bach. Sie ist Bachs umfangreichstes und am stärksten besetztes Werk. Die doppelte Anlage von Chor und Orchester ist eine sinfonische Besonderheit der Passion. Weiteres musikalisches Highlight ist die Tango-Oper „Maria de Buenos Aires“. Umrahmt wird das musikalische Programm von weiteren kulturellen Highlights. Sie besuchen den Zwinger und das Albertinum.

Das beinhaltet unsere Reise

- Bahntransfer ab/bis gewünschtem Abfahrtsort (2. Klasse) bis 350 km, darüber hinaus zzgl. € 50,-
- 3 Übernachtungen inkl. Frühstück im Hotel Pullmann Dresden Newa (****)
- Stadtbesichtigung Dresden (ca. 3 Std.)
- Konzertkarte Kat. 3 für die Matthäus-passion in der Frauenkirche
- Führung „Alte Meister” im Zwinger
- Führung „Neue Meister” im Albertinum
- City-Taxi
- ts|medialog-Reisebegleitung (ab 20 Teilnehmern)
- Sicherungsschein

Weitere Wunschleistungen unter www.gew.de/verlagsreisen

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter **www.gew.de/verlagsreisen**
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Bildung. Weiter denken!

Gymnasium als digitale Ödnis

// **Zum Abschluss ihrer bundesweiten Bildungstour erfuhr GEW-Vorsitzende Marlis Tepe in Sachsen-Anhalt einmal mehr, warum sich der Lehrkräftemangel immer weiter verschärft. In einem Magdeburger Gymnasium wurde zudem deutlich, wie weit entfernt die digitale Welt vielerorts noch ist.** //

Im Klassenzimmer 315 des Albert-Einstein-Gymnasiums in Magdeburg darf sich Tepe noch einmal als Lehrerin fühlen. Sie steht vor einer 12. Klasse mit rund 20 angehenden Abiturienten. Auf Nachfragen erzählt sie aus ihrem Leben als Hauptschullehrerin und Personalrätin in Schleswig-Holstein; und von ihren Gesprächen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) als Gewerkschaftschefin. „Ich habe immer Lust gehabt, mich zu engagieren“, sagt Tepe.

Dann stellt sie Gegenfragen: Wer denn studieren wolle? Die meisten melden sich. Und wer wolle Lehrerin oder Lehrer werden? Nur zwei Finger gehen hoch. Und warum nicht? Eine junge Frau spricht es aus: „30 Jahre Lehrerin zu sein und nicht wertgeschätzt zu werden – das tue ich mir nicht an“, sagt die Gymnasiastin und dürfte damit das Gefühl vieler Studierender und Lehrkräfte treffen. Eine Folge: Auch in Sachsen-Anhalt herrscht Lehrermangel.

GEW hat Notfallpläne

Zum neuen Schuljahr konnten 100 Lehrkräftestellen nicht besetzt werden, erzählt GEW-Landesvorsitzende Eva Gerth. Vor allem ländliche Regionen seien betroffen. Seiteneinsteiger würden zwar nur nachrangig eingestellt, mittlerweile gebe es allerdings mehr als 100 in Sachsen-Anhalt. Personelle Lücken müssten nicht zuletzt Referendarinnen und Referendare schließen, die schon früh sechs bis acht Stunden eigenverantwortlich Unterricht geben, erzählt Gerth. Die Schülerinnen und Schüler fragen, wie die Gewerkschaft mit dem Mangel umgehe. Tepe erläutert, dass die GEW Notfallpläne entwickelt habe; inzwischen wolle auch die Kultusministerkonferenz mit ihr über Lösungen reden. In Sachsen-Anhalt hat die GEW 2017 eine erfolgreiche Volksinitiative gegen den Mangel unterstützt; gefordert werden 1 000 zusätzliche Lehrkräfte und 400 pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr. Über 96 000 Unterschriften wurden dem Landtag im September übergeben, nun muss sich das Parlament mit der Initiative befassen.

Gefragt, was die Abiturienten an Schule ändern würden, kommen heikle Punkte zur Sprache: „Bei der Ausbildung von Lehrern müsste mehr Wert auf Pädagogik gelegt werden“, sagt eine Schülerin, „wir merken doch, wer Spaß an seinem Beruf hat und wer uns respektlos behandelt.“ Lehrkräfte könnten nicht das Diskutieren lehren – und sich zugleich auf den Standpunkt stellen, sie hätten immer Recht. Tepe erzählt, die GEW habe im Mai Leitlinien für eine innovative Lehrkräftebildung beschlossen, die nun mit der Politik debattiert werden. Zudem sei der Frontalunterricht nach altem Muster überholt; die Zukunft gehöre eher dem Stationenlernen, Werkstätten, Projektunterricht und anderen offenen Formen. „Viele Schulen haben sich auf den Weg gemacht“, sagt sie. „Aber Bildungspolitik ist ein Tanker.“ Veränderung brauche Zeit.

Das gilt auch für den Einzug der Informationstechnologie in Schulen. „Die Digitalisierung müsste schneller voranschreiten“, sagt ein Schüler, „und die Lehrer müssten den Umgang damit lernen.“ Im Albert-Einstein-Gymnasium gebe es gerade einmal zwei Computerkabinette, einen Klassensatz Laptops und fünf interaktive Whiteboards, erzählt Schulleiter Raimund Witte – für 760 Schülerinnen und Schüler. Auch die Internetanbindung der Schule sei so schwach, dass die Lehrkräfte Recherchen von Zuhause mitbrächten und die Schüler gebeten würden, ihre Smartphones nur außerhalb des Gebäudes einzusetzen. „Es reicht hinten und vorn nicht“, sagt Witte. Im Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen im Lehrerzimmer macht sich dann auch Informatiklehrer Udo Schöpke Luft. „Es fehlt vor allem an der Wartung der Technik“, sagt er. Es nütze wenig, Förderprogramme aufzulegen oder neue Geräte anzuschaffen, wenn niemand Computer, Beamer und Netzwerke pflege.

Foto: Sebastian Willnow

Neue Lehrkräfte in Sicht? Wohl kaum. Auch in Sachsen-Anhalt kennt man das Problem des Lehrkräftemangels. Schulleiter Raimund Witte, dessen Gymnasium GEW-Chefin Marlis Tepe bei ihrer Bildungstour in Magdeburg besuchte, berichtet: Personelle Lücken müssten auch an seiner Schule nicht zuletzt mit Referendarinnen und Referendaren geschlossen werden.

Sven Heitkamp,
freier Journalist

Bitte teilen!

// Mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ macht sich die GEW für eine bessere finanzielle Ausstattung des chronisch unterfinanzierten Bildungssystems in Deutschland stark. Auf Facebook, Twitter & Co. gibt es Bilder und Videos, mit denen die Politik gemahnt wird, endlich mehr Geld für Bildung bereitzustellen. //

Wie sorgen wir dafür, dass die Parteien präsent haben, wo in der Bildung dringender Handlungsbedarf besteht? Und wie zeigen wir ihnen, dass sehr viele Menschen in Deutschland Veränderungen einfordern, die in einem Koalitionsvertrag festgeschrieben werden müssen? Am besten teilen wir ihnen, von möglichst vielen Seiten und auf möglichst unterschiedliche Art und Weise, immer wieder mit: „In der Bildung muss dringend etwas passieren!“

Deswegen hat sich die GEW mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ schon früh engagiert, auch Nichtmitglieder über unseren Einsatz für gute Bildung zu informieren und an Bord zu holen. Ein wichtiger Teil der Initiative ist der „Appell für mehr Geld in der Bildung“, den inzwischen 36 Organisationen mittragen. Ein weiterer Baustein, viele Menschen zu gewinnen, ist die Arbeit in sozialen Netzwerken. Diese gilt es, kreativ zu nutzen.

Schritte auf diesem Weg sind wir bereits in den Wochen und Monaten vor der Bundestagswahl gegangen: So hat die GEW fünf Videos* (s. E&W 10/2017) in den sozialen Netzwerken veröffentlicht, die zentrale Baustellen in der Bildungspolitik thematisieren. Einmal träumt eine Mutter, die Nachwuchs im Kita-Alter hat, von einem Fachkraft-Kind-Schlüssel, der den Erzieherinnen und Erziehern Zeit für jedes einzelne Kind lässt. Ein anderes Mal malen sich Schülerinnen und Schüler saubere Toiletten und eine moderne Lernumgebung aus. Durch ihren Comic-Stil und ihre Kürze eignen sich die Videos, knackig rüberzubringen, worum es der GEW – im Sinne einer besseren Bildung für alle Menschen – geht.

Viel Unterstützung

Eine angemessene Finanzierung des Bildungswesens ist beileibe nicht allein Anliegen der Bildungsgewerkschaft. Das macht eine weitere Aktion auf Facebook, Twitter & Co. deutlich: Persönlichkeiten aus Gesellschaft, Sport, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Politik – unter ihnen die Drag Queen Olivia Jones ebenso wie der Klimaforscher Mojib Latif, der Künstler Klaus Staeck und der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) – erzählen in ganz persönlichen Statements*, was ihnen gute Bildung bedeutet und wert ist. So unterschiedlich die Promis sind, so unterschiedlich sind auch ihre Zugänge zu dem Thema – ebenso wie die Menschen, die erreicht werden können.

Eines aber wird durchgängig klar: Bildung ist ein zentrales Zukunftsthema, für das es sich einzusetzen lohnt. Das gilt immer, insbesondere aber in einer Zeit, in der über eine neue Regierung verhandelt wird. Die GEW bleibt also dran – in den sozialen Netzwerken ebenso wie in Gesprächen mit der Politik, bei Aktionen und in der Bündnisarbeit. Machst Du mit?

Johanna Thumm,
Referentin der Initiative „Bildung. Weiter denken!“

Stefan Brasse,
Redakteur Internet und Social Media

Foto: Marius Roeer

Olivia Jones – nur eine von vielen Prominenten, die sich vor der Bundestagswahl mit Blick auf die GEW-Initiative „Bildung. Weiter denken!“ in den sozialen Netzwerken für gute Bildung engagiert haben.

***Alle Statements sowie alle Videos stehen auf der Facebook-Seite der GEW sowie auf Twitter:**
www.facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
https://twitter.com/gew_bund
Mach mit: Like, teile und kommentiere!

Die Videos im Überblick:

- Zeit für jedes einzelne Kind (zum Fachkraft-Kind-Schlüssel in Kitas)
- Vielfalt gestalten (zu Inklusion in Schulen)
- Lehre und Forschung langfristig anlegen (zur Entfristung wissenschaftlichen Personals an den Hochschulen)
- Lebensbegleitendes Lernen stärken (zu den prekären Arbeitsbedingungen in der Weiterbildung)
- Moderne Räume für moderne Methoden (zur Gebäudesanierung und -modernisierung von Bildungseinrichtungen)

Mehr Aufklärung nötig

// Ungebildet, arm und arbeitsscheu: Vorurteile über Sinti und Roma sind in unserer Gesellschaft weit verbreitet. Ein Gegenbild entwirft die Untersuchung „Bildungskarrieren von Sinti und Roma“. E&W sprach mit Studienleiter Prof. Albert Scherr über die Ergebnisse. //

E&W: Herr Scherr, für Ihr Forschungsprojekt interviewten Sie 25 Sinti und Roma im Alter zwischen 20 und 30 Jahren zu ihren Bildungskarrieren. Über welche Erfahrungen an Schulen berichteten die Befragten?

Albert Scherr: In den Gesprächen haben wir erfahren, dass Mitschülerinnen und Mitschüler genauso wie Lehrerinnen und Lehrer der Befragten kein oder kaum Wissen über die Geschichte und Gegenwart der Sinti und Roma haben. Die nationalsozialistische Verfolgung der Minderheit wurde im Unterricht nicht oder nur am Rande thematisiert. Das erlebten sie als Missachtung. Sie fühlten sich als Opfergruppe des Nationalsozialismus nicht anerkannt.

Foto: Cathrin Brechtel

Prof. Albert Scherr, Leiter des Instituts für Soziologie an der Pädagogischen Hochschule Freiburg

E&W: Die meisten der Befragten schildern die Schule als Institution, an der sie von indirekter und direkter Diskriminierung betroffen waren. Inwiefern?

Scherr: Indirekte Diskriminierung haben sie zum Beispiel erfahren, indem der Begriff „Zigeuner“ als Schimpfwort gebraucht wurde. Das sogenannte Z-Wort stellt für sie keine neutrale Bezeichnung dar, sondern eine rassistische Kategorie. Um direkte Diskriminierung zu vermeiden, haben viele Befragte ihre Zugehörigkeit zur Minderheit verschwiegen. Dass sie Sinti oder Roma sind, sieht man ihnen ja nicht an.

E&W: War das eine erhebliche Belastung für die Befragten?

Scherr: Vordergründig betrachtet ist eine solche Verdeckung eine unproblematische und erfolgversprechende Vorgehensweise. Schaut man genauer hin, war es für die Kinder und Jugendlichen eine sehr anstrengende psychische und soziale Verdeckungsleistung: Sie konnten sich nie authentisch geben, mussten immer darauf achten, dass niemand ihre Minderheitenzugehörigkeit bemerkt und ihre Familien unsichtbar bleiben. Zweifellos stellte es eine große Beeinträchtigung für sie dar, dass sie nicht offen mit der eigenen Herkunft und Zugehörigkeit umgehen konnten – aus Angst vor Vorurteilen und Diskriminierung.

E&W: Waren die Erlebnisse an allen Schulen gleich?

Scherr: Nein, ein pauschales Negativbild von den Schulen zu zeichnen, wäre falsch. Denn unsere Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer haben Schule auch als Ort erlebt, an dem ihre Minderheitenzugehörigkeit kein negatives Unterscheidungsmerkmal war. Vor allem Interviewte, die auf großstädtische Haupt- oder Gesamtschulen gegangen sind, die einen hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund hatten, erzählten, dass es dort keine Rolle gespielt habe, woher sie kamen. Manche Familien schicken ihre Kinder lieber auf eine Schule, auf der sie möglichst vor Diskriminierung geschützt sind, als auf Realschulen oder Gymnasien, an denen sie allein sind und keinen geschützten Kontext haben.

E&W: Was haben die Interviewten, die höhere Schulen besucht haben, berichtet?

Scherr: Ein typischer Fall, den wir untersucht haben, ist ein junger Gymnasiast, der gegen seinen Willen von einem Mitschüler „geoutet“ worden ist. Diese Terminologie verwenden die Betroffenen. Daraufhin bekam er massive Probleme mit seinen Mitschülern, die ihn mit Zigeunersprüchen beleidigten. Er ging in die Offensive und wehrte sich erfolgreich.

E&W: Was muss aus Ihrer Sicht an Schulen passieren, damit sich antiziganistische Stereotype und Vorurteile auflösen?

Scherr: Unsere Forschungsergebnisse zeigen, dass ein erheblicher Bedarf an Sensibilisierung, Aufklärung und kritischer Auseinandersetzung besteht. Ich bin der Überzeugung, dass die Themen Menschenrechte und Antidiskriminierung einschließlich Sinti und Roma in der Aus- und Fortbildung als Regelthema gestärkt werden müssen – und zwar für alle Lehrerinnen und Lehrer, alle Fächer und alle Schularten.

Interview: Andrea Toll,
freie Journalistin

Studie

Das Forschungsprojekt von Prof. Albert Scherr und Lena Sachs ist an der Pädagogischen Hochschule Freiburg mit Unterstützung des Bundesinnenministeriums realisiert worden. Das Buch zur Studie „Bildungsbiografien von Sinti und Roma. Erfolgreiche Bildungsverläufe unter schwierigen Bedingungen“ ist im Beltz-Verlag erschienen. A.T.

Bildungs- und Förderungswerk
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
im DGB e.V.

Beitrittserklärung zur Gruppen-Sterbegeldversicherung (bis Alter 80) - Tarif VG9/2017

Beitrittserklärung bitte zurücksenden an:
Bildungs- und Förderungswerk der GEW e.V., Postfach 90 04 09, 60444 Frankfurt

Zu versichernde Person

Name / Vorname

PLZ / Wohnort

Straße / Hausnummer

Geburtsdatum

Bitte kreuzen ☒ Sie an:
☐ weiblich ☐ männlich

Versicherungsbeginn

Telefonnummer für Rückfragen

E-Mail Adresse

Bitte ankreuzen:
☐ **Mitglied**
Mitgliedsnummer:

☐ Familienangehörige/r

Staatsangehörigkeit

Versicherungsumfang

Ich beantrage eine Versicherungssumme von: (bitte ankreuzen)

Versicherungssumme in €	Monatlicher Beitrag in €
☐ **3.000**	
☐ **5.000**	
☐ **7.000**	
☐ **10.000**	
☐ **12.500**	
zzgl. BFW-Mitgliedsbeitrag	**0,05**
Lastschriftbetrag	.....

☐ Ich wähle folgende Summe unter 12.500 Euro: Euro .....
Mindestsumme 500,-- Euro

Bei Erhöhung eines bereits bestehenden Versicherungsschutzes wird ein gesonderter Versicherungsschein erstellt.

SEPA-Lastschrift (bitte in jedem Fall ausfüllen)

Bitte anhängendes SEPA-Lastschriftmandat ausfüllen und unterschrieben mit der Beitrittserklärung zurücksenden.

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Beiträge für diese Gruppen-Sterbegeld-Versicherung bis auf schriftlichen Widerruf und der monatliche BFW-Mitgliedsbeitrag von € 0,05 im Lastschriftverfahren monatlich eingezogen werden.

Produktbeschreibung

Die Versicherungsleistung wird beim Tod der versicherten Person fällig. Das Höchsteintrittsalter beträgt 80 Jahre. Der Versicherer verzichtet auf eine Gesundheitsprüfung; stattdessen gilt beim Tod der versicherten Person im 1. Versicherungsjahr folgende Staffelung der Versicherungssumme: Bei Tod im 1. Monat: Rückzahlung des eingezahlten Beitrages; bei Tod im 2. Monat: Zahlung von 1/12 der Versicherungssumme; bei Tod im 3. Monat Zahlung von 2/12 der Versicherungssumme usw.; allmonatlich um 1/12 der Versicherungssumme steigend bis zur vollen Versicherungssumme ab Beginn des 2. Versicherungsjahres. Stirbt die versicherte Person vor Ablauf des ersten Versicherungsjahres infolge eines im ersten Versicherungsjahr eingetretenen Unfalls, wird stets die volle Versicherungsleistung erbracht.

Unfalltod-Zusatzversicherung

Eine Unfalltod-Zusatzversicherung ist stets eingeschlossen, außer bei den Eintrittsaltern ab 75 Jahren. Bei Tod infolge eines Unfalls vor dem Ende des Versicherungsjahres, in dem die versicherte Person ihr 75. Lebensjahr vollendet hat, wird die volle Versicherungssumme zusätzlich zur Sterbegeldleistung gezahlt.

Beitragszahlung

Die Beiträge sind bis zum Ende des Monats zu entrichten, in dem die versicherte Person stirbt; längstens jedoch bis zum Ende des Versicherungsjahres, in dem die versicherte Person das rechnungsmäßige 85. Lebensjahr vollendet.

Überschussbeteiligung

Die vom Versicherer laufend erwirtschafteten Überschüsse werden in Form von Zins- und Grundüberschussanteilen weitergegeben. Die Zinsüberschussanteile werden verzinslich angesammelt und zusammen mit der Versicherungsleistung ausgezahlt. Die Grundüberschussanteile werden – je nach Vertragsgestaltung – entweder ebenfalls verzinslich angesammelt und zusammen mit der Versicherungsleistung ausgezahlt oder mit den zu zahlenden Versicherungsbeiträgen verrechnet.

Zuwendungserklärung

Hiermit erkläre ich, dass die während meiner Mitgliedschaft auf die Sterbegeldversicherung anfallenden Grundüberschussanteile – entgegen dem Vorstehenden – dem BFW der GEW laufend zugewendet werden. Dadurch kommen diese Beträge wirtschaftlich nicht mir, sondern dem BFW der GEW zugute.Der BFW der GEW verwendet die Beträge zu 64 % für satzungsgemäße Aufgaben und zu 36 % zur Förderung der Sterbegeldeinrichtung (Kostendeckungsmittel). Über die Höhe der Zuwendungen gibt das BFW der GEW auf Anfrage jederzeit Auskunft. Diese Erklärung kann jederzeit widerrufen werden. Bei Widerruf der Zuwendungserklärung beträgt der monatliche BFW-Mitgliedsbeitrag 2,50 €.

Einwilligungs- und Schweigepflichtsentbindungserklärung

Sie geben mit Unterzeichnung dieser Beitrittserklärung die auf der Rückseite abgedruckte "Einwilligung in die Erhebung und Verwendung von Gesundheitsdaten und Schweigepflichtentbindungserklärung" ab. Nehmen Sie diese bitte zur Kenntnis. Sie umfasst:

1. Erhebung, Speicherung und Nutzung der von Ihnen mitgeteilten Gesundheitsdaten durch die DBV-ZN
1.1. Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Angaben zur Zugehörigkeit zu Gewerkschaften, Verbänden und anderen Kooperationspartnern
2. Abfrage von Gesundheitsdaten bei Dritten
2.1. Erklärungen für den Fall Ihres Todes
3. Weitergabe Ihrer Gesundheitsdaten und weiterer nach § 203 StGB geschützter Daten an Stellen außerhalb der DBV-ZN
3.1. Übertragung von Aufgaben auf andere Stellen (Unternehmen oder Personen) bzw. Datenweitergabe an selbstständige Vermittler

Unterschriften

Bevor Sie diese Beitrittserklärung unterschreiben, lesen Sie bitte auf der Rückseite die Einwilligung in die Erhebung und Verwendung von Gesundheitsdaten und Schweigepflichtentbindungserklärung sowie Hinweise zum Widerspruchsrecht; sie ist wichtiger Bestandteil des Vertrages. Sie machen mit Ihrer Unterschrift die Einwilligungserklärung zum Inhalt dieser Beitrittserklärung.

Ort / Datum ✘

Unterschrift der zu versichernden Person ✘

Unterschrift der Kontoinhaberin/des Kontoinhabers ✘

Interne Angaben

Gruppenvertragsnummer	Personenkreis	Versicherungsscheinnummer	Versicherungssumme	Versicherungsbeginn
4 7 9 0 0 5 8 6 6 1		4 7		0 1 2 0 1 7

Version G - 01.2017

Widerrufsrecht **Widerrufsbelehrung auf Abschluss eines Versicherungsvertrages**

Sie können Ihre Erklärung bis zum Ablauf von 30 Tagen nach Erhalt des Versicherungsscheins und der Bestimmungen und Informationen zum Vertrag (BIV) ohne Angabe von Gründen schriftlich widerrufen. Eine Erklärung in Textform (z.B. per Brief, Fax oder E-Mail) ist ausreichend. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Der Widerruf ist zu richten an: DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung, Zweigniederlassung der AXA Lebensversicherung AG, Frankfurter Str. 50, 65189 Wiesbaden. Sofern der vorseitig genannte Versicherungsbeginn vor dem Ablauf der Widerrufsfrist liegt, bin ich damit einverstanden, dass der erste oder einmalige Beitrag (Einlösungsbeitrag) - abweichend von der gesetzlichen Regelung - vor Ablauf der Frist fällig d.h. unverzüglich zu zahlen ist.

Einwilligung in die Erhebung und Verwendung von Gesundheitsdaten und Schweigepflichtentbindungserklärung

Die Regelungen des Versicherungsvertragsgesetzes, des Bundesdatenschutzgesetzes sowie anderer Datenschutzvorschriften enthalten keine ausreichenden Rechtsgrundlagen für die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Gesundheitsdaten durch Versicherungen. Um Ihre Gesundheitsdaten für diese Beitrittserklärung und den Vertrag erheben und verwenden zu dürfen, benötigt die DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung, Zweigniederlassung der AXA Lebensversicherung AG (im Weiteren DBV-ZN genannt) daher Ihre datenschutzrechtliche(n) Einwilligung(en). Darüber hinaus benötigt die DBV-ZN Ihre Schweigepflichtentbindungen, um Ihre Gesundheitsdaten bei schweigepflichtigen Stellen, wie z.B. Ärzten, erheben zu dürfen. Als Unternehmen der Lebensversicherung benötigt die DBV-ZN Ihre Schweigepflichtentbindung ferner, um Ihre Gesundheitsdaten oder weitere nach § 203 Strafgesetzbuch geschützte Daten, wie z.B. die Tatsache, dass ein Vertrag mit Ihnen besteht, an andere Stellen, weiterleiten zu dürfen.

Die folgenden Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungserklärungen sind für die Begründung, Durchführung oder Beendigung Ihres Versicherungsvertrages in der DBV-ZN unentbehrlich. Sollten Sie diese nicht abgeben, wird der Abschluss des Vertrages in der Regel nicht möglich sein. Die Erklärungen betreffen den Umgang mit Ihren Gesundheitsdaten und sonstiger nach § 203 StGB geschützter Daten

- durch die DBV-ZN selbst (unter 1.),
- Abfrage von Gesundheitsdaten bei Dritten (unter 2.) und
- bei der Weitergabe an Stellen außerhalb der DBV-ZN (unter 3.).

Die Erklärungen gelten für die von Ihnen gesetzlich vertretenen Personen wie Ihre Kinder, soweit diese die Tragweite dieser Einwilligung nicht erkennen und daher keine eigenen Erklärungen abgeben können.

1. Erhebung, Speicherung und Nutzung der von Ihnen mitgeteilten Gesundheitsdaten duch die DBV-ZN

Ich willige ein, dass die DBV-ZN die von mir in dieser Beitrittserklärung und künftig mitgeteilten Gesundheitsdaten erhebt, speichert und nutzt, soweit dies zur Begründung, Durchführung oder Beendigung dieses Versicherungsvertrages erforderlich ist.

Ich willige ein, dass die DBV-ZN, soweit auf Grund von Kooperationen mit gesetzlichen Krankenkassen, Vereinen, Verbänden, Firmen oder sonstigen Dritten Vorteilskonditionen gewährt werden, zwecks Prüfung, ob eine entsprechende Mitgliedschaft oder Zugehörigkeit mit Anspruch auf Vorteilskonditionen besteht, mit den genannten Dritten einen Datenabgleich vornimmt und entbinde insoweit den Versicherer von der Schweigepflicht.

1.1 Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Angaben zur Zugehörigkeit zu Gewerkschaften, Verbänden und anderen Kooperationspartnern

Ich willige in die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung meiner Angaben zur Zugehörigkeit zu Gewerkschaften, gesetzliche Krankenkassen, Vereinen, Unternehmen oder Verbänden (Kooperationspartner) ein, soweit dies zur Begründung, Durchführung oder Beendigung dieses Vertrages, insbesondere zur Berechnung meiner Versicherungsprämie erforderlich ist.

2. Abfrage von Gesundheitsdaten bei Dritten

2.1. Erklärungen für den Fall Ihres Todes

Zur Prüfung der Leistungspflicht kann es auch nach Ihrem Tod erforderlich sein, gesundheitliche Angaben zu prüfen. Eine Prüfung kann auch erforderlich sein, wenn sich bis zu zehn Jahre nach Vertragsschluss für uns konkrete Anhaltspunkte dafür ergeben, dass bei der Antragstellung unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht wurden . Auch dafür bedürfen wir einer Einwilligung und Schweigepflichtentbindung.

Für den Fall meines Todes **willige ich in** die Erhebung meiner Gesundheitsdaten bei Dritten (Ärzten, Pflegepersonen, Bediensteten von Krankenhäusern, sonstigen Krankenanstalten, Pflegeheimen, Personenversicherern, gesetzlichen Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Behörden) zur Leistungsprüfung ein.
Ich befreie die genannten Personen und Mitarbeiter der genannten Einrichtungen von ihrer Schweigepflicht, soweit meine zulässigerweise gespeicherten Gesundheitsdaten aus Untersuchungen, Beratungen, Behandlungen sowie Versicherungsanträgen und -verträgen aus einem Zeitraum von bis zu zehn Jahren vor Antragstellung übermittelt werden.
Ich bin darüber hinaus damit einverstanden, dass in diesem Zusammenhang – soweit erforderlich – meine Gesundheitsdaten durch die DBV-ZN an diese Stellen weitergegeben werden und befreie auch insoweit die für die DBV-ZN tätigen Personen von ihrer Schweigepflicht.

3. Weitergabe Ihrer Gesundheitsdaten und weiterer nach § 203 StGB geschützter Daten an Stellen außerhalb der DBV-ZN

Die DBV-ZN verpflichtet die nachfolgenden Stellen vertraglich auf die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz und die Datensicherheit.

3.1. Übertragung von Aufgaben auf andere Stellen (Unternehmen oder Personen) bzw. Datenweitergabe an selbstständige Vermittler

Die DBV-ZN führt bestimmte Aufgaben, wie zum Beispiel die Leistungsfallbearbeitung oder die telefonische Kundenbetreuung, bei denen es zu einer Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung Ihrer Gesundheitsdaten kommen kann, nicht selbst durch, sondern überträgt die Erledigung einer anderen Gesellschaft der AXA-Gruppe oder einer anderen Stelle. Werden hierbei Ihre nach § 203 StGB geschützten Daten weitergegeben, benötigt die DBV-ZN Ihre Schweigepflichtentbindung für sich und soweit erforderlich für die anderen Stellen.

Die DBV-ZN führt eine fortlaufend aktualisierte Liste über die Stellen und Kategorien von Stellen, die vereinbarungsgemäß Gesundheitsdaten für die DBV-ZN erheben, verarbeiten oder nutzen unter Angabe der übertragenen Aufgaben. Die zurzeit gültige Liste ist als Anlage der Einwilligungserklärung angefügt. Eine aktuelle Liste kann auch im Internet unter www.dbv.de/Datenschutz eingesehen oder bei den in Ihren Vertragsunterlagen genannten Ansprechpartner/Betreuer angefordert werden. Für die Weitergabe Ihrer Gesundheitsdaten an und die Verwendung durch die in der Liste genannten Stellen benötigt die DBV-ZN Ihre Einwilligung.

Ich willige ein, dass die DBV-ZN meine Gesundheitsdaten an die in der oben erwähnten Liste genannten Stellen übermittelt und dass die Gesundheitsdaten dort für die angeführten Zwecke im gleichen Umfang erhoben, verarbeitet und genutzt werden, wie die DBV-ZN dies tun dürfte. Soweit erforderlich, entbinde ich die Mitarbeiter der AXA Unternehmensgruppe und sonstiger Stellen im Hinblick auf die Weitergabe von Gesundheitsdaten und anderer nach § 203 StGB geschützter Daten von ihrer Schweigepflicht.

Information zur Verwendung Ihrer Daten

Zur Einschätzung des zu versichernden Risikos vor dem Abschluss des Versicherungsvertrags, zur Durchführung des Vertragsverhältnisses, insbesondere im Leistungsfall, benötigen wir personenbezogene Daten von Ihnen. Die Verarbeitung und Nutzung dieser Daten ist gesetzlich geregelt. Die deutsche Versicherungswirtschaft hat sich in den Verhaltensregeln der deutschen Versicherungswirtschaft verpflichtet, nicht nur die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten, sondern auch darüber hinaus weitere Maßnahmen zur Förderung des Datenschutzes zu ergreifen. Erläuterungen dazu können Sie den Verhaltensregeln entnehmen, die Sie im Internet unter www.dbv.de abrufen können. Ebenfalls im Internet abrufen können Sie Listen der Unternehmen unserer Gruppe, die an einer zentralisierten Datenverarbeitung teilnehmen sowie Listen der Auftragnehmer und der Dienstleister. Soweit die Verarbeitung Ihrer Daten auf der Grundlage einer ausdrücklichen Einwilligungs- oder Schweigepflichtentbindungserklärung erfolgt, können Sie diese jederzeit widerrufen. Des Weiteren können Sie Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten beantragen sowie die Berichtigung Ihrer Daten verlangen, wenn diese unrichtig oder unvollständig sind. Ansprüche auf Löschung oder Sperrung Ihrer Daten können bestehen, wenn deren Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung sich als unzulässig oder nicht mehr erforderlich erweist. Diese Informationen gelten auch für die versicherte Person. Wenn die versicherte Person nicht zugleich Versicherungsnehmer ist, wird der Versicherungsnehmer diese Informationen der versicherten Person weiter geben. In allen diesen Fällen können Sie sich jederzeit an den Kunden- und Partnerservice der DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung Zweigniederlassung der AXA Lebensversicherung AG, Frankfurter Str. 50, 65189 Wiesbaden, telefonisch an 0221/148-41013, oder per Email an service@dbv.de wenden.

Allgemeine Hinweise

Mir ist bekannt, dass die Vereinigung Versicherungsnehmerin ist. Sie handelt in meinem Auftrag. Ich bevollmächtige die Vereinigung zur Vertretung bei der Abgabe und Entgegennahme aller das Versicherungsverhältnis betreffenden Willenserklärungen (einschließlich der Kündigung der Sterbegeldversicherung beim Ausscheiden des Mitglieds aus der Vereinigung); die Vertretungsbefugnis erstreckt sich jedoch nicht auf die Empfangnahme von Versicherungsleistungen und die Änderung des Bezugsrechts.

Bei höherem Eintrittsalter können die zu zahlenden Beiträge in ihrem Gesamtbetrag die versicherte Leistung unter Umständen übersteigen.

Eine Durchschrift der Beitrittserklärung wird mir unverzüglich nach Unterzeichnung zugesandt.

Auf diesen Vertrag findet das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung.

Soweit Vorteilskonditionen gewährt werden, die vom Bestehen der Mitgliedschaft zu einer Gewerkschaft/Vereinigung abhängig sind, erfolgt ein Datenabgleich mit dieser Organisation ohne Bekanntgabe der Versicherungsinhalte.

Die für Ihre Versicherung zuständige Aufsichtsbehörde ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Postfach 1308, 53003 Bonn, Internet: www.bafin.de.

Unser Unternehmen ist Mitglied im Verein Versicherungsombudsmann e.V., Postfach 080632, 10006 Berlin.

Versicherungsträger

DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung
Zweigniederlassung der AXA Lebensversicherung AG
Sitz der Gesellschaft Köln (HR B Nr. 271)
USt.-Ident.-Nr.: DE 122786679

Vorsitzender des Aufsichtsrats: Dr. Thomas Buberl
Vorstand: Dr. Alexander Vollert (Vors.), Dr. Andrea van Aubel,
Etienne Bouas-Laurent, Dr. Patrick Dahmen, Jens Hasselbächer,
Jens Warkentin.

Anschrift:
Frankfurter Straße 50
65189 Wiesbaden

DBV

Tarif VG9/2017 - Monatsbeiträge für je 500 € Sterbegeld - Endalter Beitragszahlung 85 Jahre

Bei Eintrittsalter 15-74 ist die Unfallzusatzversicherung obligatorisch eingeschlossen
Als Eintrittsalter gilt die Differenz zwischen dem Beginnjahr der Versicherung minus dem Geburtsjahr der zu versichernden Person.

Eintritts-alter	Bruttobeitrag monatlich	Eintritts-alter	Bruttobeitrag monatlich	Eintritts-alter	Bruttobeitrag monatlich	Eintritts-alter	Bruttobeitrag monatlich	Eintritts-alter	Bruttobeitrag monatlich
15	0,80 €	30	1,05 €	45	1,53 €	60	2,63 €	75	6,29 €
16	0,81 €	31	1,07 €	46	1,58 €	61	2,75 €	76	6,87 €
17	0,83 €	32	1,10 €	47	1,63 €	62	2,87 €	77	7,56 €
18	0,84 €	33	1,12 €	48	1,68 €	63	3,01 €	78	8,42 €
19	0,86 €	34	1,15 €	49	1,74 €	64	3,16 €	79	9,52 €
20	0,87 €	35	1,18 €	50	1,80 €	65	3,33 €	80	10,98 €
21	0,89 €	36	1,20 €	51	1,86 €	66	3,50 €		
22	0,90 €	37	1,23 €	52	1,93 €	67	3,70 €		
23	0,92 €	38	1,27 €	53	2,00 €	68	3,91 €		
24	0,93 €	39	1,30 €	54	2,07 €	69	4,15 €		
25	0,95 €	40	1,33 €	55	2,15 €	70	4,42 €		
26	0,97 €	41	1,37 €	56	2,23 €	71	4,71 €		
27	0,99 €	42	1,41 €	57	2,32 €	72	5,04 €		
28	1,01 €	43	1,45 €	58	2,42 €	73	5,41 €		
29	1,03 €	44	1,49 €	59	2,52 €	74	5,83 €		

Für andere Versicherungssummen ist der Beitrag entsprechend zu multiplizieren (z.B.: Bei einer Versicherungssumme von 3.000,- € = Beitrag x 6, bei einer Versicherungssumme von 5.000,- € = Beitrag x 10).
Die Monatsbeiträge sind versicherungstechnisch mit 7 Nachkommastellen gerechnet. Aus Vereinfachungsgründen sind aber nur 2 Nachkommastellen in der Beitragstabelle ausgewiesen. Deshalb kann es zu Rundungsdifferenzen kommen, die sich allerdings nur im Cent-Bereich bewegen.

Bitte hier abtrennen

Bitte ausfüllen und zurücksenden

SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige das BFW der GEW, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom BFW der GEW auf mein Konto gezogene Lastschrift einzulösen.
Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Zahlungsempfänger	Bildungs- und Förderungswerk der GEW e.V. (BFW der GEW)
Gläubiger	Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt
Gläubiger-Identifikationsnummer	DE12ZZZ00000013915
Mandatsreferenz	wird gesondert mitgeteilt

Zahlungspflichtiger

Vorname Kontoinhaber _____

Nachname Kontoinhaber _____

Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ) _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Land _____

Kreditinstitut _____

IBAN DE __

BIC _____

Ort, Datum _____

Unterschrift _____

Version SEPA - 01.2017

Stand 20.05.2014

Übersicht der Dienstleister des AXA Konzerns

gemäß der Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungserklärung

Konzerngesellschaften, die an gemeinsamen Datenverarbeitungsverfahren der Stammdaten teilnehmen:

- AXA ART Versicherung AG
- AXA Bank AG
- AXA Customer Care GmbH
- AXA easy Versicherung AG
- AXA Konzern AG
- AXA Krankenversicherung AG
- AXA Lebensversicherung AG
- AXA Life Europe Ltd. Niederlassung Deutschland
- AXA Schaden Experten GmbH
- AXA Versicherung AG
- DBV Deutsche Beamtenversicherung AG
- Deutsche Ärzteversicherung AG
- Deutsche Ärzte Finanz Beratungs- und Vermittlungs-AG
- INREKA Finanz AG
- Kölner Spezial Beratungs-GmbH für betriebliche Altersversorgung
- Pro bAV Pensionskasse AG
- winExpertisa Gesellschaft zur Förderung beruflicher Vorsorge mbH
- win Health Consulting GmbH

Dienstleister mit Datenverarbeitung als Hauptgegenstand des Auftrags (Einzelbenennung):

Auftraggebende Gesellschaft	Dienstleister	Gegenstand / Zweck der Beauftragung	Gesundheitsdaten
Alle Konzerngesellschaften	AXA Konzern AG	Antrags-, Vertrags-, Leistungsbearbeitung, Vermittlerbetreuung	ja
	AXA Group Solutions SA Zweigniederlassung Köln	Betrieb gruppenweiter IT-Anwendungen	nein
	AXA Logistic Services GmbH	Postbearbeitung, Antrags-, Vertrags-, Leistungsbearbeitung	ja
	AXA Technology Services Germany GmbH und GIE AXA Tech Belgium	Rechenzentrumsbetreiber	ja
	AXA Customer Care Center GmbH	Telefonischer Kundendienst	ja
	ARA GmbH	Telefonischer Kundendienst	nein
	AXA Assistance Deutschland GmbH	Telefonischer Kundendienst	ja
	GDV Dienstleistungs GmbH	Datentransfer mit Vermittlern und Dienstleistern	nein
AXA ART Versicherung AG	ACS Information Technologies UK Limited	Rechenzentrumsbetreiber	nein
AXA Krankenversicherung AG	Medx	Leistungsbearbeitung	ja
	ViaMed	Leistungsprüfung, Diseasemanagament	ja
	ROLAND Assistance GmbH	Diseasemanagement	ja[1]
	MedicalContact AG	Diseasemanagement	ja[1]
	Sanvartis GmbH	Diseasemanagement	ja[1]
	IMB Consult GmbH	Medizinische Gutachten	ja[1]
	AXA Kranken Makler GmbH	Vermittlerbetreuung	ja
AXA Lebensversicherung AG	AXA Bank	Depotverwaltung für Fondspolicen	nein
	April Deutschland AG	Bestands- und Leistungsbearbeitung	ja
	Vorsorge Lebensversicherung AG	Antrags- und Leistungsbearbeitung	ja
AXA Versicherung AG	AXA Assistance Deutschland GmbH	Diseasemanagement, Durchführung KFZ-Kaskoversicherungen für Kreditkarteninhaber	ja[1]
	ROLAND Assistance GmbH	Diseasemanagement	ja[1]
	April Deutschland AG	Bestands- und Leistungsbearbeitung	ja
	Versicherungsforen medi-part GmbH	Leistungsbearbeitung	ja[1]
	Actineo GmbH	Anforderung medizinische Gutachten	ja[1]
	Inter Partner Assistance S.A.	Schutzbriefleistungen	nein
DBV Deutsche Beamtenversicherung AG	AXA Assistance Deutschland GmbH	Diseasemanagement	ja[1]
	ROLAND Assistance GmbH	Diseasemanagement	ja[1]
	Inter Partner Assistance S.A.	Schutzbriefleistungen	nein

Kategorien von Dienstleistern, bei denen Datenverarbeitung kein Hauptgegenstand des Auftrages ist:

Auftraggebende Gesellschaft	Dienstleisterkategorie	Gegenstand / Zweck der Beauftragung	Gesundheitsdaten
Alle Konzerngesellschaften	Adressermittler	Adressprüfung	nein
	Gutachter	Antrags-/Leistungs-/Regressprüfung	zum Teil[1]
	Assisteure	Assistanceleistungen	zum Teil[1]
	Marktforschungsunternehmen	Marktforschung	nein
	Marketingagenturen/-provider	Marketingaktionen	nein
	Lettershops/Druckereien	Postsendungen/Newsletter (E-Mail)	nein
	Aktenlager	Lagerung von Akten	ja
	IT-Wartungsdienstleister	Wartung von Systemen/Anwendungen	ja
	Rechtsanwaltskanzleien	Forderungseinzug	ja
	Inkassounternehmen	Realisierung titulierter Forderungen	nein
	Rückversicherer	Monitoring	ja
	Entsorgungsunternehmen	Abfallbeseitigung	ja
	Routenplaner	Unterstützung Schadenbearbeitung	nein
	Heil-/Hilfsmittellieferant	Lieferung von Heil- und Hilfsmitteln	ja
	Rehabilitationsdienst	Rehabilitationsmanagement	ja
	Service-Gesellschaften	Leistungs- und Bestandsbearbeitung im Massengeschäft	nein

[1] ggf. mit separater Einwilligung

Eine aktuelle Version dieser Dienstleisterübersicht ist im Internet unter www.AXA.de/Datenschutz einsehbar.

Hinweis: Steht Ihre besondere persönliche Situation den berechtigten Interessen des Unternehmens an einer Beauftragung entgegen, können Sie dieser Beauftragung ggf. widersprechen.

Junge Flüchtlinge fit machen

// „Richtig und sinnvoll“: Die Jugendmigrationsdienste haben ihre Angebote für Geflüchtete geöffnet. Mehr Personal erhalten sie dafür allerdings meist nicht. //

So viel war in der Beratungsstelle in Langen südlich von Frankfurt am Main noch nie los: Einige Jugendliche rufen vorher an, viele kommen einfach vorbeispaziert. Mit etwas Glück haben die jungen Flüchtlinge ihre Zeugnisse aus Syrien oder Afghanistan in der Tasche, doch vielen fehlt jeglicher Nachweis über Schule oder Ausbildung in ihren Heimat- oder Herkunftsländern. Alle wollen wissen, welche Bildungswege ihnen in Deutschland offenstehen. Sie benötigen Beratung und Unterstützung. Und sie wollen die Sprache lernen. Beim Jugendmigrationsdienst des Internationalen Bundes (IB) in Langen gilt: „Wir schicken niemanden weg“, sagt Leiterin Hanneliese Einloft-Achenbach. Doch die Nachfrage sei so stark gestiegen, dass es mitunter lange Wartezeiten gebe. Das liegt daran, dass die Angebote seit Jahresbeginn auch offiziell jungen Geflüchteten offenstehen. „Absolut richtig und sinnvoll“ findet die Leiterin das. Allerdings brauche es dafür mehr Personal – das Team arbeite mit der gleichen Besetzung wie vorher: „Da muss sich dringend etwas tun.“

Rund 450 Jugendmigrationsdienste unterschiedlicher Träger bundesweit werden vom Bundesfamilienministerium gefördert. Ihre Aufgabe ist, junge Migrantinnen und Migranten im Alter von zwölf bis 27 Jahren bei ihrer Integration zu unterstützen. Das gilt vor allem für Sprache – sowie für Schule, Ausbildung und Berufseinstieg. Während früher Voraussetzung war, dass die jungen Menschen eine Bleibeperspektive haben, werden jetzt auch Flüchtlinge beraten, die mit einer Duldung in Deutschland leben. Zunächst wurde das neue Konzept an 24 Standorten erprobt – allerdings stand schon lange vor Ablauf der Modellphase fest, dass die Öffnung für alle Einrichtungen gelten soll. Grund sei die große Nachfrage, erklärt der Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, Ralf Kleindiek. An den Modellstandorten seien vor allem junge Menschen aus Afghanistan, Syrien und Irak betreut worden. Der Schwerpunkt habe darauf gelegen, ihre persönliche Situation zu stabilisieren, sie in Sprachkurse zu vermitteln und bei der Aufnahme einer Beschäftigung zu unterstützen. Mehr Personal erhalten die allermeisten Einrichtungen dafür jedoch nicht. Nach Angaben eines Ministeriumssprechers ist der Etat für die Jugendmigrationsdienste 2015 um acht Millionen Euro aufgestockt worden; seither stünden insgesamt 50,6 Millionen Euro pro Jahr bereit. Damit, so heißt es weiter, sei an 61 Standorten ein „moderater Ausbau des Programms“ erfolgt. Das bedeutet: 389 Einrichtungen erhalten keinen Cent mehr, sind jetzt aber für sehr viel mehr Jugendliche zuständig.

Am Rand der Belastbarkeit

In Langen kommt das Team mit der Arbeit kaum hinterher. „Alle arbeiten bis zum Rande ihrer Belastbarkeit – und oft darüber hinaus“, sagt die Leiterin. Im Haus werden viele Sprachkurse angeboten, für Anfänger und Fortgeschrittene. Das hat sich herumgesprochen. Jeder kann mitmachen. Schülerinnen und Schüler haben auch die Möglichkeit, nach der Schule ihre Aufgaben mitzubringen. Ein Sprachlehrer hilft ihnen dabei, die Texte richtig zu verstehen oder Referate zu schreiben. „In erster Linie müssen die Jugendlichen sprachlich fit gemacht werden“, so Einloft-Achenbach. „Sonst wird es in Schule und Ausbildung ganz schwierig.“

Außerdem berät das Team die Jugendlichen über ihre Möglichkeiten im Bildungswesen. Was tun, wenn Zeugnisse fehlen? Welche Chancen bietet der Abschluss aus dem Ausland? Und wie funktioniert die Anerkennung? Die Expertinnen und Experten erstellen für jeden einen individuellen Förderplan und helfen, Bewerbungen zu schreiben und einen Ausbildungsplatz zu suchen. Die Sozialpädagogin berichtet, dass kürzlich wieder einmal ein junger Mann vorbeikam, der von dem Team beraten wurde und inzwischen Jura studiert habe. „Wir leisten sehr erfolgreiche Integrationsarbeit“, sagt Einloft-Achenbach. „Allerdings brauchen wir dafür dringend mehr Mittel.“

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

… sie wollen wissen, welche Bildungswege ihnen in Deutschland offenstehen: Drei geflüchtete Jugendliche holen sich Rat bei den Jugendmigrationsdiensten.

Foto: IB, Jugendmigrationsdienst Langen

Schablone im Kopf?

// Viele Lehrkräfte trauen Kindern aus Zuwandererfamilien weniger zu als deren Mitschülern ohne Migrationshintergrund. Das beeinflusst wiederum deren Verhalten im Unterricht – und kann sich wie eine selbsterfüllende Prophezeiung auf den Lernerfolg auswirken. //

Lehrkräfte sind zu bestimmten Aspekten von Vielfalt liberaler eingestellt als die Gesamtbevölkerung; bei einem Teil gibt es jedoch offenbar Vorbehalte gegenüber Musliminnen und Muslimen. So glauben 61 Prozent – von 540 befragten – Pädagoginnen und Pädagogen, dass Muslime „genauso bildungsorientiert sind wie Nichtmuslime“. 15 Prozent der Lehrkräfte halten Muslime für aggressiver als die abgefragte „Wir“-Kategorie. Das sind zwei Ergebnisse der Studie „Vielfalt im Klassenzimmer. Wie Lehrkräfte gute Leistung fördern können“, die das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) und der Forschungsbereich des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) im Sommer in Berlin vorstellten.

Als wichtigste Faktoren für geringe Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund gelten bislang der Bildungshintergrund der Eltern und unzureichende Deutschkenntnisse. Die „Vielfalt im Klassenzimmer“-Forscher teilen nun mit: Wissenschaft in Deutschland habe sich bisher stark auf familiäre Aspekte und die Faktoren schulischer Organisation konzentriert; weniger untersucht worden sei die Rolle der Lehrkräfte für den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien.

Ausgehend von Befunden internationaler Studien, dass Lehrkräfte durch – unbewusstes und unbeabsichtigtes – Verhalten die Kompetenzentwicklung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund beeinflussen, haben sich die Berliner Forscher nun auf die Pädagoginnen und Pädagogen fokussiert. In drei Modulen haben sie untersucht, welche Einstellung Lehrkräfte zu Muslimen und kultureller Vielfalt haben, ob und wie sich ihre Leistungserwartungen auf Kinder mit Migrationshintergrund auswirken und wie negative Folgen verhindert werden können.

Foto: imago

Selbstbestätigung notwendig

Dabei zeigte sich: Auch bei gleich guten schulischen Leistungen erwarten Lehrkräfte von Mädchen und Jungen aus Migrantenfamilien etwas weniger als von Kindern, aus deren Elternhäusern niemand zugewandert ist. Diese Erwartung, so die Forscher, schlage sich auch im Verhalten der Lehrkräfte im Unterricht nieder – und könne sich so auf die Leistungszuwächse auswirken: Schülerinnen und Schüler trauten sich beispielsweise seltener gute Leistungen zu, seien eher gestresst und gäben schneller auf. Dem könne – so ein weiteres Ergebnis der Studie – mit sogenannten Selbstbestätigungs-Interventionen entgegengewirkt werden. In einem Modul „Wider die Stereotypisierung: Bessere Schulleistung durch Selbstbestätigung“ untersuchen die Forscher bei 820 Siebtklässlern, wie eine solche Intervention wirkt. „Wenn türkisch- und arabischstämmige Schülerinnen und Schüler sich mit Themen auseinandersetzen, die für sie selbst wichtig sind, schneiden sie unmittelbar danach in einem Mathematiktest besser ab als ihre Mitschülerinnen und Mitschüler, die das nicht getan haben. Diese Wirkung ist selbst acht Wochen später noch festzustellen“, erklärt das Forscherteam.

Solche Interventionen könnten Lehrkräfte gezielt einsetzen, damit ihre verinnerlichten Stereotype sich nicht auf die Leistungen der Schülerinnen und Schüler auswirken. Um Benachteiligungen zu vermeiden, sei zentral, dass Lehrkräfte ihre eigenen Erwartungen reflektierten. Als wichtige Strategien zum Abbau von Benachteiligungen in der Schule nennen die Autoren die interkulturelle Lehrkräftebildung, die Sensibilisierung von Lehrkräften für Stereotype und die Einbettung selbstbestätigender Interventionen in das Lehrkonzept. Ein konstruktiver Umgang mit Vielfalt erfordere, dass Lehrkräfte, Eltern, Schulen, die Bildungsverwaltungen und -politik, Schulbuchverlage und nicht zuletzt die Wissenschaft zusammenarbeiten.

Canan Topçu,
freie Journalistin

Vielfalt im Klassenzimmer. Wie Lehrkräfte gute Leistung fördern können: www.svr-migration.de/publikationen/vielfalt-im-klassenzimmer/

Welche Rolle spielen bei Lehrkräften das eigene Verhalten und die eigenen Erwartungen für den Lernerfolg der Mädchen und Jungen aus zugewanderten Familien? In den Kollegien gibt es auch verinnerlichte Stereotype und Vorbehalte.

Wettbewerb Gelbe Hand

Bereits zum zwölften Mal startet der Wettbewerb „Gelbe Hand“ des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an!“ e. V. Die Organisatoren wollen damit ein Zeichen gegen Rassismus und Rechtsextremismus in Schule und Arbeitswelt setzen. An dem Wettbewerb 2017/18 können Gewerkschaftsjugendliche, Azubis, Berufsschülerinnen und -schüler teilnehmen, auch in Zusammenarbeit mit Ausbildern und Berufsschullehrkräften. Prämiert werden Beiträge und Projekte sowie Konzeptideen, die sich gegen Diskriminierung und für Gleichbehandlung in der Ausbildung oder im beruflichen Umfeld einsetzen.

Einsendeschluss: 16. Januar 2018. Der erste Preis ist mit 1 000 Euro dotiert.

Weitere Infos und Teilnahmebedingungen unter: www.gelbehand.de/wettbewerb

Eine Schule für alle

Im September vergangenen Jahres hat die GEW zusammen mit anderen Verbänden den bundesweiten Kongress „Eine Schule für alle“ in Frankfurt am Main veranstaltet. Gemeinsam will man auch weiterhin für das gemeinsame Lernen aller Kinder und Jugendlichen werben. Dazu dient die von den Veranstaltern herausgegebene Schriftenreihe „Eine Schule für alle – Die inklusive Schule für die Demokratie“. In Heft 2 wird Rainald Eichholz‘ Vortrag „Blick nach vorn: Menschenrechte bleiben der Maßstab!“ dokumentiert. Für Eichholz sind Gerechtigkeit, Achtung der Menschenwürde und Demokratie der philosophische und juristische Kompass, der Gesellschaft und Staat zur umfassenden Teilhabe aller verpflichtet. Eichholz, ehemaliger Richter und erster Kinderbeauftragter Deutschlands, weist auf grundlegende Fehlentwicklungen des Bildungswesens hin und entwirft Umrisse einer künftigen inklusiven Schule. Im selben Heft sind Auszüge aus der „Allgemeinen Bemerkung Nr. 4“ des UN-Fachausschusses für Behindertenrechte veröffentlicht. Das Dokument sei, so GEW-Vorstandsmitglied Ilka Hoffmann, ein wichtiges Instrument, um die Landesregierungen zu ermahnen, Inklusion in allen Einrichtungen umzusetzen.

Download unter: https://eine-fuer-alle.schule/

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

MALTA – die Sonneninsel im Mittelmeer
Kulturelle Schätze und malerische Fischerdörfer
Diverse Termine in den Ferien — 8-tägige Flugreise

ab € 660,-
p. P. im Doppelzimmer

Kulturelle Schätze, malerische Fischerdörfer, wunderschöne Naturlandschaften und tiefblaues Meer – Malta begeistert seine Besucher! Freuen Sie sich auf die Hauptstadt Valletta, die heute zum Weltkulturerbe der UNESCO zählt, unternehmen Sie einen Ausflug in die „drei alten Städte” Vittoriosa, Senglea und Cospicua. Besuchen Sie die historische Stadt Mdina mit ihrer außergewöhnlichen Mischung aus mittelalterlicher und barocker Architektur. Unternehmen Sie einen Ausflug nach Gozo – Maltas Schwesterinsel. Hier stehen u.a. die malerischen Buchten von Xlendi und Marsalforn, die 5.000 Jahre alte Tempelanlage Ggantija, die Höhle der Calypso und Gozos Naturwunder Fungus-Rock sowie Inland-Sea auf dem Programm.

Das beinhaltet unsere Reise

- Flug mit Air Malta inkl. Steuern und Gebühren
- Transfer Flughafen - Hotel - Flughafen
- Flughafenassistenz bei Ankunft/Abflug Malta
- 7 Übernachtungen im 4-Sterne-Hotel
- 7 x Frühstücks-Büfett
- Halbtagesausflug Mdina, Rabat und Mosta inkl. Mdina Kathedrale und Museum
- Ganztagesausflug Cottonera und Valletta inkl. St. John‘s Co-Cathedral und Malta Experience
- Ganztagesausflug Gozo inkl. Ggantija Tempel
- Hafenrundfahrt
- Ganztagesausflug in den Süden der Insel, inkl. Blaue Grotte und Marsaxlokk
- qualifizierte deutschsprachige Reiseführung während der Ausflüge
- deutschsprachige Gästebetreuung vor Ort
- Sicherungsschein

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter **www.gew.de/verlagsreisen**
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Foto: Uwe Dettmar, Goethe-Universität Frankfurt

Gerd Köhler

Gerd Köhler wird fehlen

// Die GEW trauert um Gerd Köhler. Der engagierte Gewerkschafter und profilierte Hochschulpolitiker leitete von 1981 bis 2006 den GEW-Organisationsbereich Hochschule und Forschung. Am 18. Oktober ist er verstorben. //

Der unerwartete Tod Gerd Köhlers hinterlässt in mir Trauer und Fassungslosigkeit. Fassungslosigkeit, weil wir noch vor wenigen Wochen heitere Stunden zusammen in Göttingen verbracht hatten. Gerd schien seine gesundheitlichen Belastungen gut im Griff zu haben. Und dann der Zusammenbruch an der Tankstelle, nahe Rostock, von dem er nicht wieder aufwachen sollte.

1944 in Bovenden bei Göttingen geboren, wuchs er in der Universitätsstadt auf, studierte auf Lehramt, machte hier seine ersten politischen Erfahrungen in der Studentenbewegung. Gerd wurde AStA-Mitglied und gehörte 1970/71 dem Vorstand des Verbands deutscher Studentenschaften (VDS) an.

Die politischen Erfahrungen und Erfolge als Student motivierten ihn, nach dem Staatsexamen sein bildungs- und hochschulpolitisches Engagement zunächst 1973 als Bildungsreferent bei der GEW, ab 1981 als Mitglied ihres Geschäftsführenden Vorstands fortzusetzen. 25 Jahre war er für den Bereich Hochschule und Forschung verantwortlich. Als mitgliederschwächstes und in der traditionellen Lehrergewerkschaft nicht unbedingt heimisches Ressort war die Aufgabe für ihn, Hochschule und Forschung zu einem Feld gewerkschaftlicher Interessenpolitik zu entwickeln – eine große Herausforderung. Seine Hoffnung, dass die Studentenbewegung auch die Hochschulen reif für die Bildungsgewerkschaft gemacht hätte, erfüllte sich nicht. Auch seine Erwartung, aus der Kooperation mit der Bundesassistentenkonferenz – 1968 in Marburg als hochschulpolitische Interessenvertretung des „akademischen Mittelbaus“ gegründet – könnte sich ein gewerkschaftlicher Kern entwickeln lassen, realisierte sich nicht. Auch dann nicht, als die Bundesassistentenkonferenz zerbröckelte und sich auflöste.

GEW-Sommerschule gegründet

Gerd konzentrierte seine Arbeit darauf, die gewerkschaftliche Position zu einer demokratischen und sozialen Neugestaltung von Hochschule und Forschung in nationalen und internationalen Gremien sowie Kommissionen zur Geltung zu bringen und dafür Unterstützungsnetzwerke aufzubauen. Darin lag seine große Stärke. Mit seiner verbindlichen und für kontroverse Haltungen offenen Art verstand er es, Menschen unterschiedlicher gesellschaftlicher Bereiche und politischer Ansichten zu hochschulpolitischen Themen zusammenzuführen. Bei der jährlichen Sommerschule der GEW, die er konzipierte und über lange Jahre leitete, versammelte er in dem eher jugendbewegten als feudalen Ambiente der Heimvolkshochschule Klappholttal auf Sylt Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Gewerkschaft, Ministerinnen und Staatssekretäre, Uni-Rektoren sowie andere hochschulpolitische Akteure.

Seine Fähigkeit, in kleinen Kreisen zu wirken, prädestinierte ihn zu über Gewerkschaftsarbeit hinausgehenden Freundschaften, die er mit seiner Kochkunst, seiner grandiosen Fotografie und sportlichen Talenten begeisterte.

Mit seinem Tod verlieren viele von uns einen Freund – eine wichtige Stimme im Kampf für eine soziale und demokratische Hochschule ist verstummt.

Prof. Martin Baethge, Präsident des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI)

„Mach‘ endlich mal, GEW!“

(E&W 7-8/2017, Seite 25: 77 Tage Gratisarbeit und Hintergrund zu „JA13“ in diesem Heft)

Mein Mann ist seit 25 Jahren in der GEW, seitdem ist er Gesamtschullehrer und nimmt seinen Beruf sehr ernst. Er bekommt immer noch A12! A13-Stellen sind selten, viele Sek-I-LehrerInnen haben A12 bis zur Rente – trotz Einsatz und zusätzlicher Aufgaben, die ja auch noch abgedeckt werden müssen.

Die tägliche Arbeit hat Formen angenommen, die mit der eigentlichen Aufgabe wenig zu tun hat. Aber was erzähle ich, alle wissen, dass Lehrer vor allem in der Sek-I-Gesamtschule unterbezahlt sind! Wieso haben Sie, die GEW, mit dieser Kampagne JA13 für alle keinen Erfolg? Was tun Sie eigentlich dafür, dass endlich die LehrerInnen und alle anderen Fachkräfte an Schulen ihren Aufgaben und Herausforderungen entsprechend bezahlt werden? Wie können Sie akzeptieren, dass nicht längst mehr dafür getan wird, dieses Ziel zu erreichen? Vielleicht müssen Sie sich eine andere Strategie einfallen lassen, aber machen Sie mal endlich!!

G. Rogge, Aachen

Gewalt gegen Lehrkräfte

(E&W 9/2017, Seite 6 ff: „Schwerpunkt Jugendgewalt“)

Leit(d)-thema Jugendgewalt? Wer schreibt über die Opfer körperlicher Gewalt, vor allem unter Lehrkräften in deutschen Schulen?! Zurückhaltung steht den Verantwortlichen gar nicht gut zu Gesicht. Die Schäden gehen in Milliardenhöhe, nicht zuletzt durch Unterrichtsausfall und Gesundheitsschäden. Warum erhalten die Opfer zu wenig Unterstützung? In Thüringen werden sie – angeblich zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte (Kleine Anfrage 6/2752) – nicht einmal erfasst, geschweige denn der Unfallkasse sachgemäß gemeldet.

Die Unfallkasse Gotha weigert sich, die Übergriffe zu versorgen, und bestreitet entgegen ihren eigenen Richtlinien (DGUV 206-017), dass die Ereignisse überhaupt zur Traumatisierung geeignet sind. Dies erspart und behindert wissenschaftliche Studien. Nicht einmal der Durchgangsarzt (D-Arzt) auf traumapsychologischem (psychosozialem) Gebiet steht den Lehrkräften zur Verfügung. Ergebnislose Nachfrage nach ärztlicher Hilfe bei den Sozial- und Arbeitsgerichtsverfahren! Ein Ersthelfer mit Traumaausbildung an jeder Schule? Bisher Negativanzeige. Die Anerkennung von Traumastörungen (PTBS) als Berufskrankheit für Lehrende? Trotz des Amoklaufs in Erfurt 2002 steht die Politik mit der Gesetzgebung noch in der Bringschuld. Fazit: zerstörte Erwerbsbiografien und Gesundheitsschäden. Neben berechtigten Gehaltsforderungen auch Einhaltung des Arbeitsschutzgesetzes Paragraf 2 und 5 einfordern!

Sören Baumgarten, Dingelstädt

Nationalismus überwinden

(E&W 9/2017, Seite 43: Zu den Leserbriefen „Keine Aufgabe der GEW“ und „Kein Parteienbekenntnis!“)

Ich will nicht auf einen einzelnen Leserbrief eingehen. Aber die Diskussion zu „rechts“ kann so nicht stehenbleiben. Deutschlands Geschichte ist nach zwei Weltkriegen voller Nationalisten doch wohl genug Beweis, dass wir diese Sichtweise dringend überwinden müssen. Schon in den 1860er-Jahren und folgend greifen nationalistische Denkweisen und Parolen immer mehr in das Denken der Gesellschaft. Die Gründung des Deutschen Reiches in Versailles 1871 war nichts weiter als der nationalistische Affront gegen Frankreich und eigentlich gegen Europa. Spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg, dem „Ende des Tausendjährigen Reiches“,

>> **Fortsetzung auf Seite 46**

Jahn-Lederwaren

Lauter Einserkandidaten!
Lehrertaschen made by Jahn.
www.jahn-lederwaren.de

Erste Hilfe.

Selbsthilfe.

brot-fuer-die-welt.de/selbsthilfe
Mitglied der actalliance
Brot für die Welt

TimeTEX
So leben Lehrer/innen leichter

Magnetische Steine
ca. 275 g, ca. 20 Stück
Art. 93276 ~~statt 6,95 €~~ **nur 5,00 €**
Gutschein-Code: **EW6921**
Artikel in den Warenkorb legen. Der Gutschein wird als prozentualer Rabatt (28 %) abgezogen. Gültig bis 06.12.2017.

TimeTEX Hermedia Verlag GmbH · 93337 Riedenburg · Tel. 09442 92209-0 · www.timetex.de

ZARB *Arbeitsblätter kreativ & schnell erstellen*

Das unentbehrliche Basiswerkzeug für Lehrkräfte: Mit ZARB erstellen Sie differenzierte Lernaufgaben aus deutschen oder fremdsprachigen Texten, alltagstaugliche Arbeitsblätter, die fördern und fordern.
Direkt im Textprogramm erzeugen Sie neue Rätsel, Lücken- und Fehlertexte, Schüttel- oder Schlangentexte und mehr. Kompetenzorientierte Übungen zu Wortschatz, Rechtschreibung, Grammatik, Satzbau, Textaufbau und Inhalt entstehen mit wenigen Mausklicks.

hans zybura software
Waldquellenweg 52 · 33649 Bielefeld · Fon 0521.4 53 66 590 · info@zybura.com · www.zybura.com

Ihre Reiseleiter in PARIS für Klassenfahrten und Gruppenreisen

erfahren
agenturunabhängig
preisgünstig

vinculum MUNDI

Stadtrundfahrten
Ausflugsprogramme
Rundreisen

Tel.: +33 6 52 22 30 30
www.vinculum-mundi.com

Boundless
Reisen entdecken

Ihr Großbritannienspezialist für Wander- und Studienreisen
www.boundless-reisen.de

Kerzen und Seifen selber machen

Beste Rohmaterialien, Gerätschaften und Zubehör für Hobby, Schulen, Kirchen und Werkstätten.

EXAGON, Industriepark 202,
DE-78244 Gottmadingen,
exagon@t-online.de

>> **Fortsetzung von Seite 45**

nach wiederum Millionen von Toten und bewusst umgebrachten Menschen (in Deutschland), ist überfällig, sich des Nationalismus zu entledigen und humanere Umgangsformen zu postulieren. Hass und Mord haben in einer zivilisierten Gesellschaft nichts zu suchen. Um diesen Nationalismus zu überwinden, gehört es sich auch, anzuerkennen, was im Namen des Nationalismus an Verbrechen geschehen ist. Jeder Zweifler ist ein Ignorant unserer Geschichte und will nicht aus ihr lernen.

Wenn ein Lehrer erst in ein Lexikon sehen muss, um sich den Begriff „rechts“ oder „Nationalismus“ zurechtzulegen, dann muss man diese Menschen klar zurechtweisen. Und sie eignen sich nicht zum Erziehen junger Menschen: Es fehlt ihnen das Geschichtsbewusstsein.

Wolfgang Schweikert, Schwäbisch Hall

Empörende Lesermeinungen

(E&W 9/2017, Seite 43 und 44: zu den Leserbriefen „Keine Aufgabe der GEW“ und „Kein Parteienbekenntnis!“ sowie „Pädagogisches Ethos?“)

Jetzt gerade als Gewerkschafter: klar gegen rechts! Es gibt Leserbriefe, die in ihrem Inhalt empörend sind und nicht unwidersprochen bleiben können. Das gilt noch mehr, nachdem mit der AfD eine rassistische, faschistoide Partei in den Bundestag eingezogen ist – unter tätiger Mithilfe der Regierung und (wie auch „Spiegel Online“ bemerkt) der Massenmedien. Es fühlen sich einige offenbar ermutigt, dies auch in die Gewerkschaft(en) hineinzutragen. Da meint ein Leser aus Berlin, es sei nicht Aufgabe der Gewerkschaft, sich gegen rechts zu positionieren. Das macht er, indem er die faschistische Gesinnung verharmlost als „Befürwortung individueller Freiheit“. Hat er noch nie etwas gehört von dem faschistischen Terror, von der Verfolgung und Unterdrückung auch der Gewerkschaften? Dass auch heute aktive Gewerkschafter/innen von Neonazis angegriffen werden? Was er „Betonung der Unterschiede“ nennt, ist mit anderen Worten Rassismus! Ein Leser aus Taucha setzt noch einen drauf – es ist erwiesen, dass die AfD den Steigbügelhalter des Faschismus spielt, faschistisches Gedankengut versucht, salonfähig zu machen und in den Talkshows dafür jede Menge Spielraum bekommt. Die AfD ist übrigens für spalterische gelbe Gewerkschaften – ein Grund mehr, sie zu bekämpfen. Sie ist für weiteren Sozialabbau, für Atomkraftwerke, leugnet die drohende Umweltkatastrophe. Es gibt viele Gründe, gerade für Gewerkschafter, hier klar Stellung zu beziehen!

Und eine Leserin aus Ettlingen meint, man solle nicht gegen Abschiebungen aktiv werden, weil dem Gerichtsbeschlüsse zugrunde liegen. Da liegt sie ganz auf der Linie des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne), der den GEW-Landesverband angreift, weil dieser Hinweise gibt, wie man sich gegen Abschiebungen aus dem Unterricht wehren kann. Nun ist das Recht nicht vom Himmel gefallen, sondern Ausdruck bestimmter Machtverhältnisse. Zugleich verstößt die Bundesregierung wissentlich gegen internationales Recht, wenn sie Staaten per Dekret als „sicher“ erklärt und dahin abschiebt! Dagegen ist Widerstand angesagt! Das zeigten beispielhaft die Nürnberger Schüler/innen mit ihren Protesten gegen die Abschiebung eines Klassenkameraden – und sie sind beileibe nicht die einzigen. Das sollten wir nicht unterstützen??? Ich halte es für wichtig, sich in den Kollegien über solche Versuche sowie rassistische und faschistoide Ansichten auseinanderzusetzen!

Walter Kolbe, Wuppertal

Mit Bauchschmerzen gelesen

(E&W 9/2017, Seite 46, zu Leserbrief: „Lernunwilliger Murat“)

Wie heißt es so schön? Wer lesen kann, ist klar im Vorteil. Hätte der Leser den kleinen Text in der E&W 7-8/2017 auf Seite 4 unter dem Titel „Bildung ist ein Menschenrecht“ sowie die Sprechblasen der Karikatur auf S. 48 richtig gelesen, würde er sich jetzt nicht fragen, was der Status eines Kindes oder eines Jugendlichen mit dem Schulbesuch zu tun hat. Der Leserbrief offenbart, dass der Leser – als Kollegen kann ich ihn einfach nicht bezeichnen – keine Sachkenntnisse hat. Allerdings scheinen seine Vorurteile gegenüber Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund so groß zu sein, dass er nicht in der Lage ist, zu differenzieren und die Aussage der Karikatur zu verstehen, die einen Jungen im schulpflichtigen Alter zeigt, der am regulären Schulunterricht und nicht nur an einem Kurs teilnehmen möchte. Der Leserbriefschreiber gibt vor, eine Statistik zu kennen, die sich auf Integrationskurse bezieht. Angeblich fangen 25 Teilnehmende einen Kurs an und am Schluss sind nur noch fünf da. Als Fachbereichsleiterin für Deutsch als Fremdsprache einer Volkshochschule kommt mir die Zahl 25 bekannt vor, denn maximal 25 Erwachsene dürfen laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge an den vom Bund geförderten Kursen teilnehmen. Ich bin sicher, dass die Situation nicht nur an meiner Volkshochschule so ist, dass wir nicht allen Erwachsenen, die an einem Deutschkurs teilnehmen möchten, einen Platz anbieten können. Ich kenne deshalb weder den lernunwilligen Murat noch seine Cousins und Brüder, abgesehen davon, dass er gegebenenfalls auch Cousinen, Schwestern, eine Mutter, vielleicht auch eine Frau und Kinder hat.

Auch die Zuschriften mit den Titeln „Keine Aufgabe der GEW“, „Pädagogisches Ethos?“ und „Ehemalige Täter“ bereiten mir Kopf- und Bauchschmerzen. Ich bin entsetzt, dass in der Mitgliederzeitschrift meiner Gewerkschaft Menschen ein Forum erhalten, die aus ihrer rechten Gesinnung keinen Hehl machen.

Barbara Simoleit, Köln

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts

Am „grünen Gürtel" von Baden-Baden bieten wir Ihnen:
- Intensiv und **individuell** ausgerichtete Einzel- /Gruppenpsychotherapie
- sicheres **Auffangen von Krisen**, kreative Stärkung Ihres **Potentials**
- Förderung der **Bewegungsfreude**, erlebnisintensive Aktivitäten
- moderne Einzelzimmer und **Genießer-Küche** mit Restaurantcharakter
- Wir behandeln die gängigen psychotherapeutischen **Indikationen**

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Telefon: 07221/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, 76530 **Baden-Baden**
www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen

Entspannt auf Klassenfahrt!

Info: 040/2809590 • nachprag@agaria.de • agaria.de

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Übernehmen Sie mit uns Verantwortung, damit sich die Lebensbedingungen in den armen Ländern unserer Welt verbessern.
www.brot-fuer-die-welt.de

Skilanglaufreisen nach Skandinavien
www.die-vagabunden.de
☎ 0 43 52 - 95 68 695

Klassenfahrten, Abi- & Studienreisen nach Berlin
www.berlinreisen.de

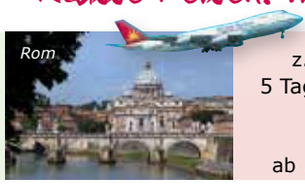
Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung. Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

schulfahrt.de
Klasse Reisen.

Klasse Reisen. Weltweit.

z. B. **Prag**
5 Tage inkl. Prog.
mit Altstadtführung
ab **154,– €**



z. B. **Rom**
5 Tage inkl. Prog.
Flugreise
ab **294,– €**

Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde

Ihr Reiseveranstalter
Tel.: 0 35 04/64 33-0
www.schulfahrt.de

✆ **Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17**

Berlin-Klassenfahrten
030 / 29 77 83 0
BERLIN UNLIMITED
Städtereisen International

4 Tage „Mittenmang - ein Streifzug durch Berlin" ab **89,00 €** p.P.
inkl. 3 x Ü/F, Stadtrundfahrt und Currywurst, Spreebootstour, "Unterwegs in Berlin" - junge Berliner zeigen Ihre Stadt

5 Tage „Grenzgänger" ab **105,00 €** p.P.
inkl. 4 x Ü/F, geführte Mauertour, Mauermuseum „Haus am Checkpoint Charlie", DDR-Museum, Führung durch das ehemalige Stasigefängnis

Telefon: 030 / 29 77 83 0
info@berlinunlimited.com
www.berlinunlimited.com

Behutsam die Welt entdecken

- ✓ Fernreisen weltweit
- ✓ Studien- und Begegnungsreisen
- ✓ preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch

www.Alternativ-Tours.de

Alternativ-Tours Otto-Suhr-Allee 59
Tel. (030) 21 23 41 90 10585 Berlin

AMERIKA • ASIEN • AUSTRALIEN

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Ihre Anzeige in der E&W
Telefon:
0201 84300-32

www.schulorganisation.com
Dokumentation · Organisation
Rechtssicherheit täglich

Erd- o. Feuerbestattung?
Was der Seele besser nützt erklärt der Prophet Jakob Lorber! Ich sende Ihnen ein kostenloses Buch und Sie verpflichten sich zu nichts! Helmut Betsch, Bleiche 22/58, 74343 Sachsenheim

Insel Rügen: Ferienwohnungen mit moderner Ausstattung in Putbus, für 2-4 Pers., mit Balkon, 2 Schlafzimmer, von privat, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289
www.alte-tischlerei-putbus.de

Nordsee/Norddeich Freizeitgruppenhaus
Für Selbstversorger (max. 28 Pers.), ideal für Klassenfahrten/Freizeiten/Seminare, tolle Freizeitangebote, kompl. eingerichtet, Strandnähe.
www.selbstversorgerhaus-nordsee.de Tel. 04941 / 68865

Die Wollmarshöhe
Klinik Wollmarshöhe

Akutfachkrankenhaus für psychosomatische Medizin

Kurzzeittherapie bei Burn-out und Stressfolgeerkrankungen

Für Privatversicherte, Beihilfeberechtigte, Selbstzahler

Stationär, teilstationär, ambulant

Therapeutisch-ganzheitliches Konzept - moderne Diagnostik und Therapieplanung

Neurologische und psychokardiologische Abklärung

Zeitgemäße Einrichtung und Ausstattung, schönes Ambiente, nähe Bodensee (Bodnegg)

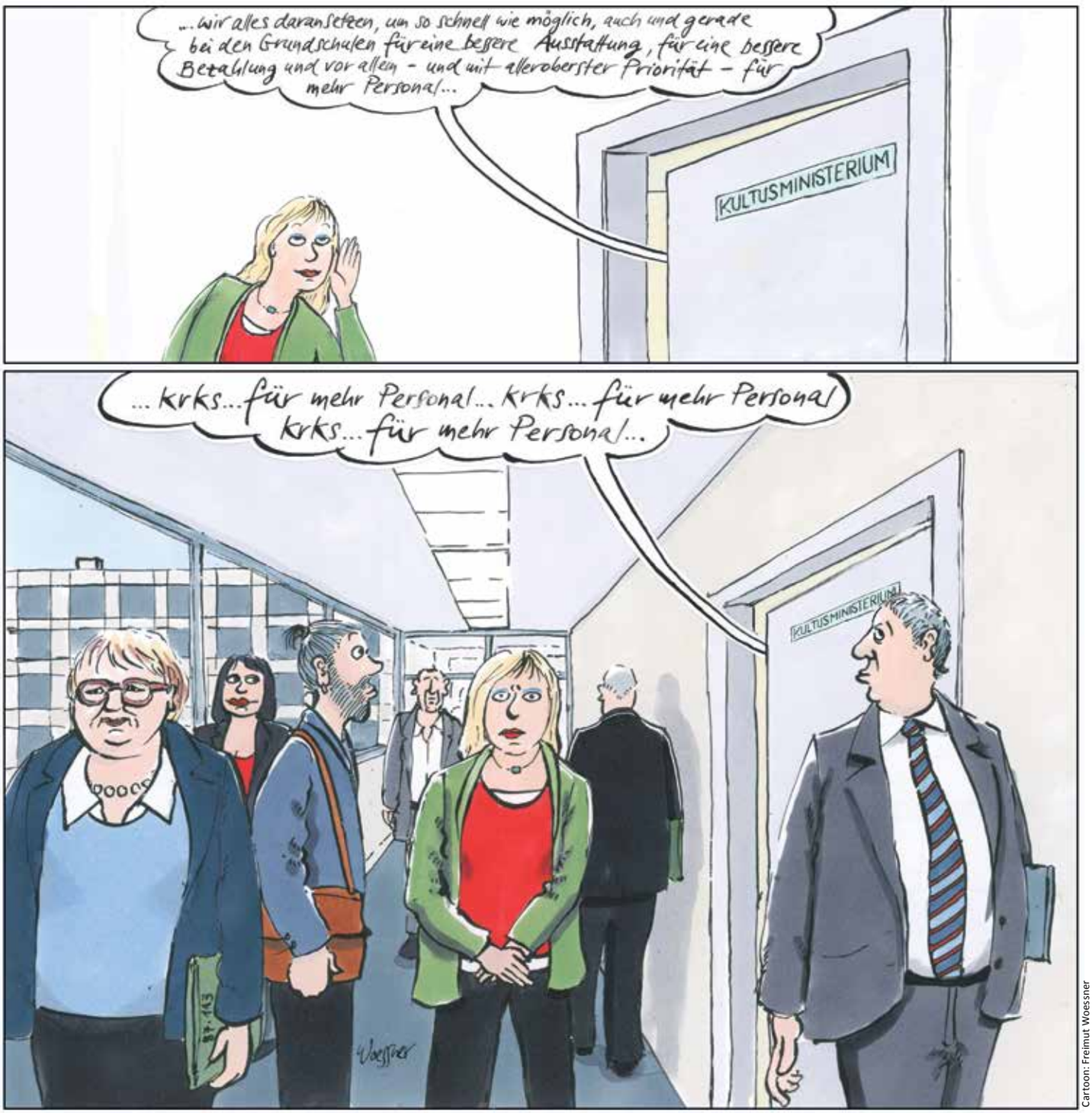
Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.

info@klinik-wollmarshoehe.de

Information / Auskunft:
07520 927-0

www.wollmarshoehe.de

Diesmal



Cartoon: Freimut Woessner

Die alte Leier der KMK